

Sozialdemokratie und Lateinamerika



Teil I Politik und Geschichte

Tilman Evers	Die westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika — Offensive oder Flucht nach vorne?
Stefan Saarbach:	Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerika-Politik der Sozialdemokratie
Frieda Jering:	Zur Geschichte der Sozialistischen Internationale
Fernando Mires	Haya de la Torre, oder: Das Bewußtsein des Populismus
Mantred Faßler:	Gesellschafts- und Emanzipations-Entwürfe der deutschen Sozialdemokratie: Einige historische Thesen

Teil II Länderstudien

Nikolaus Wenz	Die venezolanische „Acción Democrática“: Vom Populismus zum Desarrollismus
Theo Rathgeber	Sozialdemokratische Solidarität mit Nicaragua und El Salvador
M. Solís Avedaño,	Costa Rica: Kommt ein Pakt von
M. Rojas Bolaños	Sozialdemokraten und Neoliberalen?
Luiz Ramalho:	Der brasilianische Trabalhismo: Populismus oder Sozialdemokratie?
Wolfgang Heuer	Bolivien Sozialdemokratie in einer Nation von Cliquen?
Norbert Ahrens,	
Hupo Calderón,	
Jarme Ensigna	Sozialdemokratische Strömungen in Chile
Mitglieder der SI	
Chronologie	
Quellenangaben	

416 S. DM 29,80

Zu bestellen bei:
LN - Vertrieb, Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Peripherie soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten erfolgreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

Nr. 3: Subsistenzproduktion, Iran und Mosambik

Nr. 4: Schwerpunkt Bildung in der Dritten Welt

Nr. 5/6: Schwerpunkt Entwicklungstheorien

Nr. 7: Schwerpunkt Entwicklungspolitik

Nr. 8: Schwerpunkt Kultur

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen, Resümées in Englisch.

Vierteljahresschrift

Einzelheft: DM 8,-

Abonnement: Einzelpersonen DM 28,-
Förderabo/Institutionen DM 50,-

Redaktion: Postfach 8426, 4400 Münster,
Tel. 02 51/2 60 91 und 030/392 87 05, donnerstags
16-20 Uhr.

Bezug: LN - Vertrieb
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

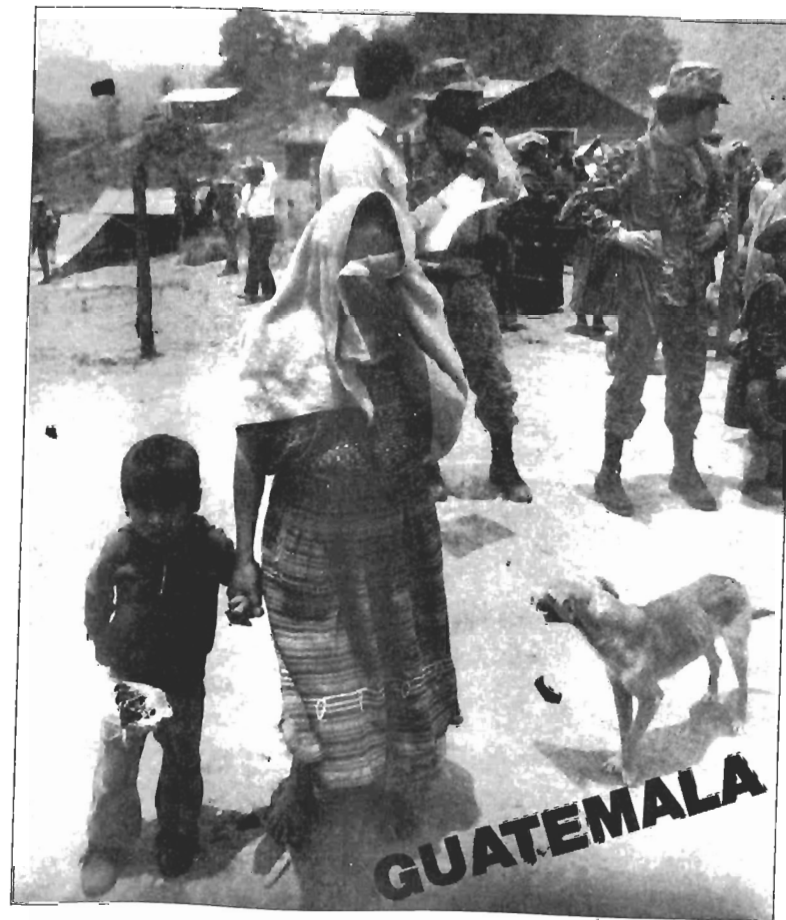
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 108

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

November 1982

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

GUATEMALA: »new deal« des Präsidenten — US-Propaganda gegen ai
— **ARGENTINIEN:** Wo sind die Verschwundenen?
BRASILien: Wahlen — **MEXIKO:** Zur Situation der Volksbewegungen
— **CHILE:** Nahrung von der Müllkippe — Geheimdienstskandal — **KOLUMBIEN:** Selbsthilfe in einem Elendsviertel

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	4
- GUATEMALA: Der New Deal des Präsidenten Rios Montt	5
USA: Propaganda und Waffen für den Diktator	9
- EL SALVADOR/COSTA RICA: Flüchtlingsarbeit	13
- MEXIKO: Institutionalisierte Revolution und autonome Massenbewegung	18
- JAMAICA: 20 Jahre Unabhängigkeit im Hinterhof der USA ...	24
- KOLUMBIEN: Die Solidarität des Volkes wächst	30
- ARGENTINIEN: Wo sind die Verschwundenen ?	38
- CHILE: Chile-Supermarkt: Nahrung vom Müll	43
Familie P. und ihre Armen	47
Die Geheimdienstgangster von Calama	48
- BRASILIEN: 15. November: Wahlen in Brasilien, gut ver- packt und - fast - bruchssicher	50
- SOLIDARITÄT: Radio Farabundo Martí/El Salvador	57
Radio Liberación/Chile	59
Cine popular/Chile	60
Freiheit für J. M. Guevara/Argentinien	61
- LITERATUR: Nobelpreis für García Márquez	62
- REZENSIONEN: Indianer-Reader	64
Wir sind die Ameisen der Bewegung	65
- ZEITSCHRIFTENSCHAU	67

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:
Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 4.11.1982

Abo-Preis: DM 35,-/Übersee DM 60,-
Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees: »Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

LIEBE ABONNENTEN!

Die Produktion einer unabhängigen Zeitschrift kostet Zeit und Geld. Wir investieren eine ganze Menge Zeit, aber wir sind nicht in der Lage, die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN auch zu finanzieren. Also müßt Ihr Leser die Zeitschrift bezahlen und wir bemühen uns, die Kosten möglichst gering zu halten.

Aber:

Druck- und Papierkosten sind in den zwei Jahren seit unserer letzten Preisanhebung etwas über 10% gestiegen. Das Porto wurde zum 1. Juli 1982 um durchschnittlich 20% teurer. Wir mußten aus unseren alten Räumen am Savignyplatz ausziehen, weil der Hauswirt gekündigt hat (um dann vom Nachmieter 50% mehr Miete zu verlangen). Genügend große Räume waren nur zu erheblich höherer Miete zu finden.

Alles das führt dazu, daß die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN teurer werden müssen:

Ab Januar kostet ein Einzelheft der LN: DM 3,50

ein Jahresabo der LN: DM 40,--

ein Überseeabo der LN: DM 65,--

Diese Preise sind nicht einfach so über den Daumen geschätzt, sondern beruhen auf einer genauen Kalkulation auf der Grundlage der Abonentenzahlen und des Preisstands vom September 1982.

Besondere Probleme bereiten uns die Abonnenten (ca. 20%), die die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN nicht oder erst nach mehrfachem Mahnen bezahlen. Daß wir diesen Abonnenten die durch die Mahnungen entstehenden Kosten berechnen (DM 2,-- pro Mahnung), halten wir gerade mit Rücksicht auf die, die pünktlich zahlen für selbstverständlich.

Erinnert Euch bitte, ob Ihr in den letzten Wochen eine Mahnung bekommen habt und falls ja, bezahlt bitte schnell!

Dem Dezemberheft werden wir Eure Jahresrechnungen für 1983 beilegen. Alle bekommen eine Rechnung, damit die, die sie für's Finanzamt brauchen, nicht extra schreiben müssen. Bitte zahlt dann pünktlich!

Wer sich's leisten kann, kann mal überlegen, ob er/sie nicht ein Förderabo (DM 50,-- oder mehr) zahlen will, oder schon jetzt gleich für 1983 bezahlt, dann hilft er/sie uns über die Lücke, die die Säumigen gerissen haben.

Redaktionskollektiv

Zu diesem Heft

Auf die Stellungnahme der Redaktion "Zum Problem Solidaritätsarbeit" (LN 106) erhielten wir einige sehr kritische Zuschriften, in denen vermutet wird, wir würden den Befreiungsbewegungen in Mittelamerika die Solidarität aufkündigen. Wir haben in einer ausführlichen Diskussion in der Redaktion Fragen und Kritik an den Befreiungsbewegungen und an uns formuliert. Möglicherweise kam in unserem Artikel die Selbstkritik nicht klar genug heraus, daß wir wichtige politische Fragen - wie etwa die Einschätzung der Wahlergebnisse in El Salvador - nicht angemessen diskutiert haben. Die "bösen" Leserzuschriften provozierten eine erneute, notwendige Diskussion bei uns, die wir noch fortsetzen wollen. Aus diesem Grund verzichten wir in diesem Heft auf eine weitere Stellungnahme, wollen aber in der nächsten Nummer Auszüge aus den Zuschriften und unsere Meinung dazu abdrucken. Da uns dieses Thema sehr wichtig ist und wir darauf angewiesen sind, daß Fragen auch von unseren Lesern an uns herangetragen werden, möchten wir noch einmal dazu auffordern, uns weitere Stellungnahmen zu diesem Problem zu schicken.

Die Solidaritätsbewegung mit Argentinien, die vor allem auf Anklagen gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Forderung nach der Aufnahme politischer Gefangener in der BRD ausgerichtet war, ist in den letzten Jahren eingeschlafen. Die Entdeckung der Massengräber und das Auftauchen einiger der Verschleppten hat diese Frage in Argentinien in das Zentrum der Innenpolitik gerückt. Das stellt uns vor die Aufgabe auch hier in der BRD wieder verstärkt dieses Problem aufzunehmen. In Argentinien sind immer noch 50 Deutsche und Deutschstämmige "verschwunden". Die Ereignisse der letzten Wochen sind ein guter Grund, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, daß sie sich endlich deutlich für die Freilassung der verschleppten Deutschen und Argentinier einsetzt. Deshalb drucken wir eine Erklärung ab und bitten alle Leser, uns bei der Sammlung von Unterschriften zu unterstützen.

Das guatemaltekeische Militärregime unter General Rios Montt hat aus dem Vietnamkrieg seine Lehre gezogen: nach der Methode "die See austrocknen, um den Fisch zu töten" hat die Diktatur die Repression systematisiert und einer zentralen Planung unterworfen. Unterstützt wird das Regime gegen die Vorwürfe von amnesty international durch Vertreter der US-Administration, die zynisch erklären, ein großer Teil der Morde werde von der Guerrilla - als Soldaten verkleidet - verübt; eine Verkehrung der Tatsache, daß das Militär als Guerrilleros verkleidet Massaker veranstaltet.

In Brasilien stehen am 15. November Wahlen an. Die "Demokratisierung" erfolgt nach der Devise des ehemaligen Geheimdienstchefs und jetzigen Präsidenten Figueiredo "Ich schwöre, daß ich aus diesem Land eine Demokratie machen werde ... jeden, der sich dem entgegenstellen sollte, werde ich einsperren und zerschmettern." Die Wahlgesetze sind so gestaltet, daß sie eine Regierungsübernahme der Opposition verhindern sollen. Die Opposition versucht aber, den Wahlkampf zur Mobilisierung und Propagierung ihrer Ziele auszunutzen.

2 Berichte beschäftigen sich mit der Situation in Elendsvierteln. Die chilenische Wirtschaftskatastrophe zwingt immer mehr Menschen dazu, sich buchstäblich von Müll zu ernähren. Auf der Müllkippe kommen die Abfälle aus dem Supermarkt des Reichtums an. Die Menschen kämpfen mit Hunden und Schweinen um die vergammelten Reste der Produkte, die ihnen die Werbung ständig anpreist. Aus Kolumbien schickte uns eine Mitarbeiterin einen Bericht über ein Projekt, das von LN und FDCL unterstützt wird. Die dort arbeitenden Nonnen verstehen sich als Teil der Volkskirche, die mit den Elendsviertelbewohnern daran arbeitet, eine minimale Infrastruktur aufzubauen. Sie begreifen dies als Teil der politischen Bewußtwerdung und Organisation der Bewohner.

Auch die sozialen Bewegungen in Mexico versuchen an den unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung anzusetzen. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift "Pueblo" analysiert die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Situation der Massenbewegungen und ihr Verhältnis zu den linken Parteien. Die Linksparteien sind zersplittert und nur wenig im Volk verankert, wie die Wahlen gezeigt haben. Die sozialen Organisationen haben trotz einiger Koordinierungsansätze (noch?) nicht die Fähigkeit, eine gemeinsame Politik zu formulieren.

GUATEMALA

Der »new deal« des Präsidenten Rios Montt

5 000 Campesinos von Massaker bedroht

"5.000 Bauern von Armee eingeschlossen", "Guatemalas Armee umzingelt 5.000 Indio-Bauern", "5.000 Indio-Bauern in Guatemala von Armee bedroht". Nachrichten am 21. und 22.10.1982. Was war geschehen?

Am 5. Oktober hatten Regierungstruppen während einer Säuberungsaktion in der Nähe von San Martin Jilotepeque im Departamento Chimaltenango während einer "Säuberungsaktion" gegen angebliche "Aufständische" 300 Zivilisten ermordet. Mehr als 5.000 indianische Bauern waren nach diesem Massaker aus ihren Dörfern in der Umgebung des Städtchens in die Berge geflüchtet. Die Armee hatte nicht nur die Stadt umstellt, sondern die Geflohenen in einem Tal eingeschlossen und jede Versorgung unterbunden. Sie erließ ein Ultimatum, wonach die Bauern bis Mittwoch, 20. Oktober, ihre Verstecke zu verlassen, und sich in die Hände des Militärs zu begeben haben, anderenfalls würde das Feuer gegen sie eröffnet.

Den campesinos wurde vorgeworfen, sie unterstützten die guerilla, arbeiteten mit den "Aufständischen" zusammen. Die Bauern hingegen erklärten, sie kämen nicht aus ihren Verstecken, da sie sich fürchteten, vom Militär umgebracht zu werden. Sie besäßen keine Waffen und sie seien auch keine guerrilleros. Geflohenen erklärten, sie seien wochenlang ohne Ziel durch die Berge gerirrt, aus Angst vor der Repression der Militärs.

Die guatemaltekeischen Menschenrechtskommission "Justicia y paz" richteten einen Appell an UNO-Generalsekretär Perez de Cuéllar, das Massaker zu verhindern und informierte die internationale Presse sowie Hilfsorganisationen. War es die internationale Aufmerksamkeit, die das Massaker verhinderte? Mit Sicherheit hat diese große Öffentlichkeit dazu beigetragen, daß das Ultimatum ablief, ohne daß das Kommando "Feuer frei" gegeben worden war. Aber was geschieht nun? In der guatemaltekeischen Presse heißt es einmal - entsprechend der neuen Propagandalinie - diese Indigenas hätten mit der guerilla zusammengearbeitet, ein andermal, sie wären von der guerilla gezwungen worden, in die Berge zu gehen. Diese Vertreibung hätte das Ziel gehabt, die nationale Landwirtschaft und damit die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu beeinträchtigen. Weiter heißt es bereits am 12.10., 5.000 Indigenas hätten sich im Dorf Choatalum nahe San Martin Jilotepeque aus den Bergen kommend, unter den Schutz des Militärs gestellt. Sie seien von den guerrilleros gezwungen worden, in der Subversion zu leben, da seien sie geflohen. Es handele sich überwiegend um Frauen, Kinder und Alte, fast keine Männer. Ihr Gesundheits- und Ernährungszustand sei katastrophal. Das Militär hätte sie sofort mit Nahrungsmitteln, ärztlicher Betreuung und Baumaterial für neue Häuser versorgt (Prensa libre, 12.10.). Was wird geschehen?

Ausnahmezustand Belagerungszustand

Seit Juli herrscht in Guatemala Ausnahmezustand, in den vier Departamentos des Hochlandes, dem hauptsächlich Kampfgebiet

der militärisch-politischen Organisationen des Widerstandes äußert sich dies als Belagerungszustand (Vgl. LN 105). Zahlreiche Rechte sind außer Kraft gesetzt: Die Rechte auf Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit sind stark eingeschränkt. Gewerkschaftliche Arbeit wurde als illegal erklärt, Parteiaktivitäten suspendiert. Spezielle militärische Schnellgerichte mit Vollmacht, die Todesstrafe zu vollstrecken, wurden eingerichtet. Sie arbeiten insbesondere auf dem Lande.

Vieles von dem, was früher, insbesondere auf dem Lande, "illegal" geschah, der Terror von Todesschwadron und Paramilitärs und der individuelle Terror der Mächtigen, jetzt hat es ein gesetzliches Kleid bekommen und ist zentralisiert worden. Jeder kann als Sympathisant der guerilla oder als linker Kritiker verdächtigt werden, diesem staatlichen Terrorapparat zum Opfer fallen. Legal.

Auf dem Lande fliehen die Menschen dorfweise in die Berge, aus Angst, von den Militärs attackiert zu werden. Regelmäßig werden Dörfer bombardiert und Felder verbrannt. Grausame Folter an Männern, Frauen und Kindern als Abschreckung für Unterstützer der Subversion, ist nach wie vor an der Tagesordnung. Immer wieder gibt es Aussagen von Flüchtlingen, die vom systematischen Terror auf dem Lande berichten.

Rios Montt hat von Vietnam gelernt

Die Taktik der Kriegsführung Rios Montt hat sich gegenüber den Zeiten von Lucas Garcia geändert. Nicht nur die "Legalisierung" auch die Systematisierung des Terrors zeigt eine neue Qualität der Kriegsführung.

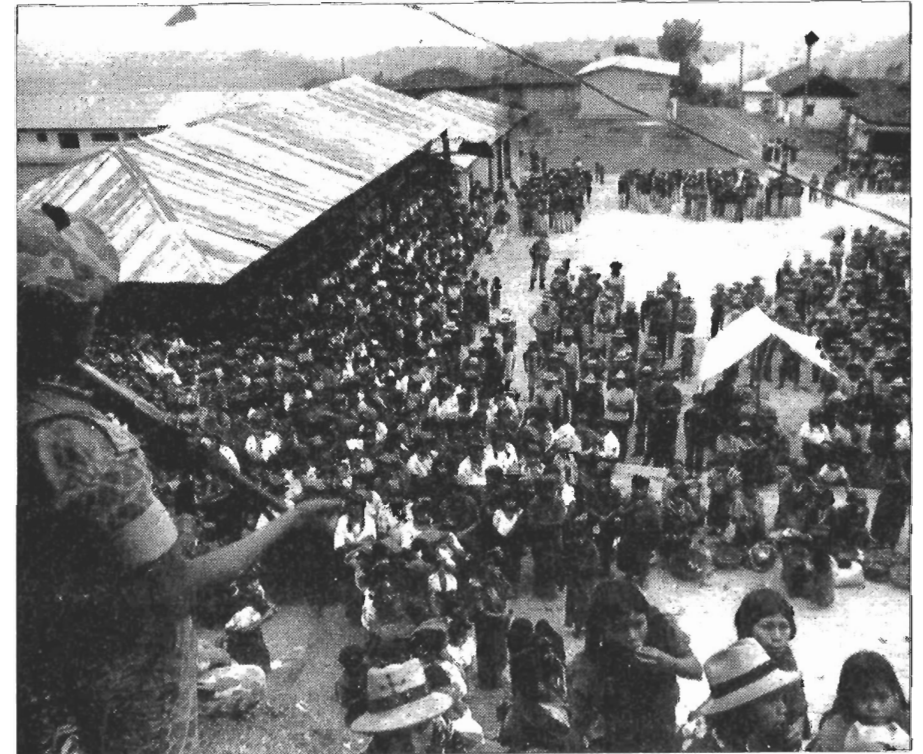
Nach der Devise des Vietnam-Krieges: die See austrocknen, um den Fisch zu töten, sind die Bewohner der Regionen, in denen Kämpfe stattfinden, insbesondere im Hochland, dem Völkermord ausgesetzt, sie fliehen in die Wälder, wenn es ihnen noch möglich ist. Einige der wenigen Besucher, denen es gelang, im Hochland herumzufahren, berichten von erschreckender Menschenleere, kilometerweite Zonen am Rande der Pan-América-Straße sind wie ausgestorben. Nur ab und zu sieht man Militärcamps.

Eine andere Taktik stammt ebenfalls aus dem Vietnam-Krieg: Die Einrichtung von "Wehrdörfern". Bauernhöfe, Dörfer und Weiler, von denen anzunehmen war, daß von dort aus die Versorgung der guerilla mit Nahrungsmitteln und Arbeitsgeräten und Medikamenten erfolgte, werden vom Militär angegriffen, die Bauern werden getötet sofern sie nicht fliehen können, ihre Häuser und Felder werden niedergebrannt, ihre Ernte vernichtet. So soll die guerilla ausgehungert werden.

In derart gesäuberten und von Militärs kontrollierten Gebieten, zwischen Militärlagern eingekreist und streng bewacht, werden dann Wehrdörfer angelegt. Aufgefangenen Flüchtlinge werden z.B. dorthin umgesiedelt. Sollte es sich bei den Flüchtlingen und umgesiedelten indianischen Bauern um Männer zwischen 18 und 30 handeln, so werden sie in die Armee zwangsrekrutiert oder in die paramilitärische Organisation des "Zivilhilfsdienstes" gezwungen. Sie haben Kontrollaufgaben im Wehrdorf zu erfüllen, damit so die Armee sich ausschließlich ihrer Aufgabe widmen kann: der Bekämpfung der guerilla.

Dieses Schicksal wird - so schätzen Beobachter in Guatemala - auch den 5.000 campesinos aus Jilotepeque wiederfahren. Und propagandistisch verkauft Rios Montt diese Art von Konzentrations-

lagern unter dem Stichwort "fusil y frijoles" (Gewehre und Bohnen) als Hilfe für die armen, von der guerilla bedrohten Bauernbevölkerung.



Unwetterkatastrophe, Arbeitslosigkeit, Entlassung

Verschärft wird die Lage der Bevölkerung im Lande noch durch die verheerende wirtschaftliche Lage. In den Gegenden, in denen Felder und Vorräte nicht dem Krieg zum Opfer fielen, hat die Unwetterkatastrophe vom September alles verwüstet. Vor allem an der Pazifikküste. Mehr als 20.000 Menschen wurden obdachlos, die Zahl der Toten wird bisher zwischen 600 und 1.000 geschätzt, viele sind vermisst, mehr als 15.000 ha bebaute Fläche ist hin. Hunger, Seuchen, Elend breiten sich aus.

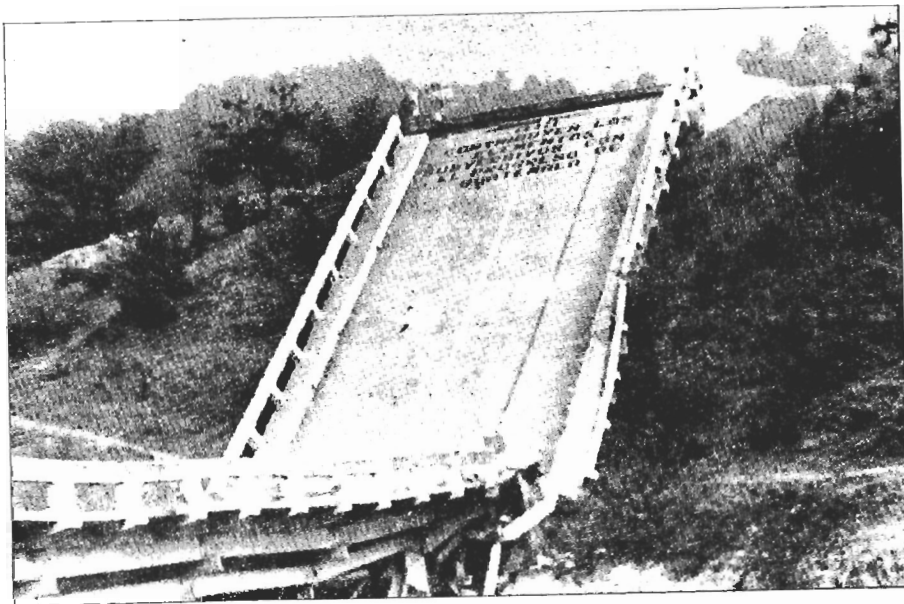
Für Regierung, Staatsrat und Militär willkommene Gelegenheit, sich als Retter in der nationalen Katastrophe aufzuspielen. Rios Montt veranstaltet mit den vornehmen Damen der Gesellschaft ein Wohltätigkeitessen. Der Staatsrat ruft jeden Guatemalteken auf, sich an den Hilfsmaßnahmen zu beteiligen. Die Lehrer des Colegio Alemán sammeln frijoles und Kleider, die dann mit Hubschraubern des Heeres zu den Bedürftigen gebracht werden sollen. Und in der Stadt? Arbeitslosigkeit, Entlassungen, Unterbeschäftigung. Nicht nur die Arbeiter der nationalen Unternehmen sind davon betroffen, sondern auch in besonderem Maße die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Seit Mai gab es dort mehrere große Entlassungswellen.

Die Unternehmer, die behaupteten, wegen Geldmangels ihre Produktion verringern und damit Personal abbauen zu müssen, stellen die Arbeiter nicht selten fristlos auf die Straße, verweigern letzte Lohnzahlungen und bei Protest der Arbeiter steht sofort Militär bereit, um "Aufsässige" zu zerstreuen oder wegen Verstoßes gegen das Versammlungsverbot festzunehmen.

Widerstand

Und der Widerstand? Sind die Organisationen wirklich - wie es die Regierung behauptete - so gut wie zerschlagen, ihre zerstreuten Reste nach Mexiko geflohen?

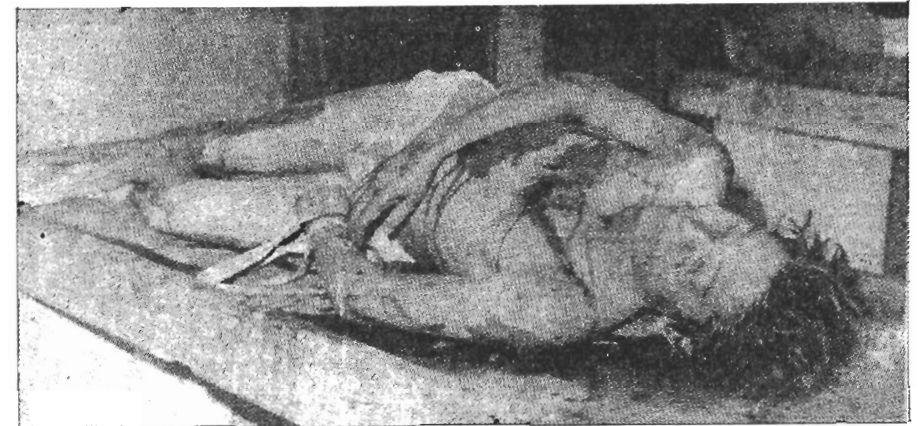
Die restriktive Pressepolitik und der Ausnahmezustand bzw. Belagerungszustand, der das Reisen ins Hochland sehr erschwert, verhindern es vielfach, Informationen zu erhalten. Aber immer wieder gibt es Aussagen von Flüchtlingen, erfährt man, daß Brücken gesprengt sind, Straßen zerstört oder blockiert, gibt es Überfälle auf Truppentransporte und Gefechte mit der Armee. Im Oktober wurde ein Helikopter am Atitlan-See abgeschossen. Die Kämpfer sind da, ihre Aktionen zeigen ihre Präsenz und sind nicht total totzuschweigen. Aber - die neue Taktik der Regierung Rios Montt sowie das unglaubliche Elend und die Armut auf dem Lande, beides zugleich erschwert den Kampf erheblich und stellt die politisch-militärischen wie die Massenorganisationen vor ungeheuerere Schwierigkeiten.



USA: Waffen und Propaganda für den Diktator

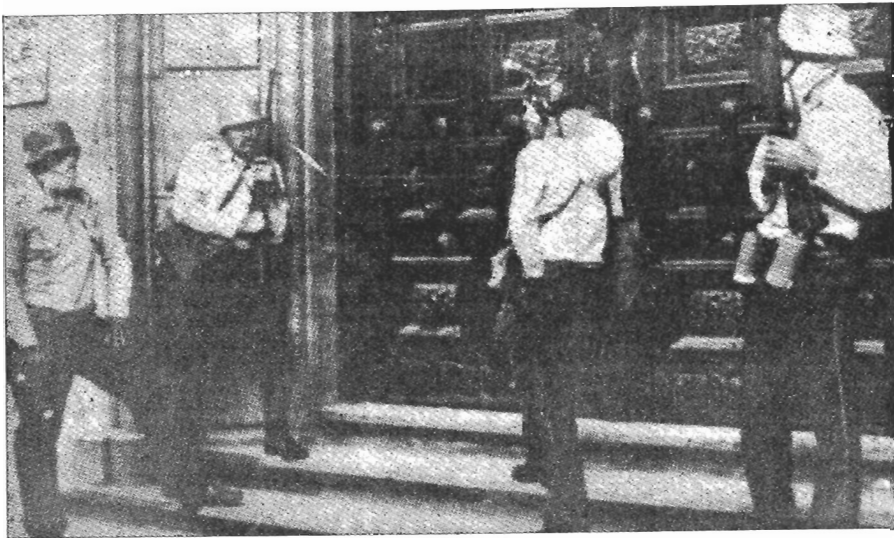
Stellungnahme der USA zum ai-Bericht

Zwischen dem 23. März - (an diesem Tag kam Rios Montt durch einen Militärputsch an die Macht) - und dem 30. September hat das Militär 64 Ortschaften zerstört, und mehr als 2.500 campesinos ermordet. So die Zusammenfassung des diesjährigen ai-Berichtes über die derzeitige Situation in Guatemala. Wörtlich heißt es u.a.: "Folter, Verstümmelung und Massenhinrichtungen sind in Guatemala seit der Machtausübung von General Efraín Rios Montt keine Seltenheit mehr", sogar in guatemalteckischen Zeitungen, wie in La razón vom 12. Oktober werden diese Kernaussagen des Jahresberichtes von Amnesty International wiedergegeben. Be-



merkenswert ist dabei nicht die groteske Stellungnahme des Pressesprechers der Regierung Montt: "die Berichte von ai sind wohl mehr eine Horrorstory verrückter Schriftsteller als Informationen einer verantwortlichen und glaubwürdigen Quelle", die mit dem Ziel verbreitet würden, Guatemala international zu diskreditieren (prensa libre, 13.10.), sondern eine Stellungnahme des US-Außenministeriums zu dem ai-Bericht, die natürlich sogleich in der guatemalteckischen Presse abgedruckt wurde (la razón, 15.10.):

"Das Außenministerium hat die gestrige Erklärung von Amnesty International zur Kenntnis genommen. Wir haben diesen Bericht sorgfältig untersucht und antworten ai mit einem Brief unseres Staatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten, Thomas Enders. Wir glauben, daß eine Reihe der von ai aufgeführten und den Regierungsstreitkräften angelasteten Zwischenfälle der Guerilla zugeschrieben werden sollten. Wie es bei Berichten über politische Gewalttaten in Guatemala üblich ist, sind andere Fälle widersprüchlich. Verantwortlichkeiten nachzuweisen ist oft schwierig. Wo wir Anklagen der Gewaltanwendung gegen die Regierung nachprüfen



in den USA und bei guatemaltekischer Bourgeoisie, sondern auch bei der deutschen Botschaft am Ort und dem deutschen Abgeordneten Günter Herterich - weil er vermochte, den scheinbar unkontrollierten Terror und die scheinbar willkürliche Gewalt, die ausging von Todesschwadron, Paramilitärs und privaten Terrororganisationen, zu stoppen. Fast über Nacht wurde das Leben in der Hauptstadt sicherer. Schon in den ersten Wochen nach dem Staatsstreich gab es kaum mehr Überfälle, Entführungen, Erschießungen auf offener Straße wie ehemals zu Zeiten Lucas Garcia's. Was war geschehen? Wie sich sehr bald zeigt, verfolgte er eine andere Taktik: den Ausbau des Militärs und staatlicher Kontrollorgane, den Ausbau eines staatlichen Terrorapparates auf dem Lande, dies alles mit dem Ziel der systematischen Bekämpfung der Linken und der Guerilla. Diese Wende liegt sehr wohl im Interesse us-amerikanischer Mittelamerika-Politik.

Zudem: er prangerte Korruption und Vetternwirtschaft in Regierung und Verwaltung an und ergriff Maßnahmen dagegen. Er wütete gegen bürokratischen Schlendrian in der Verwaltung, gegen ineffektives Arbeiten, Faulheit und Unhöflichkeit. Der Applaus war ihm gewiß. Die USA, die ihre offiziellen Beziehungen während der Carter-Ära aufgrund der Menschenrechtspolitik vom Salon ins Hinterzimmer verbannten, und die Militärhilfe sogar - offizielle, wohlbemerkt - aussetzten, sie konnten nun mit gutem Gewissen wieder gegenseitige Freundschaft demonstrieren.

Am 31.5. reiste der Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, Stephen Bosworth, nach Guatemala. Schon nach zwei Tagen war er der Ansicht, wie er in einem Interview mitteilte, daß sich die Menschenrechtssituation im Lande erheblich verbessert habe. Er stellte die Aufnahme der Militärhilfe zum schnellstmöglichen Zeitpunkt in Aussicht. Diese Ansicht vertraten auch 2 US-Kongressabgeordnete der Republikanischen Partei und ein Senator in Texas, die sich bei ihren Besuchen die Klinken in die Hand gaben. Mittlerweile fließen die Kredite und die Militärhilfe läuft an.

konnten, scheint die Guerilla für eine gewisse Anzahl der Verbrechen verantwortlich zu sein. Trotzdem kann niemand die Möglichkeit ausschließen, daß militärische Einheiten - im Widerspruch zur Politik der Regierung - einige der Gewalttaten begangen haben. Wichtig ist aber, daß die Regierung Guatemalas seit dem 23. März eine neue politische Richtung versprochen hat, wie man an der öffentlichen Einladung von Menschenrechtsorganisationen sehen kann, die Guatemala besuchen und vor Ort die Situation überprüfen können. Die interamerikanische Menschenrechtskommission (der OAS, d.Verf.) hat die Einladung akzeptiert. Bei ihrem jüngsten Besuch in Guatemala besaß sie absolute Bewegungsfreiheit. Amnesty International hat die Einladung der guatemaltekischen Regierung noch nicht angenommen."

Der in der Zeitung dann ebenfalls abgedruckte Brief von Thomas Enders an die us-amerikanische Vertretung von ai, weist darauf hin, daß die us-amerikanische Botschaft sich daran gemacht hat, die Fälle, die ai anführt, zu überprüfen. Er kommt u.a. zu dem Schluß:

"Die Informationen von ai widersprechen sehr deutlich denen, die wir von unserer Botschaft erhalten haben. Schließlich scheint es, daß sich Amnesty nicht informiert hat über die große Anzahl terroristischer Attentate auf das Militär, die Zivilverteidigung und Zivilbevölkerung."

"Augenscheinlich", so heißt es weiter, "sind viele der Zwischenfälle, die wir nicht nachprüfen konnten, (Daten werden angegeben, d.Verf.) von dem CUC, der FP-31 und ähnlichen Gruppen mitgeteilt worden. Der CUC besetzte am 12. Mai die brasilianische Botschaft. Die FP-31 wie der CUC sind sehr eng verbunden mit der Guerilla, bzw. stehen unter deren Einfluß. Die Guerilla will die guatemaltekische Regierung beseitigen. Von daher haben wir Anlaß, an der Richtigkeit dieser Angaben zu zweifeln....."

Im folgenden geht Th. Enders auf einzelne von ai zitierte Ereignisse ein und kommt immer zum gleichen Ergebnis: Die Guerilleros greifen die Bauern an, oft getarnt und als Militärs verkleidet; sie überfallen schlecht ausgerüstete "Zivilverteidigung", die versucht die Bauern zu schützen, oder aber sie verüben Massaker in den Dörfern. Zusammenfassend heißt es u.a. am Ende des Briefes:

"Die Guerilla führt auch einen anhaltenden und sich immer mehr entlarvenden Terrorkampf durch. Brandstiftung, Einschüchterung, Entführung, Panik, Bomben, Mord. Sehr oft werden diese Vorfälle ignoriert oder beschönigt von Organisationen, die sich für die Situation der Menschenrechte in Guatemala interessieren"..... So sehen es die us-Amerikaner eben.....

USA helfen wo sie können

Seit dem Amtsantritt Reagans, insbesondere aber seit dem Putsch vom 23. März in Guatemala, hat nicht nur die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Guatemalas durch die USA einen neuen Aufschwung erlebt, unterstützt wird Rios Montt insbesondere auch propagandistisch. Das fügt sich gut in das Konzept des Präsidenten: Nicht nur militärisch, auch propagandistisch sei die "Subversion" zu bekämpfen. Letzteres sei von seinem Vorgänger Lucas Garcia sträflich vernachlässigt worden. Neben dem Aufbau einer eigenen hausgemachten Propaganda, gelang Rios Montt nun auch, die USA zu öffentlicher Unterstützung zu bewegen. Einer der Höhepunkte - eben die Stellungnahme zum Amnesty Bericht. Rios Montt gewann so schnell das öffentliche Ansehen - nicht nur

Zum propagandistischen Unterstützungsfeldzug der USA gehört auch, daß erholungs- und kultursuchenden US-Bürgern Guatemala wieder als Reiseland empfohlen wird. Am 30.9. gab Botschafter Chapin bekannt, daß seine Regierung den "Travel Advisory" für Guatemala modifiziert habe. Galt jüngst die Empfehlung, das Land ganz zu meiden und lieber Mexicos Ruinen zu bestaunen, so können nun die gringos wieder an den geliebten Atitlan-See. Nur das gefährliche Hochland sollen sie meiden, heißt es. Nun denn, auf gehts. Übrigens: die Statistiken des staatlichen guatemalteken Touristenbüros weisen eine steigende Tendenz für 1982 aus! Die Besucher kommen vor allem - aus Mitteleuropa! (Wie war das noch mit dem Tourismusboykott?)

Spendenauf

Die guatemalteken Exilorganisation "Kirche im Exil" mit Sitz in Nicaragua betreut ein Projekt, das dringend finanzielle Unterstützung braucht: 56 indianische Quiché-campesinos - überwiegend Frauen, Alte und Kinder - deren Familien umgebracht worden waren, fanden als Flüchtlinge in Nicaragua inoffiziell Asyl. Sie erhielten Land und sind dabei, ein Dorf aufzubauen, mit dem Ziel, selbständig ihr neues Leben zu organisieren. Hierzu benötigen sie dringend finanzielle Hilfe. Möglichst regelmäßig 500 US-Dollar monatlich. Weitere Informationen: Juliana Ströbele-Gregor, c/o FDCL.

Deutsches Konto: Freunde der Indianer Lateinamerikas e.V., c/o Juliana Ströbele-Gregor, Konto-Nr.: Postscheck Berlin (West), 84 51 - 105.

EL SALVADOR/COSTA RICA

Flüchtlingsarbeit

Der folgende Artikel beruht vor allem auf einem Besuch auf der Farm "Los Angeles" im Norden Costa Ricas, die salvadorenische Flüchtlinge in einem vom UN-Flüchtlingshochkommissariat (ACNUR) finanzierten, vom costarricanischen Roten Kreuz organisierten, Projekt aufbauen.

ACNUR selbst bezeichnet dieses Projekt als Modell; weder für die Lage der Flüchtlinge in Costa Rica und noch weniger in anderen Ländern ist damit etwas Repräsentatives ausgesagt. Im übrigen besteht bekanntlich die Tendenz, "Modelle" als Vorzeigeobjekte zu nutzen. Zu der Lage der Flüchtlinge in Costa Rica läßt sich allgemein sagen, daß seit dem Einbau dieses Landes in die Reagansche Einkreisungsstrategie gegen Nicaragua, Salvadorener, wie auch politische Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern unter verstärkter Repression zu leiden haben, wobei auch hier das bekannte Argumentationsmuster "der Terrorismus kommt aus dem Ausland" angewandt wird. Anfang Oktober wurde auch "Los Angeles" unter dem Vorwurf der Zusammenarbeit mit der salvadorenischen und hondurenischen Guerilla von der Polizei besetzt.

Dem UN-Flüchtlingshochkommissar (ACNUR) wurde im Vorjahr der Friedensnobelpreis übergeben. Seine Arbeit wird in den Medien als "rein" humanitär, als von politischer Relevanz unbefleckt dargestellt. Verstärkt wird dieser Eindruck dadurch, daß die Problematik von Flüchtlingen gemeinhin nur dann ins Bewußtsein tritt, wenn Vertreibung oder Verfolgung sichtbar (gemacht) werden, die Flüchtlinge also "produziert" werden. Dann aber geht es tatsächlich zunächst ums blanke Überleben, um Brot, Wasser und Dach, die ACNUR bereitzustellen sich bemüht. Was aber geschieht dann mit ihnen, wie werden sie behandelt, unter welcher Perspektive sieht man ihren Status "Flüchtling"?

Nur zu bekannt sind die ausdruckslosen Gesichter hinter Maschen Draht auf den Photos von Flüchtlingslagern aus aller Welt, wo die Menschen oft mit nichts beschäftigt sind, als mit Warten, Warten auf das Essen, auf die Nacht - auf die Rückkehr. Für sie ist die Zukunft nur denkbar als die Rückkehr in die Vergangenheit. Die Verwahrung von Menschen in totaler Abhängigkeit und Unmündigkeit, die Verweigerung jeglicher wirklich zukunftsweisender Perspektive - solche Flüchtlingsarbeit ist sicher nicht unpolitisch.



Guatemaltekeische Flüchtlinge in Mexiko

Zumindest für seine Arbeit im "Norden Lateinamerikas" (wie die Region von Mexico bis Panama vom ACNUR genannt wird - und auch für diese Region haben wir nur begrenzte Erfahrungen) bemüht ACNUR sich um eine andere Politik. Nach der ersten Phase, die die Nothilfe zum Überleben beinhaltet, ist das Ziel der zweiten Phase die Errichtung von Projekten für "dauerhafte Lösungen": Auf der Basis von ökonomischer Unabhängigkeit, von fremder Hilfe durch die eigene Arbeit soll nicht nur die Würde als Person wiedergewonnen werden, sondern soll durch die Entwicklung von Kreativität und Teilnahme an allen sozialen Prozessen die Fähigkeit zur Selbstbestimmung gefördert werden. (Hier spielen natürlich auch wirtschaftliche Gründe für ACNUR mit, z. B. wenn gegen Befürworter der "Machendraht-Lager" unter anderem argumentiert wird, daß ein offenes, sich selbst versorgendes Lager letztlich ja viel billiger sei und zusätzlich gar einen Entwicklungsbeitrag für das Gastgeberland leiste.)

Die Farm "Los Angeles" im Norden Costa Ricas ist für den ACNUR-Regionalsitz ein "Pilotprojekt", in dem dieser Ansatz verfolgt wird. Sicher gibt es einige, besonders für uns als europäische Beobachter, diskussionswürdige Punkte, auch in "Los Angeles", die aber nicht allein hier auftauchen, sondern aus dem lateinamerikanischen Kontext stammen und in diesem ja auch diskutiert werden, wie die Rolle der Religion und die weitgehende Beibehaltung der traditionellen geschlechterspezifischen Arbeitsteilung.

Im Vergleich zu den oben erwähnten Formen von Flüchtlingsarbeit zeigen das Selbstbewußtsein und die Zukunftsorientierung der Leute aus "Los Angeles" aber, daß ein großer Fortschritt gemacht wird. Deutlich wird auch, daß die offiziell verkündete "ACNUR-

Ideologie" wohl aus politischen Gründen z. T. hinter den tatsächlichen Abläufen zurückbleibt; denn während in den Zielen relativ abstrakt von der Würde des (individuellen) Menschen gesprochen wird, führt das Modell zum Bewußtwerden nicht nur individueller, sondern gerade auch kollektiver Stärke - natürlich ein sehr politischer Prozeß.

Nach einem Besuch auf "Los Angeles" im Juli dieses Jahres machten wir die folgenden Notizen.

Die Geschichte des Lagers

Gegenwärtig leben 320 salvadorensische Flüchtlinge im Lager, 175 Kinder, 66 Männer, 79 Frauen. Die Mehrzahl ist bäuerlicher Herkunft und stammt aus dem Departamento San Vicente. Ein Großteil der Gruppe war an der Besetzung der costarricanischen Botschaft in San Salvador im Jahre 1980 beteiligt, durch die es ihnen auch gelang, El Salvador zu verlassen. Sinn der Besetzung war es, die Morde anzuklagen, die Heer und paramilitärische Gruppen in diesem Departamento verübten.

Nach ihrer Evakuierung wurden sie in die Provinz Guanacaste im Norden Costa Ricas gebracht. In dieser Anfangszeit lebte die Gruppe in "El Murciélagos", der ehemaligen Hacienda Somozas. Dort blieben sie etwa 9 Monate, versorgt mit der in der Flüchtlingshilfe so genannten "Nothilfe", die in der Bereitstellung von Lebensmitteln und Unterkunft besteht. Weil sie noch nicht offiziell als Flüchtlinge anerkannt waren (das dauerte fast ein Jahr), und auch wegen der Abgelegenheit des Ortes konnten sie ihn nicht verlassen. Es gab keine Beschäftigungsmöglichkeiten; "wir haben lediglich gelebt", wie einer von ihnen sagte. Wegen der Lebensbedingungen waren Krankheiten weit verbreitet.

Noch während sie in "El Murciélagos" lebten, wurden dann einige von ihnen täglich zu der Stelle gebracht, wo heute die Farm "Los Angeles" liegt, um die ersten Arbeiten zur Verwirklichung des Projektes zu leisten, den Bau von Wegen und Behausungen. Das Land war von ACNUR vom kubanischen Grundbesitzer gekauft worden.

Die Farm "Los Angeles" ist ein Modellprojekt, mit dem angestrebt wird, daß die Flüchtlinge ihre Würde als Personen wiedererlangen, indem sie von einer passiven und abhängigen Haltung zu einem aktiven und konstruktiven Lebensstil gelangen. Das beinhaltet Schulung und Selbstschulung in dem Sinn, daß die Flüchtlinge auf jedem möglichen Niveau ihre Fähigkeiten entwickeln, um die zukünftige Aufgabe, des Aufbaus einer neuen Gesellschaft, konstruktiv mitbewältigen zu können. ACNUR beteiligt sich mit angepaßter Technologie, Beratung und finanziellen Mitteln. Ein interdisziplinäres Team arbeitet im Projekt: ein Arzt, eine Sozialarbeiterin, zwei Agrarwissenschaftler, sechs Lehrer, ein Buchhalter, ein Verwalter des Vorratslagers, ein Lieferant, eine zusätzliche Beratungsgruppe von ACNUR, drei Fahrer. Die Mehrzahl dieses technischen Personals ist selbst aus El Salvador.

In der Anfangszeit kontrollierte das Rote Kreuz vollständig das Projekt. Das hatte damit zu tun, daß die Flüchtlingsprojekte von einer nationalen Organisation durchgeführt werden müssen. Das Rote Kreuz benutzte "Los Angeles" völlig entgegen dem genannten Konzept, anfangs als "Straflager", wohin es Flüchtlinge schickte, die sich in der Hauptstadt San José nicht "gut" betrugten. Die Ankunft dieser "schwierigen" Personen schuf, gemeinsam mit der autoritären Organisation des Lagers (die zugleich politische Kontrolle bedeutete)

viele Konflikte. Einmal rief das Rote Kreuz in einer autoritären Reaktion die Guardia Civil, die neun Personen verhaftete und unter dem Verdacht, daß es Verbindungen mit dem Guerillakampf in El Salvador gäbe, das Lager bewachte. (Noch heute ist man z. B. beim Abhören von Radio Venceremos vorsichtig, weil es Spitzel gibt.)

Die Überwindung dieser unbefriedigenden Anfangssituation gelang durch die Selbstorganisierung der Flüchtlinge, die die Entscheidungen weitgehend in ihre eigenen Hände nahmen.

Organisation

Ihr erstes Organisationsmodell hatte als zentrales Gremium die Generalversammlung, ergänzt durch Arbeitsgruppen für verschiedene Arbeitsfelder. Dieses Modell erbrachte keine guten Ergebnisse. Die Versammlung erwies sich als unfähig, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, nur eine sehr beschränkte Zahl von Flüchtlingen war zur Teilnahme in den Arbeitsgruppen bereit, die Arbeitsdisziplin war niedrig und das Vertrauen der Leute in ihre Vertreter (in den Arbeitsgruppen) schwand. Wegen dieser Probleme wurde beschlossen, die Organisationsstruktur zu verändern, um ihr gleichzeitig mehr Effizienz und eine engere Verbindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu geben.

Die Grundlage dieses neuen Modells ist die Existenz zweier Organisationsebenen, Baracke bzw. Kolonie und Arbeit. Gegenwärtig hat jede Baracke (insgesamt 8) sieben Vertreter, von denen jeder für ein besonderes Arbeitsfeld zuständig ist, z.B. Erziehung, Wohnung und Organisation, Disziplin, Ernährung und Gesundheit, Religion. Diese Vertreter treffen sich wöchentlich, um die Probleme der Baracke zu besprechen.



Zum anderen versammeln sich die Vertreter der verschiedenen erwähnten Arbeitsfelder (insgesamt 7) häufig, um die barackenübergreifenden Probleme der jeweiligen Gebiete zu diskutieren. Alle Vertreter zusammen, insgesamt 56 (7 x 8), bilden die Versammlung der Farm. Als höchstes Gremium wird die Versammlung der Koordinatoren jeder Baracke und jeder Kolonie (im Ausbau befindliche Kleinsiedlungen von Einfamilienhäuschen) angesehen, die von einem "Chefkoordinator" geleitet wird. Das Fortbestehen technischer und finanzieller Abhängigkeit schlägt sich organisatorisch in einem weiteren Koordinationsgremium nieder, an dem ACNUR, Rotes Kreuz und Vertreter der Flüchtlinge teilnehmen.

Die Anfangsprobleme, besonders die autoritäre Haltung des Roten Kreuzes, scheinen überwunden; zumindest die Vertreter des Roten

Kreuzes im Projekt selbst betonen das Konzept der Selbstverwaltung der Flüchtlinge. Ein aktuelles Problem sind die Schwierigkeiten, die ACNUR hat, im Zentrum des Landes unter den salvadorischen Flüchtlingen Leute zu finden, die bereit und geeignet sind, sich in das Lager zu integrieren. Dies liegt vor allem am Negativbild, das die anfängliche Verwendung des Projekts als "Straflager" von ihm zeichnete. Außerdem müssen die Kandidaten verschiedene Bedingungen erfüllen: bürgerlicher Herkunft sein, bereit sein, im Produktions- und Organisationsschema zu arbeiten usw. Regelmäßig fahren Leute aus "Los Angeles" nach San José, um sich an den Gesprächen mit den Kandidaten zu beteiligen.

Der Mangel an Mitarbeitern könnte die Erfüllung des Ziels verhindern, wie ACNUR es sich vorgenommen hat, nämlich die Selbstversorgung und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Lagers, das im übrigen einmal 1000 Flüchtlinge aufnehmen soll (in Costa Rica leben z.Zt. ca. 10000 salvadorische Flüchtlinge).

Produktion

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden verschiedenen Produktionsprojekte begonnen, entsprechend der bürgerlichen Herkunft der Flüchtlinge v.a. landwirtschaftliche. So werden Mais, Frijoles (dunkle Bohnen) und Gemüse (Zwiebeln, Rüben, Tomaten, Kohl usw.) angebaut, sowie Rinder-, Hühner- und Kaninchenhaltung betrieben. Schweinehaltung und ein Fischprojekt sind in Vorbereitung. Diese Produktion ist, außer für den eigenen Konsum, auch für die Vermarktung bestimmt. Es gibt konkrete Pläne, einen eigenen Laden in Liberia (ca. 30 Km entfernt) zu eröffnen. So könnte die schädliche Abhängigkeit von den örtlichen Ankäufern beendet werden, die versuchen, die geographisch isolierte (keine öffentlichen Verkehrsmittel) und gesellschaftlich halb-marginale Lage der Flüchtlinge auszunutzen.

Neben der landwirtschaftlichen Produktion werden in verschiedenen Werkstätten Teppiche und Kleidung hergestellt, bzw. weiterverarbeitet. Hier sind vor allem Frauen aktiv, die gleichzeitig für den Verkauf der Produkte (vor allem in San José) verantwortlich sind. Ein anderer Teil der Frauen arbeitet, rotierend in der Küche der Gemeinschaftskantine, die dreimal täglich Mahlzeiten für die Flüchtlinge und die anderen Arbeiter bereitstellt. Für alle Flüchtlinge besteht das Recht auf freie Nahrung und Unterkunft, während ein geringer Lohn je nach ausgeführter Arbeit zusätzlich gezahlt wird.

Die Flüchtlinge wollen - sobald in El Salvador die entsprechenden Verhältnisse herrschen - wieder zurück in ihre Heimat. Uns stellt sich die Frage, wie sich der Gedanke an das hoffentlich nicht allzu ferne Verlassen "Los Angeles" mit den großen Anstrengungen verträgt, die die Flüchtlinge im Lager unternehmen, um die Projektziele zu erreichen. Schließlich können sie ja nichts von dem mitnehmen, was sie dort mit ihren Händen aufbauen.

Wichtiger als dieses, sagen sie uns, ist aber das, was sie lernen, was sie sich selbst beibringen, von der Selbstverwaltung und der Arbeitsorganisation bis hin zu handwerklichen Fähigkeiten. Das können sie mitnehmen und hoffen, es dann in El Salvador beim Aufbau einer neuen Gesellschaft einsetzen zu können. Im übrigen sei die Lage in Mittelamerika nicht so, daß bald nicht mehr mit Flüchtlingen zu rechnen ist. So wollen sie das von ihnen Aufgebaute nach ihnen kommenden hinterlassen...

MEXIKO

Institutionalisierte Revolution und autonome Massenbewegung

Im Folgenden drucken wir ein Gespräch mit einem Genossen der Gruppe "PUEBLO" aus Mexiko ab. Die Gruppe "PUEBLO" bemüht sich mit ihrer gleichnamigen Monatszeitschrift um die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, in der die Basisgruppen und sozialen Bewegungen Gelegenheit zur Selbstdarstellung finden und die einen Beitrag zur Weiterentwicklung der linken Diskussion und Organisation leisten will.

Das Gespräch umreißt die wirtschaftliche Situation Mexikos, die jüngste Verstaatlichung der Banken ("es ist keine Nationalisierung, lediglich eine Verstaatlichung" - ein Wechsel des Besitzers, aber kein struktureller Wandel) und es versucht einen Überblick über die Lage der unabhängigen sozialen Bewegungen des Landes zu geben. Die Unabhängigkeit dieser Bewegungen wird besonders betont - insbesondere von der Regierungspartei PRI, aber zum Teil auch von den orthodoxen linken Parteien. Ein Kapitel für sich wäre der beachtliche Einfluß des PRI bei Bauern, Arbeitern und in den Stadtteilen.

Frage: Wie würdest du die Politik der Ära Lopez Portillo charakterisieren?

Antwort: Nach der Unterzeichnung eines Abkommens mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) 1976 ist zumindest in den ersten zwei Jahren der Legislaturperiode von Präsident José Lopez Portillo (JLP) von 1976 bis 1978, die er die Periode "des Wiederaufbaus" nannte (darauf folgten zwei Jahre der "Konsolidierung" und anschließend die beiden letzten des "beschleunigten Wachstums") die mexikanische Wirtschaftspolitik vollständig den Leitlinien des IWF unterworfen worden, und zwar hauptsächlich über folgende Maßnahmen: Lohnbegrenzung (die Löhne sind in den ersten Jahren geringer angestiegen als die Preise), dann die Einschränkung des Währungsumlaufs, die Einschränkung der Sozialausgaben wie für Bildung, Gesundheit, Renten, usw. und schließlich eine besondere Bevorzugung der Unternehmerinteressen in der Wirtschaftspolitik.

Auf der Grundlage der Erdöleinnahmen wurde ein expansives Wirtschaftsprogramm eingeleitet, das dann später nicht mehr so sehr einen formalen monetaristischen Zuschnitt hatte, es wurden allerdings politisch eine Reihe von volksfeindlichen Maßnahmen aufrechterhalten. Das spiegelt sich in der Arbeiterbewegung darin wieder, daß keine unabhängige Gewerkschaft anerkannt wurde, daß besagter Reallohnrückgang stattfand, usw.

In den ersten fünf Jahren der Regierung JLP wurde die Wirtschaftspolitik durch die Interessen der Privatwirtschaft bestimmt. Das Bündnis, das JLP in der sogenannten "Allianz für die Produktion" mit den Unternehmern herstellte, wurde vorwiegend vom Finanzkapital beeinflusst, insbesondere von den Finanzgruppen, die sich um die vier Bankengruppen BANCOMER, BANAMEX, COMERMEX und SERFIN scharen, und die

eindeutig eine ausländische Beteiligung aufweisen. Mit der "Petrolisierung" der Wirtschaft, also mit zunehmender Abhängigkeit von den Erlösen des Erdölexports (die 75 % der Exporterlöse 1981 erreichten) veröffentlichte die mexikanische Regierung einen "Globalen Entwicklungsplan" bis 1990, in dem ein optimales Szenario auf der Grundlage einer stabilen Steigerung der Erdölpreise gezeichnet wird und folglich eine optimale Finanzierungskapazität prognostiziert wird, die zu einer "finanziellen Selbstbestimmung" führen soll. David Ibarra, der Wirtschaftsminister, verkündete: "Mexikaner, wir müssen uns darauf vorbereiten, den Überfluß gelassen zu verwalten!".

Im Kern der Wirtschaftspolitik steckte jedoch schon der Keim der Krise, weil die Expansion im Wesentlichen in unproduktive Bereiche floß. Nicht etwa, daß die sozialen Ausgaben erhöht worden wären, sondern es schwoll die Staatsbürokratie an und ein Großteil der Exporteinnahmen wurden in Spekulationsprojekte gesteckt. Im 5. Jahr der Regierung JLP (1981), in dem sich traditionell in Mexiko eine Ungewißheit über den Kurs der künftigen Regierung breitmachte, gingen die Investitionen zurück und Kapital begann in das Ausland abzufließen, insbesondere in die USA und nach Europa.

F.: Wie kam es zu dem Vertrauensschwund, galt doch der designierte Nachfolger Miguel de la Madrid als Garant für die Kontinuität der Wirtschaftspolitik?

A.: Es bestand in der Tat die Hypothese, daß de la Madrid den Kurs JLP's fortsetzen würde, aber es gab eine Abkühlung der Beziehungen zwischen JLP und den Unternehmern, da er einige Maßnahmen zur Erhöhung des Staatseingriffs in die Wirtschaft traf. Die mexikanischen Unternehmer interpretierten das als einen Schritt hin zum Sozialismus....

F.: Und woher plötzlich der Sinneswandel der Regierung?

A.: Zum Teil war ein Anwachsen der sozialen Bewegung erfolgt, eine weit verbreitete Unzufriedenheit, da die Arbeiter die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik drastisch zu spüren bekamen. Außerdem verstärkte sich die Präsenz der linken und oppositionellen Strömungen in der Öffentlichkeit. Was war geschehen?

Nach einer massiven Repressionswelle in der ersten Hälfte der 70er Jahre und nach dem Zerfall der Bewegungen um die "Tendencia Democrática de Electricistas" ("Demokratische Tendenz der Elektroarbeiter" - TDE) und dem "Frente Nacional de Acción Popular" ("Nationale Front der Volksaktion" - FNAP), das gebildet worden



war, um die Errungenschaften der Elektrizitätsarbeiter zu verteidigen, wurde der Tiefpunkt der sozialen Bewegung erreicht. Nach 1968 fand der Protest der Arbeiter nur wenige Ausdrucksformen. Die bedeutsamste war der Zusammenschluß von Mitgliedern der Elektrizitätsarbeitergewerkschaft SUTERM (Sindicato Unico de Trabajadores Electricistas de la República Mexicana) in besagter TDE, die sich um Rafael Galvan bildete, der die Thesen vom "revolutionären Nationalismus" in der Tradition von Lázaro Cárdenas vertritt, aber ohne ihnen eine an den Klassen orientierte politische Perspektive zu verleihen.

1977 löste sich die TDE nach einer massiven Repressionswelle der Regierung auf, und nach dem Verschwinden des letzten Ansatzes zur Bündelung und Organisation des Kampfes der Arbeiter begannen die verschiedenen Gruppen, andere Ausdrucksformen zu suchen. Der stark geschwächte Bauernbewegung gelang es im Oktober 1979, die zerstreuten regionalen Initiativen in der "Coordinadora Nacional Plan de Ayala" zusammenzufassen. Auch in anderen Sektoren begann ein Prozeß der Bildung organischer Instanzen, wie zum Beispiel die "Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educación" (CNTE) für die Beschäftigten im Bildungssektor, der "Coordinadora Nacional del Movimiento Urbano - Popular" (CONAMUP) für die Arbeiterviertel, seit 1979 existiert ebenfalls der "Frente Nacional contra la Represión", hervorgegangen aus dem "Comité pro Defensa de los Presos Políticos" um Rosario Ibarra de la Piedra, die sich um das Schicksal der politischen Gefangenen und der Verschwundenen kümmern, und im April 1982 ist die "Coordinadora Sindical Nacional" (COSINA) entstanden, in der die unabhängigen Gewerkschaften zusammengeschlossen sind.

Eine in den sozialen Bewegungen und in der Linken viel diskutierte Frage ist das strategische Problem der Präsenz von politischen Organisationen in den Massenbewegungen, da die Parteien zwar in den Bewegungen stecken, es aber eine starke Tendenz zur Bildung unabhängiger Organisationen gibt, unabhängig gegenüber Staat, Unternehmer und auch gegenüber den Parteien. Deshalb verstehen sich diese "Coordinadoras" als autonome Massenorganisationen. In den Organisationen arbeiten zwar verschiedene Parteien mit, keine wird jedoch als Flügel irgendeiner Partei betrachtet.

Ein Prozeß, der parallel dazu von Bedeutung war, ist die sogenannte "Politische Reform", die ein Modernisierungs- und Legitimierungsansatz des mexikanischen Staates ist, das außerordentlich gut arrangiert wurde, um über den Parlamentarismus die sozialen Bewegungen in den Griff zu bekommen. Die "Politische Reform" war unter Präsident Luis Echeverría konzipiert und unter JLP realisiert worden. Mit der Anerkennung neuer linker Parteien schuf die Regierung die Illusion eines Rechtsstaates und daß folglich die Unzufriedenheit auf parlamentarischem Wege zum Ausdruck gebracht zu werden habe. Innerhalb der sozialen Bewegung gibt es verschiedene Strömungen, die diese "Politische Reform" ablehnen, insbesondere weil die Dynamik der Massenbewegung nicht über Wahlvorgänge zum Ausdruck kommt, noch über parlamentarische Aktivitäten. In Mexiko gibt es eine uralte Tradition von Wahlfälschungen und das Volk weiß, daß die Abgeordnetenversammlung zwar ein Forum ist, in dem Reden gehalten werden können, daß dort jedoch nicht die Hauptinstanz für soziale Veränderungen zu finden ist, ja nicht einmal die Instanz der politischen Entscheidungen des Staates selbst.

Deshalb scharten sich die sozialen Bewegungen um diese "Coordinadoras" und sie entfalteten eine sehr direkte Opposition gegenüber der Wirtschaftspolitik von JLP. Mit den Wahlen vom 4.7.1982 wird der Staat legitimiert, weil der PRI trotz der traditionellen Schiebereien eine sehr wirkungsvolle Wahlmaschinerie besitzt, mit der er mühelos breite Mehrheiten erzielen kann. (S. LN Nr. 106)

Innerhalb der sozialen Bewegung setzte sich die Überzeugung durch, daß Miguel de la Madrid (MM), ein Mann, der sehr viel stärker mit dem Finanzkapital liiert ist als JLP selbst, die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers fortsetzen wird. Wenn im Laufe des letzten Jahres Anzeichen vorhanden waren, daß JLP eine volkstümliche Politik einschlagen wollte, so hatte doch niemand geglaubt, daß er eine Maßnahme von der Größenordnung der Verstaatlichung der Banken ergreifen würde.

Alle: Linke, Rechte, sogar Teile der Regierung wurden von dieser Maßnahme überrascht. Die US-Presse schrieb, daß MM informiert, aber nicht konsultiert worden sei. Man weiß nichts Genaueres über die internen Vorgänge in der Regierung, aber es gibt m. E. drei Gründe, weswegen JLP die Banken verstaatlicht hat:

1. Da die wirtschaftlichen Aktivitäten im Lande sich auf die reine Spekulation reduziert hatten und die Mittel nicht im produktiven Bereich investiert worden waren. Außerdem war die Kapitalflucht wegen des stark überbewerteten Peso enorm, JLP selbst nannte einen Betrag von 50 Milliarden Dollar.
2. Die Maßnahme diente der Aufwertung des "revolutionären" Images des Präsidenten und seiner Partei. Die Schuld an der Wirtschaftsmisere wurde den Bankiers zugeschoben und so konnte sich der PRI wieder als die Partei darstellen, die sich "auf die besten Traditionen des Kampfes des Volkes" bezieht, wie sie sagen.
3. Die Verschuldung des Landes, die 80 Milliarden Dollar erreichte, und die Notwendigkeit einer Rückzahlungsgarantie gegenüber den internationalen Bankenkonsortien. Die mexikanischen Privatbanken konnten diese Garantie nicht geben, da sie die enormen Gewinne der letzten Jahre in die Unternehmen ihrer Gruppen geleitet haben und deshalb nicht liquide sind. Daß die Verstaatlichung der Banken im Sinne des internationalen Finanzkapitals ist, kann man daran ablesen, daß am 2. September (ein Tag nach der Bekanntgabe der Verstaatlichung) die Bank of America ihre weitere Unterstützung der mexikanischen Regierung verkündete.

F.: Wie sind die ökonomischen und ideologischen Auswirkungen der Verstaatlichung einzuschätzen?

A.: Ein politischer Schachzug, ein wahres Meisterwerk! Das ideologische Manöver ließ JLP als den Staatsmann erscheinen, der sich der Bedürfnisse des Volkes bewußt ist und diese verteidigt. Die Regierung wurde legitimiert und die Bankiers waren die Schuldigen. Im Inneren des Staatsapparats gibt es zweifellos Widersprüche, es scheint offensichtlich zu sein, daß MM diese Maßnahmen zumindest in dieser Form nicht gutheißt. Alles Weitere ist jedoch hypothetisch, man muß abwarten, was für ein Wirtschaftsprogramm MM letztendlich präsentiert.

In der Zeit zwischen der Nominierung des neuen Präsidenten (25.9.1981) und dessen Amtseinführung (1.12.1982), also im letzten Jahr, gab es in Mexiko eine Reihe von Arbeitskämpfen, Streiks, usw. Auf dem Lande wurde die Einhaltung der Wahlversprechungen JLP's gefordert, daß Land verteilt werde, usw. Auf diese Kämpfe reagierte der Staat nur indirekt, weil die politische Kraft der Bewegung noch sehr gering ist.

Es ist sehr wichtig zu erkennen, welches das politische Moment der sozialen Bewegung ist. Wir sagen, daß sie sich in einer Etappe des Kräftesammelns befinden, daß sie noch nicht die Möglichkeit der politischen Einigung haben, d.h. die verschiedenen "Coordinadoras" arbeiten auf der Grundlage von Forderungen, ihr Kampf ist defensiv und es gibt noch keine organischere Einheit auf der Grundlage allgemeiner, offensiver politischer Forderungen.

Mit der Verstaatlichung der Banken erfolgte eine Atomisierung der Linken, eine Polarisierung von Positionen in Bezug auf eine Einschätzung der Lage. Grundsätzlich können zwei Positionen unterschieden werden: eine, angeführt vom PSUM (Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos - vgl. LN Nr. 99) und ihrem Dunstkreis, die zur Verteidigung dieser Maßnahmen aufruft und dieser Frage gegenüber den allgemeinen Arbeiterforderungen Prioritäten einräumt. Die andere Position kommt im Wesentlichen von den Massenorganisationen, in denen natürlich auch politische Organisationen und Parteien arbeiten, die klarstellt, daß eine administrative Maßnahme, die nicht mit einer breiten Mobilisierung des Volkes einhergeht, niemals den Klassencharakter der Staates ändern kann, und die weiterhin ihren Forderungen Priorität geben.

Es geht nicht darum, seine Radikalität durch eine stärkere Opposition gegenüber der Regierung zu bekunden, sondern daß die historische Rolle des Staates gesehen



werden muß, und daß man die Maßnahmen in diesem Zusammenhang interpretieren muß und nicht als isolierte Aktion.

Dem mexikanischen Staat gehören fortschrittliche Gruppen an, die ein langfristiges Projekt haben und die nicht an einer kurzfristigen, gewinnorientierten Politik interessiert sind, wie sie von der Mehrheit der Unternehmer betrieben wird. Das Projekt dieser Gruppen soll sich ideologisch durch die mexikanische Revolution legitimieren und langfristigen Charakter haben. Die Verstaatlichung der Banken ist in diesem Zusammenhang ein Versuch der Neuordnung der Wirtschaft, die dem Staat einen größeren Spielraum einräumt. Die Außenpolitik und diese Verstaatlichung der Banken gehen auf die fortschrittlichen Sektoren des PRI zurück. Ihre Absicht ist es, die politische Initiative zu bewahren und die Grundlagen für den Verbleib des PRI an der Macht zu schaffen. Von daher ist es eine langfristige systemimmanente Maßnahme.

Die Verstaatlichung der Banken ist mit der Nationalisierung des Erdöls im Jahre 1938 gleichgesetzt worden. Wir glauben, daß die historische Bedeutung nicht an die Maßnahmen von 1938 herankommt, weil jene Maßnahme eine Enteignung ausländischen Kapitals war, das damals alles versuchte, um dem Lande Schwierigkeiten zu bereiten. Die jetzige Maßnahme ist eine Verstaatlichung des nationalen Finanzkapitals, das - wenn es auch Allianzen mit dem internationalen Finanzkapital eingegangen ist - internationales Kapital nicht berührt, hingegen die Schulden verstaatlicht. Die internationalen Banken äußerten wie gesagt ihre Genugtuung über diese Maßnahme, weil ihnen dadurch die Rückzahlung der Kredite garantiert wird.

In dieser Situation ist es wichtig, die realen Möglichkeiten der Linken aufzuzeigen, mit der sie auf die Regierungspolitik antworten kann. Die derzeit wohl wichtigste Frage innerhalb der Linken ist das Verhältnis zwischen politischen Organisationen und Massenorganisationen. Die Linke hat bei den Wahlen eine Niederlage erlitten, trotz aller Wahlfälschungen, die tatsächlich stattgefunden haben. Wenn auch die Unzufriedenheit der mexikanischen Bevölkerung nicht über

die Wahlergebnisse zum Ausdruck kommt, so ist das Resultat doch eine Bestätigung dafür, daß der Wechsel in Mexiko nicht über Wahlen stattfinden wird. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Wahlbeteiligung der Linken sinnlos wäre. Es ist eine Kampfebene, vielleicht nicht die Wichtigste, weil es eine Ebene ist, auf der der Gegner alle Regeln festlegt...

F.: ... aber das Ergebnis spiegelt dennoch einen Zustand wieder ...

A.: ... tatsächlich wird die relative Schwäche der Linken wiedergespiegelt. Und die Tatsache, daß zumindest Teile der Bevölkerung wie die Mittelschicht keine Alternative zum PRI zu erkennen vermochten. Auch wenn der Wahlerfolg des PAN ziemlich hoch war, so heißt das nicht unbedingt, daß der PAN als Alternative angesehen wird, sondern es bestätigt die traditionelle Oppositionsrolle dieser Partei.

Die Oppositionsrolle kommt in der Linken noch nicht deutlich zum Ausdruck, weil die Linke noch über kein klar definiertes politisches Programm verfügt. Die linken Parteien und Gruppen haben zwar Programme und Statuten, es fehlt jedoch ein revolutionäres Programm, das tatsächlich im Volke verwurzelt ist, weil wir nicht glauben, daß das der Inspiration intellektueller entspringen darf, sondern daß es die Widerspiegelung der objektiven Entwicklung der Massenbewegung sein muß. Das mexikanische Volk findet keine Ausdrucksmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Parteien. Wir glauben, daß die Bedeutung der Massenbewegung darauf zurückzuführen ist, daß sie sich auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung bezieht, wie die Kämpfe um den Boden auf dem Lande, um die Anerkennung autonomer Organisationen, gegen die Repression, für die Verteidigung des Streikrechts, gegen die Massenentlassungen, und innerhalb der Stadtteilbewegungen die Forderung nach einer Wohnungspolitik, die den Nutzern und nicht den Spekulanten dient...

F.: All das sind wie gesagt defensive Maßnahmen, die nicht unbedingt eine sozialistische Perspektive enthalten müssen. Wie können die Massenbewegungen politisch eingeschätzt werden?

A.: Die relative Verankerung, die die Massenbewegungen erlangt haben, liegt daran, daß sie die Forderungen eines Teils der organisierten Arbeiterschaft aufgegriffen haben. Die überwältigende Mehrheit der mexikanischen Arbeiter sind nicht einmal organisiert. Durch ein geringes politisches Bewußtsein und die große regionale Zerstreuung war es ihnen noch nicht möglich, sich organisch zusammenzuschließen. Deshalb haben die Massenbewegungen politisch noch nicht die Kraft, um die Initiative zu ergreifen, um der Politik des PRI etwas entgegenzusetzen. Ihre gegenwärtige Situation ist die der Aktionseinheit, insbesondere ausgehend von konjunkturellen Anlässen, statt einer politischen Aktion mit strukturellen Ansätzen.

Obwohl in allen Sektoren bereits Koordinationsinstanzen bestehen, glauben wir nicht, daß die Zeit reif für die Bildung einer breiten Volksfront gegeben ist, sozusagen eine "Coordinadora" der "Coordinadoras". So stellt die Bildung des "Frente Nacional Contra la Política de Austeridad y en Defensa del Salario" ("Nationale Front gegen die Austeritätspolitik und zur Verteidigung des Lohns") am 3. Oktober den Versuch dar, den Massenbewegungen eine politischere Koordination zu verleihen. Es vereinigt in sich die genannten "Coordinadoras", insgesamt 104 Organisationen der Linken. Sie unterscheiden sich von dem Projekt, das im Wesentlichen vom PSUM initiiert worden ist, das eine parlamentarische Ausrichtung hat und zum privilegierten Gesprächspartner der Regierung über den Massenbewegungen werden möchte, um so Positionen im Staatsapparat zu besetzen - nicht aber, um die Massenbewegung voranzutreiben.

Insgesamt existieren noch sehr ausgeprägte Widersprüche und deutliche Unterschiede zwischen den politischen Organisationen, die die Massenbewegungen anleiten, und es sind noch nicht die Bedingungen für eine organische Einheit und für breiter angelegte, politische Forderungen gegeben. Künftig wird die größte Herausforderung der sozialen Bewegungen darin liegen, diese Koordinationsinstanzen auszubauen, nicht um einen Apparat zu errichten, sondern um allmählich diese Organisations- und Koordinationsansätze zu vereinen und so nach und nach die Teile des Volkes anzuziehen, die noch nicht organisiert sind.

JAMAICA

20 Jahre Unabhängigkeit im Hinterhof der USA

Der Hinterhof der Vereinigten Staaten von Amerika, die Karibik und Zentralamerika, ist in den siebziger Jahren in Unordnung geraten: neben Cuba, dem riesigen Dorn im karibischen Fleisch von Uncle Sam, das sich schon Anfang der 60er Jahre von den Segnungen und Wohltaten des beschützenden Nachbarn im Norden lossagte, haben sich einige weitere Länder als böse Buben entpuppt, die nicht länger Handlangerdienste für den allmächtigen Dollar verrichten wollten, sondern versuchen, im nationalen Eigeninteresse zu handeln: 1972 wird der demokratisch-sozialistisch ausgerichtete Michael Manley Premierminister in Jamaica, 1979 Maurice Bishop in Grenada, wobei seine Regierung ein basisdemokratisches Regierungsmodell anstrebt, und in Nicaragua übernehmen die Sandinisten die Macht. In Guatemala und El Salvador wachsen nationale Befreiungsbewegungen zu einer solchen Stärke an, daß sie heute nicht einmal mehr mit brutalster Militärgewalt zu unterdrücken sind. Im Hinterhof wurde es also höchste Zeit, wieder Ordnung herzustellen, und Ronald Reagan ist zweifellos der geeignete Mann für den Job. Wie die USA es schaffen, auch ohne offene Militärintervention, sondern mit "demokratischen und marktwirtschaftlichen" Methoden einen Ungehorsamen wieder unter ihre Herrschaft zu bringen, zeigt das Beispiel Jamaicas.

Die Regierung Manley (1972 - 1980), die unter einem Programm des demokratischen Sozialismus eine Politik der nationalen Unabhängigkeit und Steuerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit nach außen, sowie eines (wenn auch zaghaften) sozialen Ausgleichs im Innern zu verwirklichen suchte, wurde systematisch destabilisiert. Gegen Manley wurde eine internationale und über die jamaicanische Zeitung "Daily Gleaner" nationale Hetzkampagne entfacht, die nach dem bewährten Antikommunismuster ausgerichtet war; Hauptziel dieser Kampagne war es, ausländische Investitionen und Touristendollars von Jamaica fernzuhalten.

In den letzten zwei Jahren vor der Wahl 1980 griff Washington zu einer wirkungsvollen Dreierkombination zur Destabilisierung der Manley-Regierung: die CIA, die die jamaicanische Wirtschaft monopolisierenden US-Multis und der als Washingtons Brückenkopf installierte Führer der damaligen jamaicanischen Opposition, Edward Seaga. Die CIA überschwemmte Jamaica mit einer Flut modernster amerikanischer Schußwaffen und damit einer destabilisierenden Welle von Gewaltkriminalität. Die Multis, die importabhängige Nahrungsmittelversorgung Jamaicas beherrschend, sorgten in Zusammenarbeit mit nationalen Verteilerm monopolen (Großhändler und Supermärkte) dafür, daß viele Grundnahrungs- und Lebensmittel für die Mehrheit der Jamaicaner nicht mehr zu erhalten waren: sie schufen einen destabilisierenden Hunger in der Bevölkerung. Edward Seaga als Dritter im Bunde schließlich übernahm die Organisation der Destabilisierungsmaßnahmen vor Ort, schürte mit den neuen Maschinengewehren Unruhe und politische Kriminalität und ließ keine Gelegenheit aus, seine Landsleute aufzurufen, keine Steuern mehr zu zahlen und kein Geld mehr aus dem Ausland heimzuschicken (es leben weit mehr Jamaicaner als "Gastarbeiter" im Ausland als in Jamaica). Seaga destabilisierte, um als der einzig möglich scheinende Stabilisator möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen.

In der Tat kann man heute Jamaica als fest stabilisiert, unter der Macht Washingtons bezeichnen. Seaga wurde im Oktober 1980 mit überwältigender Mehrheit (die Höhe seines Wahlsiegs ist wohl auch manipuliert gewesen) zum Premierminister Jamaicas gewählt; vier Wochen später siegte Ronald Reagan in der US-Wahl mit ähnlichem Erfolg. Seaga war denn auch der erste ausländische Regierungschef, der Mr. Reagan nach dessen Vereidigung im Januar 1981 besuchte. Wie im einzelnen Seaga als Brückenkopf Reagans in Jamaica funktioniert und mit welchen Folgen, läßt sich in den verschiedenen Bereichen knapp zwei Jahre nach Seagas Amtsantritt deutlich sehen.

Die Auswirkungen des IWF-Diktats

Neben den multinationalen Konzernen ist der Internationale Währungsfond das Instrument Washingtons, Ländern der Dritten Welt seine Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. Seaga unterzeichnete Anfang 1981 ein neues Abkommen mit dem IWF über 700 Millionen US-Dollar für einen Zeitraum von drei Jahren, nachdem Manley 1980 ein IWF-Abkommen wegen unzumutbarer Bedingungen für Jamaica gekündigt hatte. Die Folgen des neuen IWF-Abkommens von 1981 stellen sich im August 1982 wie folgt dar:

- a) Aufhebung fast aller Preiskontrollen und damit ein enormer Anstieg der Lebenshaltungskosten (bei Reis 27%, Zucker 90%, Mehl 40%, Speiseöl 33%). Der inländische Verkaufspreis für Zucker (jetzt 70 Pfg. pro Pfund) auf einer klassischen Zuckerinsel mußte als Bedingung des IWF-Abkommens soweit über den Weltmarktpreis heraufgesetzt werden, daß der inländische Zuckerverkauf zwischen Januar und April 1982 um 14 Millionen Dollar gesunken ist. Da es als ausgeschlossen gilt, daß ausgerechnet die Jamaikaner soviel weniger Zucker konsumiert haben sollen, versucht die Regierung jetzt, Schwarzmarktzuckerhändlern, die zu den viel niedrigeren Weltmarktpreisen illegal importieren, auf die Spur zu kommen. Ein besonderes Desaster stellt die Aufhebung der Mietpreiskontrollen dar (die bis 1980 gut funktionierenden Mietkontrollämter wurden von Seaga aufgelöst und "restrukturiert"): die Mieten sind seither um über 100% gestiegen.
- b) Strikte Begrenzung von Löhnen: 1981 erhielten Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst brutto 60 Dollar Erhöhung pro Monat, 1982 waren es 56, und in der Privatwirtschaft waren es nicht viel mehr. Den Bauxitarbeitern, die zu den bestbezahlten des Landes gehören, wurde nach monatelangem Streik, der den Aluminiumkonzernen angesichts der weltweiten Aluminium-Rezession gerade recht kam, eine Lohnerhöhung von 44% über drei Jahre gestreckt zugestanden.
- c) Aufhebung der Schutzmaßnahmen für die nationale Wirtschaft und Lockerung der Devisenbestimmungen: mit der Umsetzung dieser IWF-Forderung hat Seaga schon nach 18 Monaten der jamaicanischen Volkswirtschaft schwere strukturelle Schäden zugefügt. Der Schwarzmarkt für Devisen (offizieller Kurs 1 US Dollar = 1.75 Jamaica Dollar, auf dem Schwarzmarkt werden mittlerweile 2,5 - 3,5 Jamaica Dollar geboten) blüht wie nie zuvor, nachdem er von Seaga als "parallel market" offiziell geduldet und hoffähig gemacht worden ist und die Financial Intelligence Unit, die unter Manley zur Bekämpfung des Schwarzmarktes eingesetzt war, aufgelöst worden ist. So besorgen sich jetzt viele Geschäftsleute US-Dollars auf dem Schwarzmarkt (angeblich hat einer der größten nationalen Kapitalisten, Mr. C. Alexander, seine Geldkäufer zum Abfangen der Touristendollars netzartig in allen Touristenzentren der Nordküste aufgestellt) und kauft damit in Miami Fertigwaren made in Hongkong, Taiwan, Südkorea etc. zu Niedrigpreisen. Diese bringt man dann mit einer vorgeschobenen Importlizenz für Rohstoffe containerweise nach Jamaica und verkauft sie mit hohem Profit. Ergebnis: viele inländische Firmen verlieren den Zweifrontenkampf gegen den Schwarzmarkt; zum einen können sie nicht gegen die importierten Billigfertigen konkurrieren, zum anderen können sie von der Centralbank keine legalen US Dollar zum legalen Import von Rohstoffen erhalten, da diese vom Schwarzmarkt abgefangen werden. Als Resultat davon schließen immer mehr Klein- und Mittelbetriebe, oder sie werden, mit dem Rücken an der Wand, von den Großen aufgefressen. Der Präsident der "Jamaican Manufacturers' Association", R.A. Williams, hat im Juni die Regierungspolitik der Deregulation für die Stilllegung vieler

Fabriken verantwortlich gemacht. Dabei hatte gerade seine Organisation vor zwei Jahren einen (auch finanziellen) Beitrag zum Wahlsieg Seagas geleistet. Seaga attackiert inzwischen auch schon die illegalen Importeure als "Kriminelle und einen Haufen habgieriger, geiziger Kapitalisten"; er hat im Juli die Durchsuchung von Importcontainern angeordnet und Ende Juli in einem Fernsehstatement bekanntgegeben, daß innerhalb kurzer Zeit illegale Importe im Wert von 1,5 Millionen Dollar entdeckt worden seien. Ebenso hat er Maßnahmen bekanntgegeben, die den US-Dollar-Schwarzmarkt eindämmen sollen, wobei er allerdings auch selbst zweifelt, ob diese effektiv genug seien. Übrigens findet man viele dieser illegalen Importe, die der Volkswirtschaft die Devisen für Rohstoffe, Nahrungsmittel und Medikamente wegschnappen, als brandneue Volvos, BMWs und Mercedes auf den Straßen, und als Videoanlagen und Satellitenfernsehempfangsstationen in den Häusern der Oberklasse. Und obwohl Mr. Seaga verbal gegen die illegalen Importeure wettet, unterstützt er den amerikanischen Geschmack der Oberklasse: das jamaicanische Fernsehen hat 1981 für viele Millionen US Dollar Farbfernsehen eingeführt, für 1982 ist die Einführung von Kabelfernsehen vorgesehen.

d) Reprivatisierung von staatlichen Unternehmen: diese erfolgte bisher vor allem im Tourismussektor (acht große Hotels an der Nordküste wurden reprivatisiert), in der Textil- und der Agrofoodindustrie. Das Muster ist immer das gleiche: die Hotels oder Fabriken werden geschlossen, die Arbeiter entlassen, und wenn der Privatunternehmer dann neu aufmacht, stellt er weniger Arbeiter zu geringeren Löhnen ein. In den mittelgroßen staatlichen Textilbetrieben z.B. verdient eine Arbeiterin 57 Dollar pro Woche, in derselben privaten Fabrik heute verdient sie 30 Dollar; in einigen reprivatisierten Hotels wurden sogar an Stelle der entlassenen Jamaicaner Manager aus Peru, Uruguay und anderen südamerikanischen Ländern mit geringerer Qualifikation eingestellt. Der Verkaufspreis für die Reprivatisierung liegt ausserdem meistens weit unter den Investitionskosten, welche die Regierung Manley vor Jahren für die Errichtung der Unternehmen aufbrachte. So betrugen die Investitionskosten des Staates in eine Fabrik im Parish St. Elizabeth, die Tomaten und andere landwirtschaftliche Produkte weiterverarbeitet, 7 Millionen Dollar, Seaga verkaufte an einen Privatunternehmer für 1,5 Millionen. Zur Zeit werden Vorbereitungen zum Verkauf der städtischen Verkehrsgesellschaften Kingston getroffen: im April wurden 600 Arbeiter und Angestellte entlassen, denn ein Privatunternehmen kauft nur, wenn vorher auf seinen Profit getrimmt worden ist.

e) Kürzung der Staatsausgaben: in erster Linie sind davon die Bereiche Gesundheit, Soziales und Erziehung betroffen. Über 12000 "Crashworker" haben schon ihre Jobs verloren, und im Mai wurden 400 Lehrer des JAMAL-Programms entlassen. In den Krankenhäusern sollen in nahe Zukunft 3000 ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die drei Säulen der Wirtschaft: Landwirtschaft, Tourismus und Bauxit

In den wichtigsten Sektoren der jamaicanischen Wirtschaft sieht die Situation deprimierend aus:

Landwirtschaft: Zucker macht Verluste, "Citrus-Industry in Trouble" (Daily Gleaner 11.6.82), die Kleinbauern und Fischer bleiben auf ihren Tomaten, Zwiebeln, Gurken, Kartoffeln und Fischen sitzen, da die Supermärkte und Hotels all dies seit 19 Monaten aus den USA importieren. Seaga ermöglichte im Juli der United Fruit Company (jetzt United Brand) einen Kredit über 30 Millionen Dollar, mit dem diese - ob ihrer austeuerischen Praktiken bekannt und schon seit vielen Jahren aus Jamaica verschwunden - wieder in die jamaicanische Bananenproduktion zurückkehrt. Selbst Morris Cargill, einer der skrupellosesten und zynischsten Rechtsschreiberlinge in der Presse, hat die Rückkehr der United Fruit scharf kritisiert, wohl deshalb, weil er als lokaler Großgrundbesitzer selbst eine Bananenfarm hat und von United Fruit an die Wand gedrückt werden könnte.

Tourismus: Seaga und sein Tourismus-Minister, Tony Abrahams, werden nicht müde, den "sensationalen Aufschwung im Tourismus seit der Amtsübernahme" zu verkünden. Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus: für einige der größten und luxuriösesten Hotels gibt es wegen der weltweiten Rezession keine Gäste mehr und sie haben seit Frühsommer 1982 geschlossen, so Jamaica Hill Hotel in Port Antonio (Norwegian Caribbean Line), Dragon Bay Hotel in Port Antonio, Runaway Bay Hotel in Runaway Bay (Fitzroy International), Seawind Hotel in Montego Bay (Prudential). Oft haben sich die Manager über Nacht nach Miami abgesetzt mit dem letzten Geld, das noch in den Hotelkassen war, und ließen eine frustrierte und ohne die gesetzlich festgelegte Abfindungssumme leer ausgehende Schar von Angestellten zurück. Andere große Hotels operieren mit Niedrigpreisen und all-inclusive-packages, z.B. ist in diesem Sommer in New York eine Woche Jamaica incl. Flug für 299 US Dollar angeboten. Die kleinen Hotels und Gästehäuser ohne internationales Marketing sind so gut wie leer.

Bauxit: durch die weltweite Rezession in der Aluminiumindustrie gab es eine Talfahrt in der jamaicanischen Bauxitindustrie mit Massenentlassungen: 150 bei Alcan, 100 bei Alcoa, 400 bei Alpart; weitere Entlassungen sind angekündigt.

Im April, anlässlich seines Staatsbesuchs in Kingston, hat Präsident Reagan seine "Caribbean Basin Initiative" verkündet. Nach diesem Plan sollen die Länder der Karibik und Zentralamerikas - mit Ausnahme von Cuba, Nicaragua und Grenada - Entwicklungshilfe erhalten, die von den reicheren Nachbarstaaten USA, Canada, Mexico und Venezuela finanziert werden soll. Er sieht im Einzelnen vor: Zollfreiheit für die Waren aus den Caribbean Basin Ländern in den USA; Steuervorteile für US-Firmen, die dort investieren; 350 Millionen US Dollar direkte Hilfe; Peace Corps als Helfer für Privatfirmen. Dieser Plan, der fast ausschließlich auf die Privatindustrie zugeschnitten ist, wurde nach Seagas Worten von ihm selbst initiiert. Die Kritiker dieses Reagan-Seaga-Plans in der Karibik, und Michael Manley ist einer ihrer Wortführer, stützen sich auf folgende Argumente: 1. Durch den Ausschluss von Cuba, Grenada und Nicaragua soll ein Trennungseil zwischen die Länder dieses Raumes getrieben werden. 2. Der Plan enthält kein Konzept für die Entwicklung des öffentlichen Sektors (Infrastruktur, Schulen etc.) und vergrößert damit die Kluft zwischen Arm und Reich. 3. Der Plan enthält eine starke militärische Komponente; in der Tat sind von den 350 Millionen Dollar direkter Hilfe ein Großteil Militärhilfe, für El Salvador allein 128 Millionen. Canada und Mexico haben ihre Bedenken gegen den Plan schon klar artikuliert und auch in den USA mehren sich die Widerstände gegen die CBI-Vorlage des Präsidenten. Sollte der Plan, dessen gesetzliche Grundlagen am 15. September verabschiedet wurden, doch keine konkrete Umsetzung finden, blieben der Karibik auf jeden Fall eine ganze Menge überflüssiger US-Waffen erspart.

Attacken gegen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften Jamaicas, angeblich mit die stärksten in den Amerikas, sehen sich seit Seagas Amtsübernahme starkem Druck ausgesetzt. Der die jamaicanische Presselandschaft dominierende "Daily Cleaner" läßt keine Gelegenheit aus, sie für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung des Landes verantwortlich zu machen; Streiks, niedrige Produktivität der jamaicanischen Arbeiter und Disziplinlosigkeit sind die immer wiederkehrenden Vorwürfe gegen die Gewerkschaften, und in manchen Artikeln wird ein Abschaffen oder die gesetzliche Möglichkeit des Bestrafens der Gewerkschaften gefordert. In der Tat sind die nach englischem Vorbild organisierten Gewerkschaften, die seit 1938 wesentliche Beiträge zur Dekolonisierung Jamaicas geleistet haben, ein Haupthindernis für Seagas Bemühungen, ausländischen Investoren ein günstiges Investitionsklima (niedrige Lohnkosten, unternehmerfreundliche Arbeitsgesetze etc.) in Jamaica zu schaffen.

Zu diesem Zweck wurde eigens ein gemeinsames jamaicanisch-amerikanisches Investitionskomitee, dem Mr. Rockefeller und Mr. Seaga vorsitzen, geschaffen. Reagans gewerkschaftsfeindliche Politik kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, daß er bei Streiks in lebenswichtigen Bereichen die Armee als Ersatzarbeitskraft einsetzt; dies geschah im Frühjahr 1982 während eines Streiks der Arbeiter bei den Wasserwerken. Anfang 1982 preschte die US Citybank in Jamaica mit einem Frontalangriff gegen die Gewerkschaften vor: Citybank bietet allen Angestellten, die freiwillig aus der Gewerkschaft austreten oder nicht eintreten, ein wesentlich höheres Gehalt an. Bis heute haben alle Angestellten der Bank dieses Angebot angenommen. Dieser Fall schlug hohe Wellen in Jamaica, weil viele Jamaicaner meinen, es sei ein Bruch der jamaicanischen Verfassung und der internationalen Arbeitsrechtskonvention, die Jamaica unterzeichnet hat. Der Fall macht auch deutlich, wie weit sich Multis unter der Seaga-Regierung frei fühlen, über die Gesetze des Landes hinwegzugehen und eigenmächtig zu handeln. Seaga hat sich zwar kritisch zu dem Vorgehen von Citybank geäußert, jedoch hat das Unternehmen bis heute seine Praxis beibehalten.

Eduard Seaga: "We make freedom work here ..."

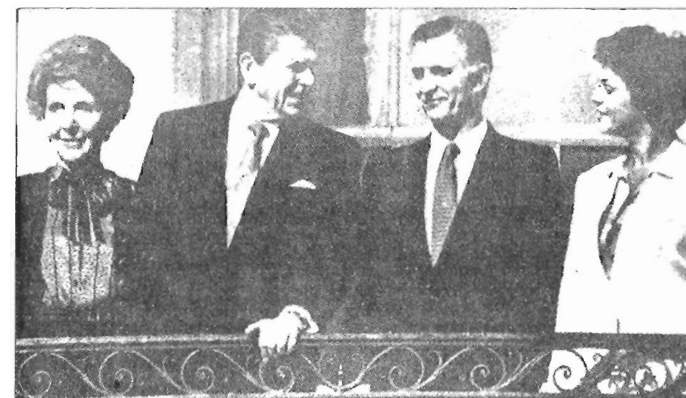
Als Edward Seaga anlässlich seiner Regierungsbildung im November 1980 die Ämter des Ministers für Justiz und Nationale Sicherheit und des Generalstaatsanwalts in den Händen eines seiner Getreuen vereinigte, war schon ein wichtiges Zeichen für den Kurs der Politik in diesen sensiblen Bereichen gesetzt. In der Tat wurden seither eine ganze Reihe Änderungen und Vorbereitungen in Richtung Polizeistaat geschaffen: die Sicherheitskräfte und die Polizei erhielten als erste umfangreiche neue Ausrüstungen. Der "Crime Suppression Act", unter dem die Polizei ohne spezialisierten Hausdurchsuchungsbefehl Häuser durchsuchen kann, wurde bis 1983 verlängert. Eine "Eradication Squad" wurde installiert, deren spezielle Aufgabe unter anderem ist, alle Jamaicaner aufzuspüren und zu verhören, die sich in den siebziger Jahren längere Zeit in Cuba aufgehalten haben (unter der Manley-Regierung bestanden gute Beziehungen zu Cuba), wo sie angeblich paramilitärische Ausbildung erhielten. Die 60 Jahre alte "Jamaican School of Agriculture" wurde geschlossen und zu einem Polizeitrainingslager umfunktioniert. Eine Schule, die von der cubanischen Regierung als Geschenk errichtet worden war, ist jetzt Soldaten-camp. Die Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften der USA, die unter Seaga auflebt, könnte langfristig den Weg ebnen zu einer direkter Militärpräsenz der USA in Jamaica. So statteten jetzt Schiffe der US-Navy regelmäßig Freundschaftsbesuche ab und helfen bei der Ausbildung der jamaicanischen Küstenwache; im Juli 1982 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Stationierung von Power-Barges (Kraftwerksschiffen) der US Navy in jamaicanischen Häfen vorsieht. Die erste Landung einer US Galaxy in Jamaica, die Sicherheitsausrüstung für den Reagan-Besuch brachte, wurde in den Massenmedien als besonderes Ereignis gefeiert. Reagan hat im Rahmen seiner verstärkten Drogenbekämpfung jetzt auch Zugriff direkt auf den jamaicanischen Erzeuger: seit einiger Zeit werden Marihuanafelder hier aus der Luft mit Chemikalien besprüht, die die Pflanzen zwar nicht vernichten, sie aber gesundheitsschädlich für den Konsumenten werden lassen.

Daneben gibt es Versuche der Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Ein Jesuitenpater, Father Ho Lung, wurde von einem Minister massiv attackiert und sollte mundtot gemacht werden, da er ein Büchlein über die Zustände in einem Altersheim veröffentlicht hatte. Der Minister wörtlich: "Ich werde sie persönlich dem Premierminister melden. Vor einer solchen Veröffentlichung haben Sie gefälligst um Erlaubnis zu fragen." Die staatseigene Jamaica Broadcasting Corporation weigerte sich im Mai, eine Rede Manleys zu senden (die Parteien in Jamaica erhalten regelmäßig Sendezeiten für Reden ihrer Politiker zugestanden). Selbst eine Journalistin des konservativen "Daily Gleaner" berichtete im Juli über Schwierigkeiten, bei staatlichen Behörden Informationen zu erhalten; sie wollte

einige Zahlen über die Hotelbettenbelegung und Tourismus sowie über Bananenproduktion recherchieren, und wurde von den einzelnen Behörden abgewiesen. Danach erhielt sie einen Anruf des zuständigen Ministers, der sie aufforderte, ihn nächsten persönlich wegen solcher Recherchen zu befragen. Ein anderer Journalist des "Gleaner" bezeichnete das Gesundheitsministerium als "Ministry of Silence" wegen dessen dubioser und zögernder Unterrichtung der Öffentlichkeit über eine ausgebrochene Polio-Epidemie; tatsächlich wurden die Bevölkerung und das Krankenhauspersonal erst zwei Monate nach der Entdeckung des ersten Poliofalles ausführlich unterrichtet. Dagegen scheut sich der Gesundheitsminister nicht, im Parlament bekanntzugeben, daß er die US-Botschaft gebeten habe, keine Visa mehr an Krankenschwestern zu erteilen. Gegen Harry Belafonte, der als Gastredner während einer Preisverleihung in Kingston im Juli Jamaica als "pawn" (Bauer) der USA bezeichnete und Reagan einen Tyrannen nannte, wurde im Parlament in Kingston von Seagas Parteimitgliedern der Antrag gestellt, Belafonte zur "persona non grata" zu erklären.

Die Politik der deutschen Bundesregierung gegenüber Jamaica schwimmt im Gleichakt den USA hinterher. Acht Tage nachdem Ronald Reagan am 7. April 1982 in Kingston verkündete "We make freedom work here", erklärte Bundespräsident Carstens bei seinem Staatsbesuch in Jamaica: "Ich bin froh, zu sehen, daß Jamaica den Kampf um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gewonnen hat". Ob solcher Naivität und Taktlosigkeit hilft es auch nichts, wenn Delegierte der PNP (Manleys Partei), einer Bruderpartei der SPD in der Sozialistischen Internationale, sich durch die Äußerungen des Herrn Carstens brüskiert sahen und beim deutschen Botschafter in Kingston Protest einlegten. Die Bürgschaft für Hermes-Kredite, die Bonn 1979 für Manley gestrichen hatte, ist für Seaga wieder gewährt worden und seither sprudeln die deutschen Kreditquellen wieder munter. Die Experten der Friedrich-Ebert-Stiftung sind von denen der Konrad-Adenauer-Stiftung abgelöst worden, die jetzt Seagas Partei mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Für Jamaica zeigt sich deutlich, daß kleinen Nationen der Spielraum für einen dritten Weg zwischen den beiden Supermächten nicht zugestanden wird. Das Sprichwort "Friß oder stirb" hat für Jamaica, 1,5 Flugstunden vom mächtigen "Freund" im Norden entfernt, die wörtliche Bedeutung. Wird Jamaica eines Tages den cubanischen Weg gehen, oder wird es, vor fünf Jahren noch als "Schwellenland" bezeichnet, in derselben Elendsgasse wie sein Nachbarland Haiti landen?



Die Seagas waren die ersten Besucher im Weißen Haus nach Ronald Reagans Amtsantritt

KOLUMBIEN

Die Solidarität des Volkes wächst

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) unterstützen seit 1979 finanziell ein Projekt in einem Elendsviertel Bogotás. Das Projekt wurde in unserem Buch "KINDER DES ELENDS", in der gleichnamigen Ausstellung und auf einem Plakat vorgestellt. Durch Spenden und dem Verkauf des Plakats kamen bis Februar dieses Jahres fast 5 000 DM zusammen, die direkt an das Projekt gingen. Kürzlich hatte ein Mitglied der LN die Möglichkeit, sich vor Ort die Entwicklung dieser Arbeit anzusehen. Der folgende Bericht ist die gekürzte Abschrift von Tonbandaufnahmen mit den dort arbeitenden Krankenschwestern und Nonnen.

LN: Vielleicht fangt ihr am besten an zu erzählen, welches Ziel ihr mit eurer Arbeit verfolgt.

Antwort (A): Erst einmal möchten wir euch unseren Dank für die Unterstützung aussprechen, mit der ihr uns sehr geholfen habt. Was uns zu dieser Arbeit gebracht hat, ist die Betroffenheit und das Interesse an der Situation, in der unser Volk lebt: Die Problematik von Armut und Ausbeutung im Kontext internationaler Machtstrukturen. Wir verstehen unsere Arbeit als Mission der Volkskirche, die in den Volks- und Befreiungsbewegungen präsent ist. Wir, eine Gruppe von Nonnen, leben hier, um gemeinsam mit den Bewohnern dieser Viertel zu sehen, welche Lösungen angesichts ihrer Situation entwickelt werden können. Wir nähern uns ihrer Realität an, um von ihnen auf der Ebene der Erziehung, Bildung und Bewußtwerdung der Probleme zu lernen. Wir wollen gemeinsam analysieren, wo die Ursachen dieser Probleme liegen, die sie täglich in ihrem persönlichen, familiären und weiteren gesellschaftlichen Leben erfahren. Erziehung und Bildung sind aber nichts Abstraktes, sondern geschehen durch die Aktivitäten, die aus den konkreten Situationen und Problemen erwachsen. Das gemeinsame soziale Handeln, die Organisierung der Gemeinde, sind die einzige Form, um die Hoffnungen, Erwartungen und Sehnsüchte der Menschen praktisch umzusetzen. Somit liegt der Schwerpunkt unseres Lernens auf den Kampf- und Organisationsformen.

Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß sich zwar oft politisches Bewußtsein herausbildet, d.h. daß die Probleme in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext verstanden werden, daß der Schritt zur Organisierung, um gemeinsam diese Probleme anzugehen, aber weitaus schwieriger ist. So leben und arbeiten wir mit den Leuten in dieser Gemeinde, um zur Organisierung und Veränderung der Realität unseren Beitrag zu leisten.

Für uns heißt das in erster Linie, die Entstehung von christlichen Volksgemeinden voranzutreiben, innerhalb derer wir unseren Glauben als Engagement in den Volksbewegungen leben und verkünden. Wir versuchen, Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiter und mit den Befreiungsbewegungen der Nachbarländer zu wecken.

Unsere Ziele kristallisierten sich im Laufe unserer 6jährigen Arbeit heraus, während derer wir -entsprechend unserem Verständnis der Realität und unseren Möglichkeiten- selbst einen Lernprozeß durchlebten und verschiedene Haltungen einnahmen. Heute sehen wir, daß eine unserer wichtigsten Aufgaben die Bildung von Gruppen und Komitees im Viertel ist, die das Subjekt der Veränderung und Initiierung einer autonomen Entwicklung darstellen.

Wir haben uns entschieden, Impulse zu geben zur Initiierung eines bewußten Prozesses, die Kämpfe der Leute zu unterstützen und an der Suche nach kollektiven Lösungen teilzunehmen. Wir bemühen uns, die Probleme, die in der Gemeinde existieren, miteinander in Verbindung zu bringen, weil wir davon ausgehen, daß sie nicht isoliert zu lösen sind, sondern eine gemeinsame Ursache haben, die eine kollektive Strategie erfordert.

Wir arbeiten dabei in erster Linie mit den Frauen. Wir sind überzeugt von ihrem kreativen Potential, ihren enormen Handlungsmöglichkeiten, ihrer Kampferfahrung, und wir versuchen, diese Werte wiederzubeleben und so die verschiedenen Arbeitsgruppen zu dynamisieren.

LN: Könnt ihr, bevor ihr auf eure konkrete Arbeit eingeht, ein bißchen beschreiben, wie es in diesen Elendsvierteln im Südosten Bogotás aussieht?

A: Bogotá liegt am Fuße der Andenkordillere in einer Höhe von 2 500 - 3 000 m. Mit dem Wachstum der Stadt werden die Armen immer weiter in die Berge hinauf gedrängt in Gebiete, die schwer zu urbanisieren sind und somit wenig Profit abwerfen. Die Elendsviertel im Südosten Bogotás umfassen ca. 110 Viertel mit 1,2 Millionen Einwohnern. Diese Zahl ist geschätzt, denn es ist unmöglich, dort eine Volkszählung durchzuführen. Die Umfrage Anfang der 70er Jahre wurde boykottiert, weil die Leute solche Umfragen einfach satt haben, die ja dann doch nicht dazu dienen, ihre Situation zu verbessern, sondern sie zu verplanen.

Die Mehrzahl der Leute stammt aus den Departements Boyacá, Cundinamarca und Tolima. Viele kommen vom Lande, wo sich ihre Situation ständig verschlechtert. Die wirtschaftlichen Probleme, die Auseinandersetzungen mit den Großgrundbesitzern, das Fehlen von Dienstleistungen läßt sie dort keine Zukunft mehr erkennen. Durch die Kommunikationsmittel wie Radio und Fernsehen wird ihnen die Illusion gemacht, in den Städten könnten sie eine Antwort auf ihre Probleme finden. Außerdem ist die Repression auf dem Lande unerträglich. Unter der Antiguerrillastrategie der Militärs leiden sie am meisten (vgl. LN 106). Sie werden von den Militärs bedroht, verfolgt und gefoltert. Die Gewalt auf dem Lande ist unglaublich und nimmt zu. Die Nahrungsmittelmenge, die einer Familie zusteht, wird von den Militärs bestimmt und überwacht. Das gesamte tägliche Leben wird kontrolliert. Auf diese Art versucht man, der Guerrilla die Basis zu entziehen. Die Leute kommen dann hierher.

Nur ein kleiner Teil dieses Sektors ist urbanisiert, der größte Teil ist halbländlich. Was dort an Industrie existiert, sind in erster Linie Ziegeleien und noch ein paar Glasereien: Familienbetriebe mit sehr wenig entwickelter Technologie. Nur wenige finden Arbeit als Industriearbeiter, viele arbeiten im Dienstleistungsbereich, die Mehrheit auf dem Bau mit kurzfristigen Verträgen. Daher sind sie immer wieder ohne feste Arbeit. Um überleben zu können, müssen auch die Alten und die Kinder mitarbeiten. Oft machen sie auch die Hausarbeit, während die Frauen arbeiten gehen. Die Kinder fangen mit 4 Jahren an zu arbeiten: Sie kaufen ein, sie stehen Schlange für das Cocinol, den Brennstoff, oder sie passen auf die noch kleineren Geschwister auf.

Es gibt keine gepflasterten Straßen, der Strom wird angezapft. Es gibt kaum Wasserver- und -entsorgung. Wegen der fehlenden Müllabfuhr entstehen überall Müllhaufen, die den Sektor verseuchen. Sie sind die Ursachen von Ratten und Fliegen. Kinder suchen gemeinsam mit Tieren auf dem Abfall nach Nahrungsresten.

Es gibt nur ein Krankenhaus für den gesamten Sektor, dessen Hauptaktivität in der Geburtenkontrolle besteht. Die Leute beschwerten sich oft über die schlechte Versorgung dort. Es gibt kein Verbandszeug und keine Medikamente. Die Kranken werden oft wieder nach Hause geschickt. Dann gibt es noch zwei Gesundheitszentren, die aber auch sehr schlecht ausgestattet sind. Auch dort wird vor allem Geburtenkontrolle betrieben. Die Betreuung von Vorschulkindern beschränkt sich darauf, Medikamente zu verschreiben, die die Leute dann doch nicht kaufen können. Der Arzt taucht fast nie auf, und die Schwestern verlangen für die Impfungen 15-20 Pesos, obwohl Impfungen eigentlich gratis sind. Das ist viel Geld für die Leute.

Die einzigen Sekundarschulen wurden gerade geschlossen. Offiziell wurde das mit fehlenden Geldern begründet, aber wir haben erfahren, daß politische Gründe dahinter stehen: Diskrepanzen zwischen der Lehrergewerkschaft und dem Ministerium.

Dann wollen wir noch ein weiteres Problem anprangern: das Geschäft mit Kindern. In diesen Vierteln kam es im letzten Jahr häufig vor, daß Kinder von der Schule nicht mehr nach Hause kamen. Man versuchte vergeblich herauszufinden, wo sie festgehalten

wurden. Dann kam heraus, daß Kinder ins Ausland exportiert werden. Es wurde auch bekannt, daß im Krankenhaus La Hortua, dem einzigen Krankenhaus mit Armenversorgung, die Schwestern versuchten, die Mütter zu überzeugen, ihr Neugeborenes zu verkaufen. Die meisten Leute wohnen hier als Mieter. Die Bedingungen sind miserabel. Meist wohnt jeweils eine Familie in einem Raum. Waschelegenheiten, Küche und Klo werden von allen Mietern gemeinsam benutzt. Das ist meist sehr unhygienisch. Die Petroleumkocher lösen immer wieder Brände aus. Und natürlich gibt es ständig Streitigkeiten zwischen den Familien. Die Kinder werden oft eingesperrt, wenn die Eltern arbeiten gehen, damit sie nicht stören und keinen Lärm machen. Die Kinder leiden am meisten unter dieser ständigen Aggressivität. Das drückt sich deutlich in ihrem Verhalten aus. Diese Kinder stören, wenn sie auf der Straße spielen, sie stören in der Schule, sie stören zu Hause. Es sind gestörte, vergewaltigte Kinder, die später zu ungeliebten Jugendlichen werden. Und die Gesellschaft treibt sie zu noch aggressiveren Verhaltensformen: zu Raub, Diebstahl und Überfällen. Es ist deutlich spürbar, wie in den letzten Jahren mit zunehmender Verelendung der Kampf ums Überleben zu immer gewaltsamerem Vorgehen zwingt, die Gewalt auch in persönlichen Konflikten eine zunehmende Rolle spielt. Weihnachten wurden allein in einem Viertel vier Leute umgebracht, um persönliche Konflikte zu lösen.



LN: Wie sieht es angesichts dieser Probleme mit der Organisierung der Leute aus?

A: Das ist sehr unterschiedlich. Die Teilnahme am Generalstreik im letzten Jahr war sehr gering. Zwar läßt sich ein Wiederaufflammen dieser Bürgerbewegung, wir nennen sie Movimiento Cívico, feststellen, aber diese Bewegung bleibt sehr isoliert angesichts der Kämpfe der Gewerkschaften und anderer Bevölkerungssektoren. Trotz der Verschlechterung der Lebensbedingungen, der steigenden Lebenshaltungskosten, haben es die Elendsviertelbewohner nicht geschafft, Organisationen auf regionaler oder gar nationaler Ebene aufzubauen. Spontaneität und organisatorische Schwäche sind charakteristisch für diese Bewegung.

LN: Erzählt doch mal, wie ihr mit eurer Arbeit begonnen habt.

A: Das war vor 6 Jahren. Erstmal lebten wir zwei Jahre lang zur Miete wie die meisten Leute in diesen Vierteln. Wir wollten ihre Realität leben, um sie besser zu verstehen. Klar, wir haben eine andere Art, die Situation zu analysieren, als die Leute, aber unser Versuch, uns in ihr Leben einzugliedern, hat uns in vielen Beziehungen die Augen geöffnet. Wir sahen, daß die Kinder eines der größten Probleme der Leute sind. Regelmäßig verirren sich Kleine im Viertel. Man bringt uns Zweijährige, die herumirren, oder Kinder, die von Ratten gebissen wurden, weil sie allein eingeschlossen waren. Andere werden mit Verbrennungen gebracht.

Da haben wir uns mit den Müttern getroffen, um gemeinsam zu überlegen, was wir tun können. Vor allem junge Mütter hatten großes Interesse, aber sie wußten nicht, was sie tun könnten, da sie arbeiten gehen müssen, um ihren Kindern etwas zu essen geben zu können. Eine Frau stellte dann ihr Haus zur Verfügung, um dort die Kinder gemeinsam zu hüten. So erkannten wir, daß sich etwas machen ließe, wenn sich die Mütter zusammenschlossen. Wir überlegten, welche Möglichkeiten es gäbe, die Kinder abwechselnd zu hüten. Junge Mädchen, die z.T. vormittags, z.T. nachmittags zur Schule gehen, boten sich an, auf die Kinder aufzupassen.

So fingen wir an. Aber bald erkannten wir, daß es nicht ausreichte, die Kinder zu behüten, sondern daß wir noch viel mehr brauchten. Wir erreichten, daß das Familienfürsorgeamt uns mit Nahrungsmitteln unterstützte. Die Eltern steuerten auch etwas bei, jeder was er konnte. Andere brachten Besteck und Geschirr. Stück für Stück nahm der Kindergarten Gestalt an. Wir nannten ihn "Solidarischen Hort". In dieser Atmosphäre, die die Kinder als frei und spontan empfanden, brach dann bald ihre ganze geballte Aggressivität aus. Es gab ständig Schlägereien und Streitereien.

Wir trafen uns mit den Eltern, um über diese Probleme gemeinsam nachzudenken. Zuerst kamen nur die Mütter, weil sie meinten, von der Kinderaufzucht mehr betroffen zu sein als die Väter. Während dieser Treffen machten wir auch aus Abfällen Spielzeug. Es ergab sich dann, daß wir uns regelmäßig trafen. Schließlich schafften wir es, auch die Väter in diese Treffen einzubeziehen.

Wir nennen uns "Vereinigung solidarischer Nachbarn". Wir begannen zu analysieren, daß es kein Zufall ist, daß immer geglaubt wird, Kinderaufzucht sei die Aufgabe der Mütter. Wir erkannten, daß diese Vorstellung das Ergebnis eines Systems ist, das ihnen -den Vätern- eine gewisse Macht gibt; die gleiche Macht, die sie selbst auch in diesem System erleiden. Langsam erkannten sie, daß die Erziehung auch von ihnen abhängt und daß sie selbst auch Produkt des gesellschaftlichen Systems sind.

An diesem Punkt sind wir im Moment angelangt. Die Eltern sehen, daß ihre Probleme keine individuellen sind, sondern alle betreffen, und daß ihre Ursachen mit den gesellschaftlichen Strukturen zu tun haben, die in Kolumbien wie in anderen abhängig kapitalistischen Ländern herrschen. Und dann analysierten wir gemeinsam, wie dieses ideologische System funktioniert, dem sie unterworfen werden und das der Aufrechterhaltung der Ausbeutung dient. Wir haben also ausgehend von so kleinen, einfachen Sachen, die immer als individuelle Probleme gesehen werden, erkannt, daß dies keine isolierten Probleme sind, sondern daß sie alle betreffen und daß die Lösung im gemeinsamen sozialen Handeln liegt. Nur durch den Zusammenschluß vieler können wir die Strukturen ändern.

Ein anderes Beispiel: Gesundheit ist Ausdruck der Lebensbedingungen. TBC und Erkrankung der Atemwege herrschen hier vor. Außerdem sind viele Krankheiten wie Magen-schwüre Resultat der sozialen und psychischen Spannungen, denen die Leute ständig ausgesetzt sind. Zwei von uns haben als Krankenschwestern mit dem Gesundheitsministerium gearbeitet. Es gab dort den Plan, sogenannte Barfußärzte, promotores de salud, in den Elendsvierteln auszubilden. Außerdem schicken die Universitäten immer Praktikanten in den Südosten, damit sie dort ihre ersten Erfahrungen als angehende Ärzte oder Sozialarbeiter sammeln können. Wir mußten im Gesundheitsbereich mit diesen Studenten zusammenarbeiten. Diese Studenten wollten, ohne die Zone oder die Leute zu kennen, gleich Gesundheitskomitees bilden. Sie baten uns, Leute im Viertel ausfindig zu machen, die Interesse an einer Gesundheitsarbeit hätten. Das war für uns

nicht schwer, da wir ja seit langem dort leben und die Leute gut kennen. Ich erinnere mich, daß zum ersten Treffen fast 40 Leute kamen. Alle waren begeistert von dem, was die Studenten und das Gesundheitsministerium anboten: Impfungen, Hilfe beim Bau der Kanalisation, der Wasserversorgung, der Müllabfuhr, Nahrungsmittelhilfe usw. Aber als die Studenten nur Treffen veranstalteten, auf denen Komitees gebildet wurden, die den Vereinsregeln entsprechen mußten mit Präsident, Vizepräsident, Sekretär, Schatzmeister und so, ohne daß klar war, welche Aufgaben diese Komitees hatten, verloren die Leute das Interesse. Nach Abschluß ihres 3-6monatigen Praktikums kamen die Studenten auch nicht mehr. Sie hatten ihre Erfahrungen in der Motivierung und Mobilisierung gesammelt. Die Leute fühlten sich wie Versuchskaninchen, an denen die Studenten üben, Gemeinwesenarbeit zu machen. So waren nach 7 Monaten von den 38 Personen nur noch 12 übrig. Wir entschieden uns, mit ihnen eine kontinuierliche Gesundheitsarbeit zu machen. Das war vor zwei Jahren. Diese Gruppe bildet jetzt ein festes Komitee. Sie leisten Erste Hilfe, versorgen leichte Krankheiten bzw. überweisen in schweren Fällen an den Arzt und führen mit ihren Nachbarn Gesundheitserziehung durch.

Die Ausbildung, die Vermittlung konkreter Kenntnisse durch die Praxis, brachte die Gruppe dazu, die konkreten Probleme des Viertels zu erkennen. Wir analysierten erst einmal, was Gemeinde, was Viertel, eigentlich heißt. Dann führten wir eine Diagnose der Hauptkrankheiten des Viertels durch, ihrer Ursachen und Möglichkeiten ihrer Lösung. Wir stellten nur Fragen. Sie selbst führten die Diagnose durch. Erst einmal fragten wir, was Diagnose überhaupt heißt. Wir stellten fest, daß der Arzt mit seinen Instrumenten die Diagnose macht. Da wir darüber nicht verfügten, mußten wir andere Methoden entwickeln, die unseren Zwecken dienen. Ausgehend von einer Analyse des Viertels erarbeiteten wir verschiedene Themen wie Unterernährung, Familienplanung, die Gesundheitspolitik des Staates usw. Wir legten dabei den Schwerpunkt auf die Prävention. Darunter verstehen wir, die einzelnen Aspekte der Gesundheit zu analysieren: z.B. was heißt Gesundheit, wer ist dafür verantwortlich usw. Oder der Müll: weshalb verursacht er Krankheiten, wie sieht es in den Vierteln mit der Müllabfuhr aus? - Bis hin zur Umweltverschmutzung. Wir verstehen unter Prävention nicht, den Leuten zu sagen, daß sie Latrinen bauen und Hände waschen sollen, sondern daß sie die gesellschaftlichen Ursachen der Krankheit verstehen und nach breiten Lösungen suchen. Aber wir erarbeiten auch Themen wie die Rolle der Frau in der Gemeinde. Über die Gesundheitsarbeit wächst das Selbstvertrauen der Frauen. Ihr praktisches Wissen erlaubt ihnen, ihren Nachbarn zu helfen. Aber auch ihr Verhältnis zu ihren Männern ändert sich in dem Maße, wie sie sich ihres Körpers, ihrer Weiblichkeit, ihrer Sexualität,



dieses Foto ist als
Poster (40x60 cm)
mit einer Beschrei-
bung des Projektes
auf der Rückseite
beim FDCL zu erhalten

ihrer Situation als Frau und der Rolle, die sie im Viertel und in der Gesellschaft innehaben, bewußt werden. Im Laufe der Zeit lernen sie, selbständig Entscheidungen zu treffen. Sie schafften es, daß man ihnen zuhört und ihre Meinung genauso wertschätzt wie die der Männer zuhause und im Viertel.

Sie selbst führen die Versorgung im Gesundheitsposten durch, und man mag sie gern im Viertel. Das war zuerst schwer, denn die Leute hatten kein Vertrauen zu ihnen. Sie wollten lieber von uns, den Krankenschwestern, behandelt werden. Es war ein hartes Stück Arbeit zu erreichen, daß die Gemeinde ihren eigenen Mitgliedern vertraut und an die eigenen Fähigkeiten glaubt. Da ist einiges erreicht worden, aber noch viel zu tun.

Zur Zeit bildet sich gerade eine Gruppe von 25 Jugendlichen heraus. Sie sind sehr begeisterungsfähig. Mal sehen, wie sich das weiterentwickelt. Wir fangen gerade erst an. Die Methode ist dieselbe: Aus der Praxis lernen. Sie erkennen gerade so ein bißchen, was Gesundheit ist und welches die Hauptprobleme sind, und davon ausgehend vertiefen wir die Aspekte.

Wir haben diese Gesundheitsarbeit jetzt auch in anderen Vierteln begonnen, die in dieser Zone liegen. In vier Vierteln gibt es jetzt Gesundheitskomitees. Und die PROMOTORAS, die wir schon seit längerer Zeit ausbilden, haben selbst Interesse daran, in andere Viertel zu gehen und die dort entstehenden Komitees zu unterstützen. Langfristig haben wir uns vorgenommen, Impulse zu geben für einen Organisationsprozeß im Gesundheitsbereich, der sich an die Volksbewegungen anschließt.

Die anderen Bereiche, in denen wir arbeiten, wollen wir jetzt nur kurz erwähnen: Im kulturellen Bereich arbeiten wir mit folgenden Kriterien:

- Kunst hat eine erzieherische Funktion und stellt ein Mittel zur Vereinigung der Völker dar.
- Jede soziale Gruppe hat ihre eigene Kultur und drückt diese in unterschiedlichen Formen aus. Die Gesamtheit dieser Formen kulturellen Ausdrucks gibt der Gruppe ihre Identität.

Uns geht es darum, die Kultur, die von der herrschenden Kultur immer wieder unterdrückt wird, wiederzubeleben. Es gibt im Viertel Theater-, Musik- und Tanzgruppen.

Die Jugendlichen haben sich im Sportkomitee organisiert. Es vereint ca. 400 Jugendliche, denen es nicht nur darum geht, Fußball zu spielen, sondern die die Funktion des Sportes und der Erholung in Kolumbien tiefgehend analysiert haben. In dem Maße, wie sie sich zu einer Kraft im Viertel entwickelten, fanden Auseinandersetzungen mit der staatlich geschaffenen Nachbarschaftsorganisation, Acción Comunal, statt.

Eine andere starke Kraft, die es zu wecken gilt, ist die Volksreligiosität. Als Nonnen haben wir die Aufgabe der Missionierung und der Seelsorge. Das hat uns erlaubt, ein wenig über die Grenzen Kolumbiens hinwegzusehen, wie etwa in Basisgemeinden in Brasilien oder in Riobamba/Ecuador vorgegangen wird, wo zwei von uns längere Zeit mit dem Bischof Proana arbeiteten. Wir haben die Kraft dieser Volksreligiosität erlebt, die sich in der Ausübung des Glaubens als Praxis der Befreiung ausdrückt. So versuchen wir hier auch, christliche Volksgemeinden zu gründen. Wir reflektieren mit Familien aus dem Viertel unseren Glauben und die Aufgaben, die er uns stellt. Das Leben mit und durch den Nächsten ist der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Davon gehen unsere Versuche, die Organisation des Viertels voranzutreiben, aus. Bei diesen Treffen geht es um die Bewußtwerdung der Alltagsprobleme nicht nur als Probleme des Viertels oder des Landes, sondern darum, die dahinter stehenden internationalen Machtstrukturen zu hinterfragen. Es gibt eine kleine Zeitung, die wir mit Jugendlichen machen und wo die Probleme des Viertels angesprochen werden. Es haben sich Komitees gebildet, die unsere Beteiligung am 1. Mai vorbereitet haben. Am Jahrestag der Ermordung des Erzbischofs Romero entstand ein Solidaritätskomitee mit El Salvador. Oder wenn es einen Streik gibt, bildet sich eine Unterstützungsgruppe. Wenn Generalstreiks stattfinden, reflektieren wir unsere Teilnahme als Aufgabe unseres Glaubens. Unsere Methode ist immer die des Lernens durch Handeln. Wir bereiten alle Treffen immer mit jemandem aus den Komitees vor, und die leiten möglichst auch die Versammlung. Auch bei kirchlichen Zeremonien, der Messe, sollen möglichst sie die Verantwortung übernehmen, auch wenn es dann vielleicht nicht so perfekt wird.

LN: Besteht eine Koordinierung dieser Komitees untereinander oder vielleicht sogar mit anderen Vierteln oder Sektoren der Bevölkerung wie Gewerkschaften, der Indianderkoordination oder den Bauernorganisationen, die nicht über euch läuft, sondern direkt von der Basis ausgeht?

A: Unter Organisation verstehen wir erst einmal, daß die einzelnen Komitees sich koordinieren. Jedes Komitee ernennt einen Vertreter, die sich regelmäßig treffen und die Arbeit im Viertel koordinieren. Im Gesundheitsbereich ist die Koordination breiter, genau wie im Pastoralbereich: Da gibt es Kontakte zu anderen Zonen und Sektoren Bogotás. Erst einmal wird dann versucht, die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und darüber die Solidarität zu wecken. Diese ersten Keime von Organisation auf der Basisebene halten wir für grundlegend für jede Veränderung.

Die Koordination mit anderen Vierteln läuft über die COORDINADORA. Für die Volkskirche z.B. gibt es eine Koordination in Bogotá, die sich aus Repräsentanten der verschiedenen Zonen zusammensetzt. Ich will die Struktur mal von der Basis her erklären. In allen Vierteln im Südosten gibt es Kerngruppen, die sich regelmäßig treffen. Einmal im Monat gibt es ein Treffen von Vertretern dieser Kerngruppen. Diese Koordination auf der zonalen Ebene schickt wiederum zu übergreifenden Treffen einen Delegierten. Auf diese Art haben wir z. B. die Osterwoche vorbereitet. Jeder Delegierte bespricht dann mit seiner Gruppe, wie sie die Osterwoche gestalten will, bringt Erfahrungen ein und Material mit. So versuchen wir, daß Entscheidungen wirklich unten in der Basis, von den Leuten im Viertel, getroffen werden. Diese Art Koordination beginnt gerade erst. Es gibt noch kein System der Rotation, so daß jeder aus der Gruppe abwechselnd zu diesen Treffen gehen könnte. Es geht uns aber mittelfristig darum, daß sich jeder aus der Gruppe für diese verantwortlich fühlt und die Gruppe vertreten kann. Und wir wollen, daß die Leute aus den Komitees selbst die Ausbildung und Erziehung der anderen durchführen. Im Gesundheitsbereich fängt z.B. die ältere Gruppe an, die neue auszubilden. Das ist schwer, weil die Frauen nicht so viel Zeit haben und sich auch immer noch sehr unsicher fühlen. Und die anderen haben das Gefühl, sie lernten nicht das, was ihnen zusteht. Aber uns geht es darum, daß sie selbst Subjekt und Objekt aller Erziehung und Ausbildung sind.

LN: Könnt ihr eure Methode des Vorgehens, der Eingliederung ins Alltagsleben, noch ein bißchen erläutern und auch die Schritte, die ihr selbst vollzogen habt?

A: Unsere Methode ist eine Methode der Annäherung an die Realität und Situation der Leute, des Verstehens ihrer Werte, des Kennenlernens ihrer Erfahrungen, ihres Umgangs mit dem Leben, ihres kulturellen Reichtums, ihrer Formen nachbarschaftlicher Hilfe und Solidarität. Es gibt eine enorme Vielfalt an Formen, in denen sich die Solidarität ausdrückt. Wir sind noch weit davon entfernt, die Volkssolidarität zu verstehen und zu erfassen, die langsam verloren geht. Wir sehen es als außerordentlich wichtig an, sie wiederzubeleben. Aber wir stehen da noch ganz am Anfang. Erst einmal geht es darum, daß die Leute sich in ihren eigenen Worten ausdrücken.

Das Leben hier, die Eingliederung ins Alltagsleben, ist ein langer Prozeß. Als wir ankamen, hatten wir unsere vorgefabrizierten Ideen. Nach einiger Zeit sahen wir, daß das falsch war, daß wir uns mit mehr Respekt den Leuten annähern mußten und ihnen nicht irgendetwas aufstülpen konnten. So lebten wir erst einmal 2 Jahre zur Untermiete mit 20 anderen Leuten. Wir hatten zwar unsere medizinischen Kenntnisse als Krankenschwestern, aber wir paßten uns dem an, was die Leute von uns forderten. Das war Erwachsenenalphabetisierung. Wir begannen, Erfahrungen und Wissen mit den Leuten auszutauschen. Dann erst sahen wir, daß auch etwas auf der Ebene von Gesundheit gemacht werden konnte. So bildete sich eine Gruppe heraus, in der wir unser Wissen über Gesundheit austauschten. Die Impulse für das, was gemacht wurde, gingen von den Leuten aus dem Viertel aus. So schlossen wir uns Stück für Stück den verschiedenen Aktivitäten im Viertel an und versuchten, sie zu unterstützen. Um unseren eigenen Unterhalt zu verdienen, arbeiteten wir mit dem Familienfürsorgeamt. Dadurch konnten wir die Infrastruktur dieser Institutionen auch mit ausnutzen. Zum Teil mußten wir diese Arbeit wieder aufgeben, weil die Korruption dort einfach nicht auszuhalten ist.

LN: Ihr habt erzählt, daß ihr euch bemüht, die Impulse, die von den Leuten ausgehen, aufzugreifen. Aber fordern sie nicht in erster Linie sehr paternalistische Sachen und wird damit nicht ein Bewußtsein unterstützt, das man als assistentialistisch bezeichnet?

A: Es fiel uns sehr schwer, das zu verstehen und darauf einzugehen. Aber die einzige Form, eine Bewußtseinsarbeit anzufangen, ist, auszugehen von den artikulierten Bedürfnissen der Leute. Auch wenn das uns schwerfällt. Wir mußten unsere Programme abbauen, unsere Kategorien infragestellen, um von den Kriterien auszugehen, die die Leute haben. Ausgehend davon kann man dann etwas Neues erreichen. Nehmen wir die Kirche: Die Leute sind verrückt darauf, sich eine eigene Kirche zu bauen. Gut, dann bauen wir eben mit ihnen die Kirche - aber langsam in ihrem Rhythmus, im Rhythmus, in dem auch ihre Häuser gebaut werden. Wenn der Bau der Häuser sich verzögert, dann auch der der Kirche. Und über die gemeinsame Arbeit erfahren die Leute dann, daß das wesentliche nicht die Kirche aus Stein ist, die sie bauen, sondern daß sie durch gemeinsames Handeln eine lebendige Kirche aufbauen, daß sie durch die gemeinsame Arbeit der Gemeinde Leben geben. Und sie erkennen, daß so eine Kirche nicht nur für die Messe dient, sondern auch für andere Treffen und Versammlungen.

Es ist viel leichter, mit Arbeitern in einer Gewerkschaft zu arbeiten. Die Arbeit in Elendsvierteln ist etwas sehr Langsames. Und man muß sich davor hüten, die Leute dahin bringen zu wollen, daß sie so denken wie wir. Und mit Sicherheit wird der historische Moment kommen, wo wir sehen werden, was diese Arbeit gebracht hat. Weißt du, das wichtigste für uns ist die Entwicklung des Menschlichen, der Person; daß die Leute sich ihrer Lage in der Gesellschaft bewußt werden, daß sie selbständige Entscheidungen treffen und gemeinsam handeln, um diese Gesellschaft der Ausbeutung und Fremdbestimmung zu verändern. Es gibt eine Solidarität, die geweckt werden muß. Organisation muß sich herausbilden. Und der Zeitpunkt wird kommen, wo alle diese Leute ihren Beitrag liefern werden.

Was mich zutiefst befriedigt bei dieser Arbeit, ist zu sehen, daß die Leute anfangen, Vertrauen zu sich selbst zu gewinnen, Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten und daß sie sich ihrer Rechte bewußt werden und dieses Recht auch verteidigen.

LN: Welches sind die Sachen, die ihr im Moment am meisten benötigt?

A: Gerade im Gesundheitsbereich fehlt es an Geld und an Hilfe. Ohne eine ökonomische Basis kann man nichts machen. Wir brauchen einfache Dinge wie Verbandsmaterial, Scheren, Pinzetten, abwaschbare Spritzen usw. Für den "SOLIDARISCHEN HORT" haben wir im Moment keinen adäquaten Raum, denn für die wachsende Zahl der Kinder reicht das Haus der Senora nicht mehr aus. Wir wollen ein kleines Grundstück kaufen, wo die Leute dann im Eigenbau das Haus bauen können. Aber die Bodenpreise sind wahnsinnig hoch. Dieses Haus könnte dann auch für alle anderen Versammlungen genutzt werden. Die Komitees haben alle ihr Interesse daran geäußert und sind bereit, das Baumaterial zu besorgen. Nur das Grundstück können sie sich nicht leisten.

SPENDENKONTO: POSTSCHECKAMT BERLIN (W), ELFRIEDE KOHUT - Nr. 380 087-108
BANKLEITZAHL 100 100 10 - KENNWORT: KOLUMBIEN-GESUNDHEIT

ARGENTINIEN

Wo sind die Verschwundenen?

Die Menschenrechte und besonders das Schicksal der "Verschwundenen" sind zum wichtigsten innenpolitischen Konflikt geworden. Der "Marsch für das Leben", das Auftauchen einiger Verschleppter, die Entdeckung der Massengräber und die Ermordung eines Journalisten lösten einen Sturm der Entrüstung gegen die Verbrechen des Militärregimes aus. Die Militärs reagierten mit Warnungen vor der "Störung des Friedens und der Ordnung" und mit Pressezensur.

Der "Marsch für das Leben"

Für den 5. September hatten die argentinischen Menschenrechtsorganisationen in mehreren Städten zu einem "Marsch für das Leben" aufgerufen. Das Regime untersagte die Demonstration und beschimpfte die Mütter der Plaza de Mayo als "Mütter terroristischer Krimineller". Trotz des Verbots folgten in Buenos Aires weit über 10 000 Menschen dem Aufruf. In Sprechchören forderten sie: "Lebendig wurden sie entführt, lebendig wollen wir sie zurück!", "Wo sind die Verschwundenen?", "Freiheit für die Gefangenen!" Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte, daß die Demonstration, die von zwei Bischöfen, dem Friedenpreisträger Perez Esquivel und mehreren Politikern angeführt wurde, zum Regierungspalast kam. Aber die Demonstrationen in verschiedenen Städten wurden von der Presse auf der Titelseite kommentiert und in den Forderungen nach der Aufklärung des Schicksals der "Verschwundenen" unterstützt.

"Verschwundene" wieder aufgetaucht

Im Oktober weckte eine Nachricht erneut Hoffnung bei den Angehörigen und Freunden der "Verschwundenen": die Kommission der Familienangehörigen der Verschwundenen und politischen Gefangenen gab bekannt, daß einige Menschen, die 1976 verschleppt worden waren, lebend aufgefunden worden seien. Bisher war nichts Näheres darüber zu erfahren, da die Kommission - zum Schutz der Gefundenen - keine weiteren Angaben machte. Die Kommission wies darauf hin, daß dies der Beweis dafür sei, daß es in Argentinien die von den Menschenrechtsorganisationen behaupteten geheimen und illegalen Konzentrationslager gibt.

Über diese geheimen Lager berichtete auch Ende September ein 24-jähriger Bolivianer, der Jahre in einem solchen Lager gefangen gehalten wurde. Miguel Angel Ferrufino lebte in Argentinien, um eine technische Ausbildung in Cordoba zu absolvieren. 1974 - also noch unter der Regierung von Isabel Peron, in der es bereits zu Entführungen und Morden an Oppositionellen kam - wurde die Pension, in der Ferrufino lebte, überfallen. Drei seiner Mitbewohner wurden erschossen, die restlichen sieben verschleppt. Man brachte sie zuerst nach Chacabuco nahe der Grenze zu Chile und dann in ein Lager auf der Insel San Martin im Beagle Kanal in Feuerland. Dort befanden sich über 1 000 argentinische und 38 bolivianische Gefangene, von denen nur 5 überlebten. Die Gefangenen lebten unter den schlimmsten Umständen und waren zur Arbeit in den Kohlenminen gezwungen.

Täglich starben Gefangene an den Folgen von Unterernährung und mangelnder Unterbringung. Wer nicht mehr in den Minen arbeiten konnte, wurde erschossen. Ferrufino verdankt sein Überleben dem Konflikt mit Chile um die drei Beagle-Kanal-Inseln. Im Gefolge der Truppen kam auch ein Vertreter des Roten Kreuzes, der die Gefangenen des Lagers als politische Gefangene identifizierte. Von diesem Zeitpunkt ab wurde die Zwangsarbeit eingestellt. Im August wurde Ferrufino nach Bolivien deportiert, wo er weiterhin gefangen gehalten wurde. Ein Militär, der mit Minister angeredet wurde (wahrscheinlich der Innenminister), folterte den Gefangenen mit brennenden Zigaretten, als er sich weigerte, falsche Geständnisse zu unterschreiben. Erst im September dieses Jahres wurde Ferrufino freigelassen.

Die Massengräber

Am 22. Oktober gab die Ständige Versammlung für Menschenrechte in Buenos Aires bekannt, daß die Leiche eines drei Tage zuvor entführten jungen Gewerkschafters in einem Massengrab auf dem Friedhof Grand Bourg gefunden worden sei. Genauere Untersuchungen ergaben, daß sich auf diesem Friedhof insgesamt 88 Massengräber mit über 400 Leichen befanden, die im Friedhofsregister als M.N. (Name unbekannt) eingetragen waren. Die Ständige Versammlung für Menschenrechte erklärte, dies seien Leichen von Verschwundenen aus den von ihr geführten Listen. Der Friedhof Grand Bourg liegt 24 km außerhalb von Buenos Aires in der Nähe der berüchtigten Militärgarnison Campo de Mayo. Nachforschungen beim Friedhofsverwalter blieben erfolglos, da der erst ein knappes Jahr die Stelle innehat und nicht weiß, wer sein Vorgänger war. Aus den Aufzeichnungen geht aber hervor, daß der Friedhof am 28. Mai 1976 - also zu der Zeit der heftigsten Repression gleich nach dem Putsch Ende März - angelegt worden ist. Augenzeugen, die in der Umgebung des Friedhofs wohnen, berichteten; die Leichen seien zum Teil bei Nacht von Militärlastwagen gebracht worden. Auch tagsüber seien mit Ambulanzen und Leichenwagen Papp-särge oder in Tücher gewickelte Leichen gebracht worden. Es habe auch kleine Särge gegeben - offensichtlich für Kinder.

Die Menschenrechtsorganisationen erstatteten Anzeige beim zuständigen Bezirksrichter. Aber die Untersuchung wird durch Verfahrenstricks verschleppt. Der Bezirksrichter verwies den Fall an ein Bundesgericht, da er für Fülle, in die wahrscheinlich das Militär verwickelt ist, nicht zuständig sei. Dagegen erhob die Staatsanwaltschaft Einspruch. Das Appellationsgericht verwies den Fall an das Bezirksgericht zurück. Ob die gerichtliche Untersuchung tatsächlich die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen kann, ist mehr als fraglich.

In den folgenden Wochen wurden weitere Massengräber auf folgenden Friedhöfen in der Umgebung von Buenos Aires entdeckt: La Plata, Lomas Zamora, General Villegas, San Justo und Morón.

Es erscheint nicht sehr wahrscheinlich, daß die plötzliche Entdeckung mehrerer geheimer Massengräber ein Zufall ist. Möglicherweise kommen die Hinweise auf die Gräber aus dem Militär selbst. Ein Grund dafür könnte sein, daß einigen Militärs daran gelegen ist, auf diese Art das Schicksal der "Verschwundenen" zu "klären" bevor es zu Wahlen und der Bildung einer zivilen Regierung kommt. Da die Militärs von den politischen Parteien die Garantie fordern, daß ihre Verbrechen nicht verfolgt werden, wenn sie die Regierung abgeben und außerdem ein Amnestiegesetz geplant ist, können sie hoffen, auf diese Weise einer weiteren Untersuchung zu entgehen. In diesem Punkt sind sich die sonst zerstrittenen Streitkräfte einig, da das ausgeklügelte Repressionssystem dafür gesorgt hat,

Daß die herrschenden Militärs in den Veröffentlichungen über ihre Verbrechen eine große Gefahr sehen, zeigt sich auch an ihren scharfen Warnungen an die Presse, nicht gegen "Frieden" und "Ordnung" zu verstoßen. Innenminister Llamil Reston warnte davor, daß die "Institutionalisierung" - also die Rückkehr zu einer zivilen Regierung - nicht um den Preis der Aufgabe von "Frieden, Sicherheit und Ordnung" erreicht werden könne; in Argentinien gäbe es keine geheimen Lager und bei der Frage nach den Verschwundenen dürfe man "keine Wunder erwarten".

Bereits Ende September hatte die Militärjunta ein offizielles Kom-
muniqué veröffentlicht, indem festgestellt wird, "daß alle Opera-
tionen, die gegen Terroristenbanden durchgeführt wurden, von den
Amtsträgern der Streitkräfte in Ausübung ihrer institutionellen
Verantwortung geprüft und überwacht wurden" - daß also alles rech-
tens sei. Die Junta warnte die Oppositionellen, sie werde mit straf-
rechtlichen Mitteln gegen alle vorgehen, die "falsche Beschuldi-
gungen" gegen die Sicherheitsorgane des Staates erheben. Außerdem
habe das Gesetz über "subversive Aktivitäten" - das das Verbot von
politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, Pressezensur,
Gefängnisstrafen für Demonstranten u.ä. vorsieht - immer noch
volle Gültigkeit. (La Nacion, 27.9.82) Wegen ihrer Veröffentlichun-
gen über Korruption und die Morde an zwei argentinischen Diploma-
ten wurden von der Zensurbehörde drei Magazine verboten, darunter
das Organ der peronistischen Partei "Linea".

Der Journalist Marcelo Dupont, 46 Jahre alt, wurde am 30. September im Zentrum von Buenos Aires entführt und am 8. Oktober ermordet aufgefunden. Die Ermordung des Journalisten steht in Zusammenhang mit den Aussagen seines Bruders, des Diplomaten Gregorio Dupont, über die Verwicklung des früheren Juntamitglieds Admiral Massera in die Ermordung der argentinischen Botschaftsangehörigen in Paris, Elena Holmberg, 1928. Gregorio Dupont beschuldigte Massera, er sei Mitglied der italienischen Freimaurerloge P-2 gewesen und habe die Ermordung Elena Holmbergs veranlaßt. Zur Ermordung seines Bruders sagte er: "Ich glaube, daß sie ihn ermordet haben, um jeden Zeugen einzuschüchtern, der nicht nur in diesem Fall (Holmberg) sondern auch in jedem anderen Fall aussagen könnte." Auch der zuständige Untersuchungsrichter nimmt an, daß es politische Gründe waren, die die Ermordung motivierten, und daß an dem Mord die Militärregierung ein Interesse gehabt habe: "Ich werde diesen Fall weiterverfolgen, selbst wenn dies zum Sturz der Regierung führen könnte". (Clarín, 11.-17.10.82)

QUELLEN: El Clarin (Buenos Aires), La Nacion (Buenos Aires), El Dia (Mexico), FR, FAZ, TAZ

50 Deutsche und Deutschstämmige befinden sich unter den ca. 15 000 Verschwundenen, für deren Schicksal das argentinische Militärregime verantwortlich ist.

Der "stillen Diplomatie" des Bundesaußenministers ist es bisher in keinem Fall gelungen, das Verbleiben dieser Menschen aufzuklären.

Aufgefundene Massengräber wie auch das Wiederauftauchen von jahrelang Verschwundenen haben jetzt in Italien zu einer breiten öffentlichen Diskussion und zu Anschuldigungen gegenüber Außenminister COLOMBO "wegen passiver Komplizenschaft bei Mordaktionen unter dem argentinischen Militärregime" geführt (NZZ, 4.11.82).

Die Unterzeichnenden fordern Bundesaußenminister GENSCHER dringend auf, von der argentinischen Militärregierung endlich energisch und öffentlich Auskunft über den Aufenthaltsort der 50 Deutschen zu fordern!

[illegible]

Unterschriftensammlung bitte auf der Rückseite fortsetzen.....

N A M E W O H N O R T B E R U F U N T E R S C H R I F T

CHILE

Chile — Supermarkt: Nahrung vom Müll

Von einem Rückkehrer aus Chile erhielten wir die folgende Reportage. Daß Elendsviertelbewohner den Müll nach noch brauchbaren Lebensmitteln absuchen, ist für Lateinamerika keine absolut neue Erscheinung. Neu ist das Ausmaß der Leute, die auf diese entwürdigende Art der Nahrungsbeschaffung angewiesen sind. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Chile hat die Rekordzahlen von 1976 weit überschritten. In dem in der Reportage beschriebenen Elendsviertel gibt es Bezirke, wo es unter zwanzig Familien nur eine Person gibt, die noch Arbeit hat.

Die Müllkinder von Conchalí

Die Begegnung mit den Kindern auf dem Müll habe ich José zu verdanken. José ist elf Jahre alt und lebte bis zum Tag seiner Verhaftung in Veinte de Mayo, einem der ärmsten Teile des Elendsviertelrings im Norden von Santiago. Festgenommen wurde er von der Polizei, weil er – wie jeden Tag – versucht hatte, auf dem mercado central am Mapocho Frauen anzusprechen, die mit ihren Einkäufen auf dem Rückweg zu den Bushaltestellen in der Recoleta waren.

José's Beruf ist es, Einkaufstaschen und -Körbe zu tragen. Am 28. Mai verhafteten ihn die Carabineros, weil er keine Lizenz als 'cargador' (Lastenträger) vorweisen konnte. Begründung: "Verdacht auf Vagabundentum". Über vier Wochen kämpfte die Familie von José vergebens um die Freilassung des Kindes aus dem Jugendgefängnis. Um die Sozialprognose des Elfjährigen sei es außerordentlich schlecht bestellt, urteilte der Gefängnispsychologe von San Francisco: der Junge stamme aus einer ärmlichen, halbverfallenen Hütte am Rande eines Elendsviertels, Vater, Mutter, Brüder arbeitslos. Man müsse damit rechnen, so das Orakel aus dem Gefängnis weiter, daß der Junge demnächst "vollends" kriminell würde. In wochenlangen, zermürbenden Verhandlungen schafften es Josés Vater und seine kranke Mutter schließlich mit Hilfe einer befreundeten Sozialarbeiterin, den Jungen endlich aus dem Knast zu holen.

Am Tag darauf hat mich José besucht und zu sich nach Hause eingeladen. Während des dritten Abends in der Hütte der Familie erzählte mir José zum ersten Mal vom "jumbo". "Alles, was auf dem Tisch steht, haben wir vom jumbo", sagt er. Auf dem Tisch sehe ich einen kleinen Berg aus zwei halbverfaulten Äpfeln, einen halben Salatkopf, an dem nur noch die allerinnersten Blätter grün sind, ein paar Käserinden und einige Knochen mit grauen Fleischfetzen und Sehnen dran.

Jede Nacht um zwei Uhr kommt der jumbo von Las Condes herunter auf den Müllplatz beim Ziegelwerk zwischen Conchalí und dem Salto. "jumbo", das ist der Name des bekanntesten Supermarktunternehmens im Reichenviertel von Santiago: Las Condes. Die 'dueños' dieses mondänen Einkaufsparadieses sind Chile-Deutsche. Deutsch ist das Management – und deutsch ist die Sprache in der sich die Chefs witzelnd in der Anwesenheit ihrer Angestellten über die Chilenen unterhalten, im vermeintlichen Glauben, nicht verstanden zu werden. Deutsch ist auch die Palette des Angebots, mit dem anspruchsvolle Kundschaft verwöhnt werden soll: in der Schokoladenabteilung fehlt keine einzige der quadratisch-praktisch-sportlichen Marktrenner aus dem schwäbischen Waldenbuch, Schwarzwälder Schinken, badisches Kirschwasser, Berliner Weisse und Marmelade aus dem Alten Land: dem ins großbürgerliche Las Condes entsandten und aus den Kassen des Bonner Außenministeriums völlig überbezahl-

ten Lehrern aus der deutschen Provinz soll es an nichts mangeln. Jumbo findet selbstverständlich auch bei den Gattinnen der chilenischen Militärs freundlichen Anklang: Publikum nur vom Allerfeinsten.

José und seine Freunde haben dieses Gesicht des deutschen Supermarktes noch nie kennengelernt. Keiner von ihnen war jemals im sieben Kilometer von ihrem Elendsviertel entfernt liegenden Las Condes. 'Jumbo' nennen sie die Lastwagen, die nach Mitternacht in den Reichenvierteln von Santiago aufbrechen (die meisten Supermärkte der Stadt schließen erst um 23 Uhr), um beladen mit den Abfällen des Tages um zwei Uhr morgens auf den Müllkippen anzukommen.

Dort werden sie erwartet von manchmal mehreren hundert Menschen aus den Elendsvierteln von Conchali: Frauen, Kindern, alten Menschen. Sie alle leben wie die Familie José's vom 'Jumbo', von den Lebensmittelabfällen, die die kapitalistische Überflugesellschaft - Variante Las Condes - für sie übrig hat.

Verfaulte Essensreste - eine Kostbarkeit

Ich sitze wie betäubt vor dem kleinen Berg aus verfaulten Essensresten in der Hütte von José's Familie. Es fällt mir schwer, zu glauben, was José und sein Vater mir erzählt haben. Sie lesen mir meine Skepsis vom Gesicht ab - und laden mich ein, sie in der Nacht zu begleiten. Kurz nach Mitternacht bin ich wieder in der zugigen Hütte meiner Freunde. Es gibt Strom in dieser Nacht (zum ersten Mal wieder seit eineinhalb Wochen). Der Regen tropft durch mindestens neun verschiedene Stellen im Dach ins Innere der eiskalten Hütte. Die ganze Familie sitzt vor der Glotze: Starsky und Hutch prügeln sich durch einen Plüsch- und Glitzer-Nightclub. Alle paar Minuten wird das Programm durch Werbespots unterbrochen. Die Mehrzahl der Propaganda-Einlagen werben für irgend etwas zum Essen: Pudding, Danone-Joghurt, Coca-Cola, Wodka, Schokolade, Kekse, das neueste Schnellgericht für die geplagte Hausfrau. In der Familie von José gab es heute Wassersuppe mit Käserinden. Für Brot war kein Geld da. Jedesmal wenn ein Werbespot über die Mattscheibe flimmert, erstummt das Gespräch, sitzt die Familie wie gebannt vor dem Bildschirm. Ich habe das Gefühl, ein Stück Hölle zu erleben.

Schließlich brechen wir auf: ich schäme mich, als José und sein Vater auf meine Stiefel schauen. "Das sind gute Schuhe", sagen sie. Die Halbschuhe von José's Vater sind vorne offen, so daß ich die Zehen sehen kann. José hat Schuhe von zwei verschiedenen Paaren an, den jeweils anderen Schuh hat er im oft knietiefen Schlamm der 'Straßen' unseres Elendsviertels verloren. Unser wichtigstes Gepäckstück: zwei Plastiktüten - eine von der KRAFT-Tochter Soporle, die andere vom Schuhmulti Bata. Als wir vor die Hütte in die stockdunkle Nacht hinaustreten, regnet es in Strömen. José nimmt mich wie ein kleines Kind an die Hand. Zweimal rutsche ich im Schlamm aus und stürze in den Dreck. Niemand lacht mich aus. es ist wie eine nächtliche Prozession. Aus vielen Hütten kommen die Menschen mit ihren Plastiktüten. Alle haben den selben Weg. Es werden immer mehr. Wir schleichen geduckt am Nordstrand des Elendsviertels vorbei, damit uns die Carabineros von der Wache am Salto nicht entdecken. Seit der Verhaftung José's haben die meisten noch mehr Angst.

Das letzte Stück des Weges ist das schlimmste. Wir müssen an der Ziegelei vorbei. Wie aus dem Hinterhalt stürzen Hunde auf uns zu und klaffen uns an. Immer wieder waten wir durch knöcheltiefen Schlamm. Ich spüre, wie die Feuchtigkeit sogar in meine Stiefel eindringt. Alle sind wir völlig durchnässt und durchgefroren. Kleine Kinder, die von ihren Müttern noch nicht allein in der Hütte gelassen werden konnten, weinen.

Schließlich sehe ich die Feuer: grünlich-blaue Flammen von Styropor- und Plastikverpackungsmaterial, das die vor uns angekommenen verbrennen, um nicht so zu frieren. Die freigesetzten Gase reizen meine Augen, die Lunge schmerzt nach wenigen Minuten. Schweigend stehen wir abseits. Man redet nicht viel auf dem Jumbo. Einige sind neu hier - für eine junge Frau ist es die erste Nacht auf dem Müllplatz. Sie hat von einer Nachbarin einen Tip bekommen, die den Hunger der Kinder in der anderen Hütte nicht mehr mit ansehen konnte. Vor etwas mehr als einem halben Jahr war sie noch Arbeiterin in einer Möbelfabrik in San Miguel. Bis der Laden in Konkurs ging. Der Unternehmer ist jetzt ins Exportgeschäft eingestiegen, erzählt sie,

die Arbeiter hungern. Ihr Mann hat sie verlassen, er lebt im Nachbarendsviertel mit einer anderen, jüngeren zusammen. Der 'Jumbo' ist ihre letzte Hoffnung.

Die älteste Frau, die ich kennenlerne ist 74 - Mapuche-Indianerin aus der Gegend von Temuco - hinter sich ein Leben voller härtester körperlicher Arbeit, zwölf Jahre Elendsviertelerfahrung, "aber so gelitten wie jetzt", sagt sie, "haben wir noch nie". Der Jüngste ist sieben Jahre alt, Pancho, er kam mit seinem Bruder, der schon seit eineinhalb Jahren Jumbo-Erfahrung hat.

Die Kinder erzählen mir ins Tonbandgerät, wie es bei ihnen zu Hause aussieht: weder der Vater noch Mutter haben eine Arbeit, die Geschwister verkaufen in der Recoleta-Lira, dem Bus zwischen der Alameda (dem Zentrum) und Conchali Süßigkeiten und Zeitungen. Selbst bei 14 Stunden Arbeit reicht es nicht für die ganze Familie zum Überleben. Ich frage die Kinder, was sie denn heute schon gegessen haben. Die Antworten: Tee mit Zucker, ein bißchen Suppe, ein wenig Reis - kein Brot. Auf die Frage, was sie denn mal machen wollen, wenn sie groß sind (hinterher ärgere ich mich über meine blöde Frage) wissen sie keine Antwort. Mit neun Jahren ist man als Kind in einem chilenischen Elendsviertel über Illusionen hinausgewachsen.

Warten auf den "Jumbo"

Die einzigen Phantasien drehen sich um das, was die Lastwagen in dieser Nacht bringen werden: ob wieder Knochen dabei sind, wie gestern - oder sogar aufgerissene Joghrt-Packungen. Immer wieder malen sie sich aus, was sie alles finden werden, wenn der 'Jumbo' kommt.

Als die Lastwagen endlich da sind, ist alles ganz anders. Zunächst entern zwei Familien, die die Fahrer dafür bezahlen, daß sie hierher und nicht auf andere Müllhalden fahren, die Pritschen. Sie sammeln professionell Kartons im Jumbo-Müll. Eifersüchtig wachen sie darüber, daß niemand der Leute aus dem Elendsviertel auf den Wagen steigt, ehe sie ihn nicht verlassen haben. Ihnen fallen auch die besten Stücke zu, die sich im Abfall befinden. Dann setzen sich die Lastwagen wieder in Bewegung, sie kommen auf uns zu. Kurz vor der Kippe bleibt einer von ihnen im Schlamm stecken. Sofort helfen die Frauen und Kinder mit, zu schieben und den Dreck unter den Rädern wegzuschaufeln: mit bloßen Händen. Als der Wagen endlich vor der Halde steht und sich die Pritsche zu bewegen beginnt, hat der Kampf um die Abfallladung bereits begonnen. Es gibt keine Solidarität und Rücksicht mehr - zuerst sind die jüngeren Männer (es gibt wenig Männer unter den Müllsammlern, die meisten sind sich immer noch zu schade für diese Arbeit - die meisten Menschen auf dem Jumbo sind Frauen und Kinder) im Müll und durchwühlen ihn mit bloßen Händen. Erst wenn die Abfallmasse langsam vom Lastwagen herunter in den Schlamm rutscht, haben auch die Frauen und Kinder eine Chance.

Entsetzt sehe ich im Licht der grün-blauen Styroporflammen, wie die Jumbo-Abfälle auf der Müllhalde ankommen: gemischt mit dem gebrauchten Toilettenpapier der WCs (in Chile wirft man Klopapier nicht ins Becken, sondern in danebenstehende Behälter) mit Damenbinden und den Abfällen der Jumbo-Metzgerei.

Schlagartig begreife ich, warum die Menschen auf dem Müllplatz allesamt bläulich angeschwollene Finger und Hände haben: da niemand Handschuhe für die Suche nach den Lebensmitteln besitzt, gibt es keinerlei Schutz gegen die Glasscherben, mit denen der Abfall durchmengt ist. Selbst wenn die Wunden nach der Rückkehr ins Elendsviertel sauber ausgewaschen würden, bis zur nächsten Nacht können sie unmöglich zuheilen - eine Infektion, eine Vereiterung und Entzündung der Schnitte ist zwangsläufig.

Schweigend arbeiten die Menschen: langsam füllen sich ihre Plastiktüten - mit Knochen, faulenden Früchten, verdorbenem Gemüse, Milchprodukten, die die Haltbarkeitsdaten längst überschritten haben, schimmelndem Brot - aber auch Dingen wie Seifenresten, angerissenen Waschpulverpackungen, halberbrochenen Nagellackfläschchen... Immer wieder kommt es zu Schlägereien zwischen den Suchenden, wenn sich jemand von seinem Nachbarn bestohlen glaubt. Zwischen den Frauen und Kindern durchpflügen die Schweine des Lehmgrubenwächters die Jumboladung. Sie und die hungrigen Hunde sind die ärgsten Feinde der Allerschwächsten unter den Suchenden: der Kinder. Nach ein-

einhalb Stunden findet sich nichts eßbares mehr auf der Abfallhalde. Einige sind leer ausgegangen. Sie müssen warten bis nach Sonnenaufgang, um diese Stunde treffen manchmal andere Lastwagen aus anderen Supermärkten ein.

Zerschlagen, todmüde und völlig durchnäßt machen wir uns auf den Heimweg. José und sein Vater sind nicht zufrieden. "Es wird nicht für den ganzen Tag reichen," sagen sie, "aber wir müssen froh sein, überhaupt etwas gefunden zu haben."

Wenn der "Jumbo" ausbleibt

Fünf Tage später erfahre ich von der Katastrophe: der 'jumbo' ist seit einer halben Woche nicht mehr gekommen. Josés Familie ist verzweifelt. Jede Nacht waren sie auf dem Müll - und jeden Morgen kehrten sie ohne die geringste Ausbeute wieder heim. Die Nervosität in Veinte de Mayo scheint mit den Händen greifbar geworden zu sein: was tun, wenn der 'jumbo' weiterhin ausbleibt? Woher sollen die Kinder wenigstens eine Knochensuppe mit Gemüseabfällen bekommen? Wie mit dem Hunger fertig werden? Ich spüre, wie die Verzweiflung lähmt. In der Nacht hat eine Gruppe Kinder versucht, auf einem anderen Müllplatz - zwölf Kilometer entfernt von Conchali - zu suchen. Auf halbem Weg mußten sie wieder umkehren, weil ihre Kräfte einfach nicht ausreichten. Die Angst, der Hunger, das Nicht-Mehr-Weiter-Wissen verwandeln sich nicht in Wut, nicht in Aggression. Wenige, mit denen ich spreche, machen das Wirtschaftssystem, Pinochet und die Militärs für ihre Not verantwortlich. Viel typischer sind Sätze wie: "Warum bin ich bloß arbeitslos geworden? Wenn ich nur wieder eine 'Pega' (einen Job) finden würde, wäre alles gut. Wieso bloß hat mich mein Mann verlassen?"

Neun Jahre Pulverisierungsideologie, propagandistische Individualisierungspolitik, Schuldzuweisung für den Einzelnen, niemals für das System: der Erfolg derartiger Machterhaltungsstrategien ist unübersehbar. Die Menschen, die ich auf den Müllhalden kennengelernt habe, schämen sich vor mir für ihre Armut, fühlen sich schuldig, sehen sich selbst als Versager, als zumindest Teil-Verantwortliche für ihr Elend.

Als José und ich in dieser Nacht wieder auf den Müllplatz kommen, ist die veränderte Stimmung deutlich spürbar. Einige sitzen seit fünf Tagen und Nächten an den Styroporfeuern, um auf einen Lastwagen zu warten. Hungernd, frierend, hustend, mit ausgemergelten Gesichtern. Ich erfahre den Grund, warum der 'jumbo' nicht gekommen ist. Von den Pappesammlern haben die Leute gehört, daß den Lastwagenfahrern auf einer anderen Müllhalde mehr geboten worden sei, deshalb würden sie ihre Abfälle jetzt wenigstens einige Zeit dort abladen.

Wir warten bis kurz vor Sonnenaufgang. Mit nichts in den Plastiktüten müssen wir wieder zurück. Einige wollen bleiben, weiterwarten: "Was sollen wir denn sonst tun - es bleibt uns keine andere Wahl." Eine Woche später kommen einige - nicht alle - der Lastwagen wieder nach Conchali. Als ich die Familie von José am nächsten Tag besuche, ruft mir die Mutter schon von der Tür aus zu: "Mein Gott, was für ein Glück wir haben, das es den 'jumbo' gibt!" Auf dem Tisch in der kleinen Hütte liegen drei Knochen mit ein paar Fleischfetzen, einhalbverfaulte Ananas, ein Häufchen einzelner Kohlblätter und ein wenig verschimmeltes Brot.

Die Elendsviertelhilfsorganisation des Erzbischofs Santiago, Fundación Misión, hat in Veinte de Mayo 1980 eine Kindertagesstätte 'Dios con nosotros' gegründet, in der heute eine größere Gruppe von 'Müllkindern' betreut wird. Daneben ist jetzt ein neues Projekt der Fundación Misión angelaufen, das seit September dieses Jahres ganz gezielt mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm den allernotleidenden Familien dieser Zone im Elendsviertelring von Santiago helfen will. Ziel beider Initiativen ist es nicht, den Friedman/Pinochet-Staat aus seiner Verantwortung für die Folgen seiner Politik gegenüber den Schwächsten zu entlassen - denn trotz dieser Anstrengungen wird es nicht gelingen, die auf den Müllhalden von Conchali und anderen Elendsvierteln Chiles nach Nahrungsmitteln Suchenden von ihrem Hunger zu befreien. Absicht beider Projekte ist es vielmehr, diesen in ihrer menschlichen Würde derart gedemütigten, praktisch um ihr Recht zu existieren gebrachten Menschen neues Selbstbewußtsein zu geben, sie dabei zu begleiten, eine alles lähmende Resignation und Verzweiflung abzuschütteln, Kraft zu haben, um ihre Sache endlich selbst in die Hand zu nehmen.

Spendenkonto: "Aktion Eine Welt" - Stichwort: Müllkinder
Kto. 101 600 Kreissparkasse Rottweil (BLZ 642 500 40)



Familie P. und die Armen

Es ist ein Gemeinplatz zu sagen, dass die Armen am meisten unter der derzeitigen wirtschaftlichen Krise zu leiden haben. Aber sie haben das Glück, derzeit bevorzugtes Opfer der staatlichen Propaganda zu sein. "Meine grösste Sorge sind die Armen..." sagte Pinochet

und lässt sich dabei fotografieren, wie er in einem Armenviertel ein Armenkind streichelt. Seine Frau Lucia besuchte in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des nationalen Kindergartenprogrammes kurz vor dem Jahrestag des Putsches einen kirchlichen Kindergarten. Dessen Mitarbeiter waren übrigens gar nicht erbaut, denn dass bedeutet immer mehrfach von der Polizei heimgesucht zu werden und nachträglich eine Masse von Auflagen. Zwischen einer Kindergruppe und Lucia entspann sich folgender Wortwechsel:

L., ganz Dame, gönnerhaft "...Habt ihr denn auch die Schuhe bekommen, die ich euch geschickt habe?"

"....????...."

"Aber ich habe euch doch Schuhe geschickt!!" Ein Kind erinnert sich:

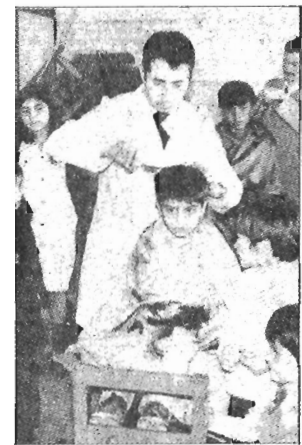
"Jaaa, die Tante hat uns Schuhe gegeben. Aber wir dachten, die seien von ihr..." L. säuerlich. "Wisst ihr denn wer ich bin?" "....??."

"Ich bin die Frau des Präsidenten!"

"....??." "Wisst ihr nicht wer der Präsident ist?" "Nein." Kennt ihr nicht den General Pinochet?"

"Ja. Ist das nicht der Pinocchio der immer im Fernsehen kommt?"

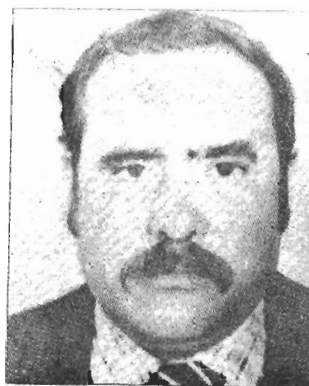
Seit diesem Tage müssen die Portraits von Pinochet in allen Räumen aufgehängt werden.



ein Militärfriseur schneidet einem Armenkind kostenlos die Haare



Gabriel Hernández Anderson



Eduardo Villanueva Márquez

Die Geheimdienstgangster von Calama

9. März 1981, Chuquicamata. Aus der Banco de Chile werden 45 Mill. Pesos geklaut und auch 2 Angestellte verschwinden. (s. LN Nr. 95). Verdächtig werden natürlich zunächst Terroristen, dann die beiden Verschwundenen. Aber im Juni 1981 werden die Reste ihrer Leichen in der Wüste bei Calama gefunden: sie waren erschossen worden und dann hatte man sie in die Luft gesprengt um die Spuren zu verwischen. Als Schuldige werden der Chef des Geheimdienstes CNI von Calama, ein Untergebener sowie drei weitere Verdächtige von der mit der CNI rivalisierenden Kriminalpolizei festgenommen. Kurz darauf wird der Chef des CNI von Arica in seinem Auto erschossen aufgefunden. Die offizielle Version lautet auf Selbstmord. Aber bald wird auch dessen Beteiligung an dem Raubmord bekannt und etliche Zeitungen äussern Zweifel, ob hier nicht ein gefährlicher Mitwisser beseitigt wurde. Der Skandal ist komplett. Man stelle sich vor: die Chefs des BND von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen begehen gemeinsam einen Banküberfall, entführen Geiseln und ermorden sie! Schon bei einer Reihe von früheren, nicht aufklärten Banküberfällen hatten manche vermutet, dass die CNI ihre Hand im Spiel hatte, jetzt war es für alle sichtbar.

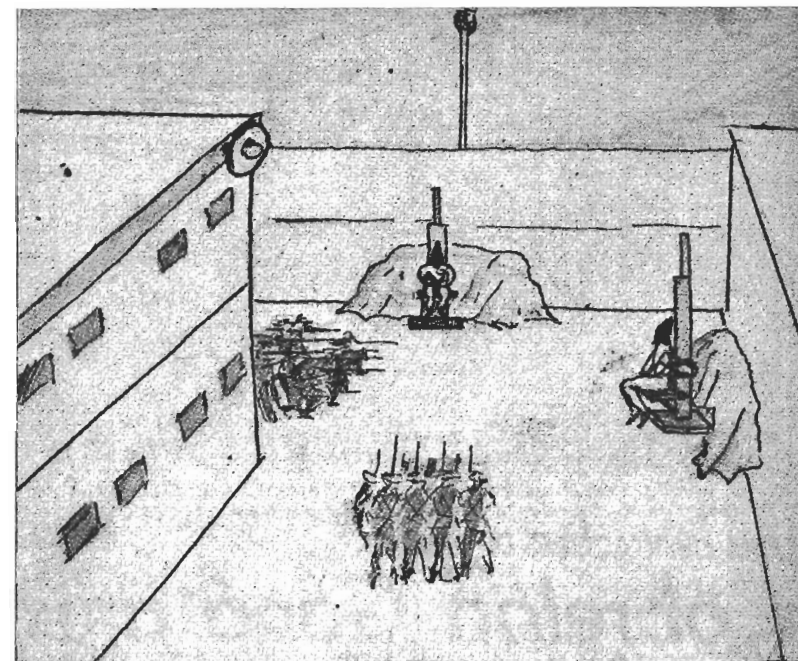
Natürlich wurde die beiden aus der CNI ausgeschlossen: man bezeichnete sie als "faule Äpfel" derer sich die ansonsten saubere Institution entledigen musste. Sie sollten mit der ganzen "Strenge des Gesetzes" verurteilt werden um aller Welt zu zeigen, wie der Staat mit seinen korrupten Dienern umgeht. Folgerichtig wurden sie kürzlich zum Tode verurteilt. So sollte der ungeheuerliche Skandal in einen Beweis dafür umgemünzt werden, dass in Chile Recht und Ordnung herrschen. In gewissem Masse wird dieses Urteil auch der CNI und der Regierung nützlich. Zugleich soll damit ein Schleier über all jene Verbrechen gezogen werden, die von der CNI und anderen Polizeiorganen ständig begangen werden.

Nicht zuletzt die Aussagen der 2 Gefangenen widersprechen der offiziellen These eines Verbrechens mit dem Motiv der persönlichen Bereicherung. Immer bestand der Ex-CNI Chef Hernández Anderson da-

rauf, nur auf höheren Befehl gehandelt zu haben. Er sieht sich als Opfer einer Verschwörung, der ganze Prozess sei nur eine Farce und das Urteil habe bereits von Anfang festgestanden. Nur ein kleiner Teil der Wahrheit sei ans Licht gekommen, und sie hätten "doch nur ihre Pflicht getan, wie immer"! Offenbar unterschied sich dieser Auftrag nicht so wesentlich von anderen. Bemerkenswert ist, dass sie selbst angesichts des Todes nicht müde werden, von der Treue zu ihrer Nation und zu ihrem General zu reden, und die letzte Stunde mit all der "Tugendhaftigkeit eines chilenischen Soldaten" anzutreten. Wenn doch nur die Ehre und der Ruf der Familie nicht befleckt werde! Gleichwohl versuchte Hernández noch eine letzte Karte zu spielen: er drohte mit der Veröffentlichung von Aufzeichnungen über seine Geheimdiensttätigkeit in den Jahren 1974-81: vorsichtshalber habe er sie auch im Ausland deponiert. Gar so weit scheint es mit der Tugendhaftigkeit doch nicht her zu sein...

Pinochet lehnt das Gnadengesuch der Eltern der Verurteilten ab. "...die Pflicht des Präsidenten ist es, über die Herrschaft der Gerechtigkeit zum Wohle aller zu wachen." Diese Gerechtigkeit haben die 23991 Menschen zu spüren bekommen, die in den ersten 8 Monaten des Jahres festgenommen wurden aus politischen Gründen. In dem gleichen Zeitraum wurden 16 Menschen entführt und ermordet aufgefunden, unter ihnen der Gewerkschaftsführer Tucapel Jiménez. Seine Mörder wurden bislang nicht gefunden.

Am 22. Oktober 1982 wurden die beiden Häftlinge in Calama hingerichtet. Hernández sah sich als Märtyrer, und war doch nur ein Werkzeug.



BRASILILIEN

15. November: Wahlen in Brasilien, gut verpackt und — fast — bruchssicher!

Die von den Militärs eingeleitete "politische Öffnung", von der sie sich eine demokratische Legitimation erhoffen, findet nun am 15. November in den Wahlen zum brasilianischen Bundestag, Senat, den Landtagen, Gouverneuren und Kommunalverwaltungen ihren vorläufigen Höhepunkt.

In den vergangenen Jahren haben die Militärs in hektischer Betriebsamkeit eine Fülle neuer Wahlgesetze — sogenannter Wahlpakete (pacotes eleitorais) verabschiedet, die ihnen die Wahlen sichern sollten. Aus Mangel an Erfahrung in feinfühligem, legaler Wahlmanipulation drohten diese Schüsse jedoch häufig nach hinten loszugehen, zu daß Modifikationen der neuen Pakete oft schon Wochen später nötig wurden.

So folgte Wahlpaket auf Wahlpaket, die Oppositionsparteien sahen sich zunehmend um ihren wahlpolitischen Spielraum gebracht, während die Militärs das Land in eine der tiefsten Krisen seiner Geschichte steuerten. Inzwischen sind diese Wahlen so gut verpackt, daß ein Wahlsieg der Regierung trotz breiter Opposition nicht mehr auszuschließen ist, und selbst im Falle einer Oppositionsmehrheit ist das Ende der jetzigen Regierung noch nicht sicher.

Diese Ausgangsposition hat die Opposition jedoch nicht davon abhalten können, alle demokratischen Kräfte zu mobilisieren und einen offensiven Wahlkampf zu führen, und sei es nur, um die noch so beschränkten Freiräume, die in der Vorwahlzeit entstanden, für die Organisation und Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung zu nutzen. Wenn parlamentarische Wahlen, zumal in einer Form wie nun in Brasilien, auch kein Instrument zur Lösung der dringenden Probleme des brasilianischen Volkes sind, so können sie doch die Bereitschaft fördern, sich mit den "Spielregeln" einer solchen Wahl, den Machtverhältnissen, die dahinterstehen, und möglichen politischen Alternativen zu befassen.

Auch kann das Ergebnis, sollten die Wahlen nicht kurzerhand wegen zu vieler ungültiger Stimmabgaben annulliert werden, eine Vorstellung vom Stand der politischen Willen- und Bewußtseinsbildung der brasilianischen Bevölkerung geben, wenn man es in Beziehung setzt zu den manipulativen Wahlgesetzen der Regierung. Darum im folgenden die wichtigsten Wahlgesetze seit 1978.

Die Wahlpakete

„Ich schwöre, daß ich aus diesem Land eine Demokratie machen werde... jeden, der sich dem entgegenstellen sollte, werde ich einsperren und zerschmettern.“ (Staatspräsident Figueiredo)

Um einen endgültigen Wahlsieg der damals einzig zugelassenen Oppositionspartei (MDB) bei den Wahlen am 15. November 82 zu verhindern (diese hatte bereits 1974 und 1978 den numerischen Sieg errungen, konnte jedoch aufgrund der undemokratischen Wahlgesetze die Regierung nicht übernehmen), wurde 1979 eine Parteienreform mit zwei prinzipiellen Zielen erlassen:

1. Der Oppositionsblock sollte durch die Zulassung von mehreren Parteien geschwächt und gespalten werden.
2. Um den Regierungsblock geschlossen zu halten, sollte die "sublegenda" helfen,

die internen Differenzen, ausgelöst um das Gerangel um Posten und Kandidaturen, in den einzelnen Bundesländern zu überwinden. ("sublegenda" = ein Wahlsystem, das auf der Gemeindeebene erlaubt, mehrere Kandidaten derselben Partei für ein Amt aufzustellen, von dem der Bestplatzierte auch die Stimmen der Geschlagenen der eigenen Partei für sich verbuchen kann.)

Laut Information politischer Organe der eignen Partei würde die Regierung ohne die "sublegenda" nur in 4 von 20 Bundesstaaten gewinnen.

Zwei Jahre danach gelang es der Opposition im Kongress mit Hilfe einiger Dissidenten aus der Regierungspartei, die Regierungsvorlage für die "sublegenda" für die Direktwahl der Gouverneure zum Scheitern zu bringen.

Angesichts der sich rapide verschlechternden ökonomischen, sozialen und politischen Situation, der Angriffe der Öffentlichkeit gegen die Regierung wegen der Attentate auf Zeitungskioske, die linke Publikationen verkauften, des Bombenattentats auf die OAB (fortschrittliche Organisation der Rechtsanwälte), auf das Rathaus von Rio und wegen der Geschehnisse um das Riocentro (sh. LN-Nr. 99), in die hohe Militärs nachgewiesenermaßen verwickelt waren, bisher jedoch weder angeklagt noch verurteilt wurden, sowie aufgrund der Verurteilung von kämpferischen Gewerkschaftsführern und der Ausweisung von fortschrittlichen Pr. stern, der Ermordung von ländlichen Gewerkschaftsführern und ihren Anwälten gelang es der Opposition sich zu einigen, um zwei Regierungsvorlagen zum Scheitern zu bringen. (Erstes die bereits erwähnte "sublegenda" und 2. eine Reform des bankrotten staatlichen Sozialversicherungswesens auf Kosten der Bevölkerung).

Die unvermeidlich erscheinende Wahlniederlage der Regierungspartei bei der Gouverneurswahl und die Gefahr, die Kontrolle über das Wahlmännergremium, das 1984 den neuen Präsidenten wählen wird, zu verlieren, veranlaßte den Präsidenten, der doch aus Brasilien eine Demokratie zu machen vorgibt, dazu, eines der undemokratischen und willkürlichsten Wahlgesetze in der Geschichte der brasilianischen Militärs zu verabschieden:



Vertreter der Lebenshaltungskostenbewegung bei der Übergabe einer Unterschriftenliste gegen die Teuerung in Brasília. (Herbst 1980)

DAS NOVEMBERPAKET

Das Novemberpaket (siehe auch LN-Nr. 99) verbietet a) Parteikoalitionen, schreibt b) die Schaffung von Einheitswahllisten ("voto vinculado") vor, d.h. der Wähler kann nur Kandidaten ein und der selben Partei auf allen Wahllebenen (vom Gemeinderat bis zum Gouverneur) wählen, ansonsten wird sein Wahlzettel annulliert, und c) sind die Parteien in Anlehnung daran gezwungen, für jeden Wahlkreis komplette Wahllisten aufzustellen. Sind sie hierzu nicht in der Lage, z.B. mangels Kandidaten für den Gemeinderat, so können sie in den betreffenden Wahlkreis nicht kandidieren.

Damit dieses Wahlgesetz verabschiedet werden konnte, wurden die eignen Parteimitglieder unter Androhung des Mandatsverlustes gezwungen, dieser Gesetzesvorlage zuzustimmen.

Die Antwort der Opposition war zum Entsetzen der Regierung die Fusion ihrer zwei größten Parteien PP und PMDB mit Zustimmung des Wahlgerichtes.

Im Anschluß an das Novemberpaket gab es noch weitere kleine "Wahlpäckchen":

MÄRZ '82

Sollte der Wähler auf dem Wahlschein nur den Namen der Partei eintragen ohne die dazugehörigen Namen aller Kandidaten, so ist der Wahlschein ungültig. Diese Maßnahme wird ganz besonders die Oppositionsparteien treffen, vor allem solche, deren Kandidaten nicht so bekannt sind. So verloren 1978, als es noch die Möglichkeit für den Wähler gab, nur das Parteienkürzel anzukreuzen, die Regierungspartei 500 000 ihrer Stimmen, während die Oppositionspartei 2 Millionen hinzugewann.

JUNI '82

Das Mindestquorum für eine Verabschiedung von Verfassungsänderungen wurde auf 2/3 erhöht; zuvor reichte die absolute Mehrheit. Damit soll verhindert werden, daß die Opposition im Kongress Mehrheiten erreicht, die ausreichen um Verfassungsänderungen durchzusetzen.

Um die Präsidentschaftswahl (1985) der Regierungspartei zu sichern, wurde eine weitere Reform für das Wahlmännergremium verabschiedet: Das Gremium setzt sich aus Bundestagsabgeordneten und Gemeinde- bzw. Stadträten zusammen. Sowohl die Anzahl der Sitze der Bundesabgeordneten als auch die der Gemeinde-/Stadträte ist erhöht worden, wobei letztere deutlich im Vorteil sind. Da die Regierungspartei ihre Hochburgen traditionell in den Gemeinden hat, ist der Regierungspartei hiermit die Präsidentschaftswahl sicher.

AUGUST '82 - Der Wahlschein der Regierung -

Das höchste Wahlgericht schlug im August 82 ein Wahlscheinmodell vor, in dem von allen 5 Parteien jeweils sämtliche Namen der Gouverneure, Senatoren und Bürgermeister sowie die jeweiligen Parteinaamen bereits vorgedruckt waren. Der Wähler hätte nur noch die Namen des Bundes- und Landesabgeordneten sowie des Gemeinde-/bzw. Stadtrates eintragen müssen. Die Regierung schlug jedoch ihr eigenes Modell vor, das sie im folgenden auch durchsetzte: In diesen Wahlschein muß der Wähler die vollständigen Namen aller Kandidaten oder deren Wahlnummer und zusätzlich den Parteinaamen selbst eintragen. Dieser Wahlschein wird mit Sicherheit die Anzahl der Nullstimmen in die Höhe treiben, da durch zum Teil gezielt provozierte Verwirrung Kandidaten verschiedener Parteien auf dem Wahlzettel erscheinen werden, ganz abgesehen von den Ausfällen, die sich aus der hohen Anzahl von Semi-Analphabeten ergeben werden. Sollten mehr als 50 % der Stimmen ungültig sein, so wird die Wahl ungültig.

Atila, der Regierungssprecher, schlug sogar vor, die Wähler zu Hause wählen zu lassen ("voto domiciliar") um der Gefahr der vielen Nullstimmen zu begegnen. Damit wäre Brasilien das einzige Land der Welt gewesen, wo zu Hause gewählt wird. Wer dabei gerne geholfen hätte, ist sicherlich nicht schwer zu erraten.

Ein anderes Gesetz, daß die Oppositionsparteien massiv in ihrer Wahlpropaganda beschränkt, ist das "Lei Falcao". Es verbietet jegliche Art von politischer Propaganda in Presse, Radio und Fernsehen für die letzten zwei Monate vor dem Wahltermin.

Das Fernsehen darf allein schweigsame Gesichter zeigen, zusammen mit der Wahlnummer und dem Namen der Partei. Erlassen wurde dieses Gesetz aufgrund des numerischen Wahlsieges der Oppositionspartei von 1974, als ihr die Regierung zum erstenmal seit dem Putsch relativ freien Zugang zu den Massenmedien einräumte. Ein Gesetz, das selbst in den Reihen der Regierungspartei sehr umstritten ist.

Ungeachtet dessen wird wöchentlich über Fernsehen und Radio die Sendung "O Povo e o Presidente" (Das Volk und der Präsident) ausgestrahlt, in der Figueiredo eine Stunde lang Anfragen aus der Bevölkerung, selbstverständlich ohne jegliche propagandistische Absicht, beantwortet...

Die Parteien im Wahlkampf

Um zu einer genaueren Analyse der Wahl und ihres Ergebnisses gelangen zu können, ist es nötig, ausser den Wahlgesetzen auch die heutigen Parteien vorzustellen, da ihre Namen zum Teil irreführend sind und ihr jeweiliges Wählerpotential nur aus einer kurzen Charakterisierung der Parteien erklärbar wird.

Als 1978 das gesetzlich verordnete Zwei-Parteien-System aufgehoben wurde, gab es sofort eine Fülle von Parteiprojekten, von denen sich 5 als reguläre Parteien konstituierten, teils weil sie von der Regierung unterstützt oder gar deren direkter Ausdruck waren, teils weil sie sich gegen alle legislativen Angriffe behaupten konnten.

PDS /Partido Democratico Social - Sozialdemokratische Partei)

Sie ist die Partei der jetzigen Regierung und direkte Nachfolgerin der ARENA, der Partei der Militärs und Technokraten von 1965-79. Sie hat nichts gemein - wie der Name vermuten ließe - mit der Sozialdemokratie. Während das internationale und nationale Kapital mit dem Putsch auf die Allianz mit den Militärs setzte, die sich für sie während des sogenannten brasilianischen Wirtschaftswunders als durchaus fruchtbar erwies - abzulesen an maximaler Profitabschöpfung -, mußten die Militärs diese wichtigen Bündnispartner, vor allem aber das nationale Kapital, verlieren, sobald diese Profite nicht mehr gesichert waren, wie in den letzten Jahren geschehen. So ist die PDS heute vor allem die Partei des multinationalen Kapitals und der Landoligarchie, die ihre Interessen hier noch am Besten aufgehoben sehen. Organisatorisch wird sie vor allem von der traditionellen "classe politica" getragen, einer Politikerkaste, die schon seit eh und jeh politische Positionen und persönliche Bereicherungen geschickt miteinander verbindet. Dadurch ist sie so stark auf politische Posten angewiesen, daß sie alles tun muß, um diese und damit ihre Pfründe zu sichern.

So tritt die Regierungspartei zu den Wahlen nicht einmal mit einem wirklich eigenständigen Programm an; es wurden lediglich einige Punkte aus den Programmen der Oppositionsparteien zusammengetragen. Stattdessen baut sie auf die Reaktivierung klientelistischer Wahlmechanismen, in denen ihre Kandidaten geübt sind.

Ihre Bastionen liegen daher vornehmlich in den traditionellen ländlichen Regionen, dort, wo die patriarchalische Abhängigkeit der bäuerlichen Bevölkerung von der Oligarchie noch in Takt ist. Es darf daher nicht wundern, wenn die PDS im Großteil der Gemeinden Mehrheiten erhalten sollte. Damit wären wegen der obligatorischen Einheitswahlliste auch die anderen Ebenen (bundesstaatlich und national) für die PDS gewonnen.

Auch in den Städten mobilisiert die PDS Teile der Ärmsten durch klientelistische Einbindung wie Wahlgeschenke. Ihre urbanen Hochburgen liegen jedoch in den reichsten Stadtvierteln.

PTB (Partido Trabalhista Brasileiro - Brasilianische Arbeiterpartei)

Von den 4 Parteien, die sich außer der PDS zur Wahl stellen, steht die PTB der gegenwärtigen Regierung am nächsten. Auch diese Partei entspricht nicht den Erwartungen, die man in Brasilien mit ihrem traditionsreichen Namen verbindet.

Die ursprüngliche PTB wurde 1945 unter Getúlio Vargas, der Vaterfigur des brasilianischen Populismus, gegründet und entwickelte sich in der Zeit bis '64, dem Zeitpunkt ihrer Zerschlagung durch die Militärs, zu einer Art Hausmacht der Gewerkschaften mit linkspopulistischem Charakter. Joao Goulart, Präsident Brasiliens zum Zeitpunkt des Militärputsches und damaliges Mitglied der PTB, war der typische Vertreter dieses linkspopulistischen Kurses, dessen Basis vor allem die städtische Arbeiterschaft war und dessen Regierung selbst Mitglieder der verbotenen KP angehörten.

Vorsitzende der heutigen PTB ist Ivete Vargas, eine Nichte von Getúlio Vargas, die zwar nichts mit dessen Politik gemein hat, jedoch auf seinen Namen setzt, der für eine heute oft verklarte Zeit des brasilianischen Populismus steht. Die heutige PTB vertritt eindeutig rechte Positionen und hat deutlich gemacht, daß sie sich nicht als grundsätzliche Opposition zur PDS versteht.

Es liegt also die Vermutung nahe, daß diese Partei den Versuch darstellt, durch traditionsreiche Namen und das Parteikürzel Oppositionspotential in rechte Kanäle fließen zu lassen. Außer Ivete Vargas beanspruchte das Parteiticket PTB auch Leonel Brizola, der 1979 aus dem Exil zurückkehrte, dieser Partei schon vor dem Putsch als einer der populärsten linkspopulistischen Gouverneure (Rio Grande do Sul) angehörte und der die Tradition der PTB fortsetzen wollte. Das Recht auf das Kürzel wurde ihm jedoch vom obersten Wahlgericht aberkannt.

Bis auf zwei Gouverneurskandidaten, Janio Quadros für Sao Paulo (er war 1961 für sieben Monate Präsident Brasiliens) und Sandra Cavalcanti in Rio (auch sie stammt aus einer alten Politikerfamilie), die zwar beide um 10 % in ihren jeweiligen Bundesstaaten liegen, aber dennoch keine Chance mehr auf einen Sieg haben, ist diese Partei inzwischen recht unbedeutend geworden.

PDT (Partido Democratico Trabalhista - Demokratische Arbeiterpartei)

Nachdem Brizola das Recht auf den alten Parteinamen verloren hatte, wurde die PDT gegründet, in der er die alten Traditionen der PTB fortsetzen will. Als typischer Vertreter linkspopulistischen Politikverständnisses setzt er seine charismatische Figur gezielt in den Wahlkampf ein. So ist auch er zum Teil brasilianischen Politiktraditionen verhaftet, auch wenn seine Partei sich inhaltlich und in den Zielvorstellungen von der Regierung unterscheidet.

Die Hochburgen der PDT sind vor allem die mit Brizolas Namen verbundenen Südreionen des Landes, nämlich seine Heimat Rio Grande do Sul sowie Rio de Janeiro, wo er gegen die Kandidaten der PDS und der in Rio ebenfalls korrupten ehemaligen MDB antritt, die seit dem Wahlsieg von 1978 die Regierung stellt. Bis auf diese beiden Bundesstaaten hat die PDT kaum Einfluß auf den Ausgang der Wahlen.

PMDB (Partido Movimento Democratico Brasileiro - Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens)

Diese Partei versteht sich als der eigentliche rechtmäßige Erbe der Oppositionsbewegung aus den Jahren der Militärdiktatur, was sich bereits im Parteinamen ausdrückt. Der MDB war bis '79 die einzige von den Militärs geduldete Opposition, die sich zunächst völlig inaktiv, seit ca. Mitte der siebziger Jahre jedoch zu einem Sammelbecken sämtlicher Oppositionsbewegungen entwickelte und, wie bereits erwähnt, 1974 und 1978 unerwartete Wahlsiege gegen die Regierung erlangte.

Dem von der Regierung beabsichtigten Spaltungseffekt entgegenzuwirken, war erklärtes Ziel eines Großteils der im damaligen MDB zusammengeschlossenen Oppositionskräfte. Man wollte auf alle Fälle das Markenzeichen MDB behalten und so wurde nur ein 'P' wie Partido vor das alte Kürzel gesetzt, und bis heute ist die PMDB ein Schmelztiegel unterschiedlichster oppositioneller Gruppierungen mit dem gemeinsamen Ziel der Abschaffung der Militärdiktatur.

Hier finden sich ehemalige Mitglieder der Militärregierungen sowie Bankiers und Vertreter des nationalen Kapitals wieder, die vor allem aus der früheren PP stammen, die sich 1981 in die PMDB inkorporierte. Sie sehen die Zukunft eines kapitalistischen Brasiliens in den Händen ziviler Parlamentarier besser aufge-

hoben als bei den Militärs, an deren ökonomischem Sachverstand sie nach sinkenden Profiten zu zweifeln beginnen. Auf der anderen Seite finden sich hier aber auch verbotene kommunistische Parteien wieder, wie die "albanistische" PCdoB oder das MR-8 (militant stalinistische Kaderorganisation). Auch die immer noch verbotene PCB, deren mehrheitlich euro-kommunistischer Flügel dem PMDB beigetreten ist, stellt ca. 20 Abgeordnete für die mit Abstand stärkste Oppositionspartei.

Was all diese Kräfte zusammenhält, ist in erster Linie die Forderung nach demokratischen Rechten, von denen sich jede Gruppierung bessere Ausgangspositionen für ihre eigenen weitergehenden Interessen verspricht. In ihrem Wahlprogramm finden sich zwar auch Forderungen nach Umverteilung, Agrarreform, Gewerkschaftsfreiheit etc., doch ist kaum zu erwarten, daß sich im Falle eines Wahlsieges innerhalb dieser Partei Einigung über die Konkretisierung solcher Forderungen erzielen läßt.

Die Breite des Wahlbündnisses gegen die Militärdiktatur hat die PMDB allerdings zu einer relevanten Gefahr für die Regierungspartei werden lassen. So hat sie in der Mehrzahl der Bundesstaaten durchaus gute Aussichten, die Regierungspartei zu schlagen.

Die Probleme, die sich aus der beschriebenen Heterogenität der PMDB ergeben, werden mit ziemlicher Sicherheit nach der Wahl offenkundig werden. So rechnet in Brasilien kaum jemand mit der Kontinuität dieses Wahlbündnisses, da schon jetzt abzusehen ist, daß sich der rechte Flügel um die ehemalige PP von den Partei-linken lösen wird, und durchaus zu Kompromissen mit der PDS bereit sein könnte.



Arbeiterprotest gegen die schlechten Lebensbedingungen in Salvador da Bahia

PT (Partido dos Trabalhadores - Partei der Arbeiter)

Sie ist wohl in der westdeutschen Linken die zur Zeit bekannteste Partei Brasiliens und wurde bereits in verschiedenen Zusammenhängen diskutiert. Auch die LN haben schon Artikel zur PT und zu Lula, ihrem Präsidenten, veröffentlicht (siehe LN 76, 78, 79), so daß hier nur eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Charakteristika erfolgen soll.

Die PT versteht sich als autonomer Ausdruck der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen, die ihren spektakulären Ausdruck in den Massenstreiks Ende der siebziger / Anfang der achtziger Jahre fanden, die von Basisbewegungen wie der damaligen Lebenshaltungskostenbewegung massiv unterstützt wurden (siehe LN 76, 90, 91). Das Zentrum dieser Bewegung war vor allem der Industriegürtel um Sao Paulo, fand aber seine Resonanz im ganzen Industriedreieck Sao Paulo - Belo Horizonte - Rio de Janeiro und auch darüberhinaus.

Die soziale Basis der PT: Wie aus der Kandidatur vieler ehemaliger Industriearbeiter, die zum Großteil wegen ihrer Streikaktivitäten in den authentischen Gewerkschaften und ihrer Politik gegen die staatshörigen, gelben Gewerkschaften entlassen wurden, ersichtlich ist, wäre als Kern dieser Partei die Gruppe selbstbewußter, meist junger Industriearbeiter zu nennen, die dem Ränkespiel um die politische Macht eine autonome Partei der Arbeiter entgegenstellen. Doch mit ihrer Abkehr von den traditionellen Strukturen brasilianischer Politik, einschließlich der traditionellen Linken, will die PT sich nicht auf die Anhängerschaft der bewußten Industriearbeiter beschränken, sondern eine gesamtgesellschaftliche Alternative entwickeln.

So ist das zweite Standbein der PT die sozialen Bewegungen in den Städten, die sich, ausgelöst durch verstärkte "Verslummung", vor allem der Wohnungsfrage annähmen (s. LN 93, 98) und dort die Unmöglichkeit von Lösungen nach traditionellem Muster aufzeigten.

Als dritte Gruppe ist der städtische Mittelstand, vor allem Intellektuelle, zu nennen, der einen erheblichen Teil der Anhängerschaft ausmacht. So hat bei den letzten Wahlen zum nationalen Studentenbund die der PT nahestehende Liste gesiegt. Auch sind der PT zum Teil trotzkistische und andere Gruppen der Linken, meist des studentischen Spektrums, beigetreten, die aber die Diskussion in der Partei nicht bestimmen.

Auf dem Land ist die Position der PT dagegen deutlich schwächer, bis auf Ausnahmen, wie die Bundesstaaten Acre und Amazonien, wo Landkonflikte (siehe LN 93, 97, 98) den Kleinpächtern und -bauern ihre prekäre Situation vor Augen geführt haben und damit Bewußtseinsprozesse in Gang setzten.

Die politischen Positionen der PT: Man könnte die Positionen der PT als eine Art "Fundamentalopposition" bezeichnen. So sieht sie in den Wahlen kaum eine Möglichkeit, wesentliche Veränderungen zu erreichen, und bezieht sich dabei vor allem auf die ungebrochenen autoritären Strukturen in der brasilianischen Gesellschaft. Diesen auch durch alle Parteien gehenden Strukturen will die PT ihr Konzept entgegenstellen und hat sich darum auch nicht dem PMDB angeschlossen, wie immer wieder gefordert wurde, da sie auf keinen Fall Allianzen mit Autoritäten eingehen will.

Der Wahltaktik und den Kompromissen des PMDB setzt sie vielmehr ein basisdemokratisches Modell entgegen, sowohl innerparteilich als auch nach außen, d.h. als gesellschaftspolitisches Modell. Dabei vertritt sie eindeutig antikapitalistische Positionen, die sie jedoch weniger aus theoretischen Modellen zu beziehen sucht als vielmehr aus der alltäglichen Problematik ihrer Basis.

In einigen Landesteilen funktioniert schon ein System von "conselhos comunitários" (etwa lokale Verbindungsräte), über welches eine Willensbildung von unten nach oben stattfindet und in dem auch die Abgeordneten über die gleichen Kanäle Rechenschaft ablegen müssen. Man will also eine permanente Partizipation des Volkes auch unabhängig von den Wahlen erreichen.

Mit ihrer der politischen Tradition Brasiliens diametral entgegengesetzten Politik ist es der PT nicht möglich, auch nur annähernd der PMDB vergleichbare Wahlergebnisse zu erzielen. Ihr erklärtes Ziel ist demnach auch nicht der Sieg oder der verzweifelte Kampf um Prozentpunkte, sondern vielmehr während des Wahlkampfes mittels ihres Parteiprojektes einen Bewußtwerdungsprozeß in Gang zu setzen, der nach dem 15. November seine Fortsetzung finden wird.

SOLIDARITÄT

R A D I O F A R A B U N D O M A R T I

Interstützt die Stimme des Volkes von El Salvador !

Im Januar 1981 errichtete die FMLN ihren ersten Sender in einer von ihr kontrollierten Zone im Department Morazan: das inzwischen weitbekannte "Radio Venceremos". Dieses Radio stand allein gegen 5 Fernsehkanäle, 51 Radiosender und 4 national erscheinende Zeitungen, welche seit Verhängung des Ausnahmezustandes vor drei Jahren völlig unter der Kontrolle des Militärs stehen. Das bedeutet, daß diese Medien ausschließlich gegen die FMLN eingesetzt werden.



Im Dezember 1981 versuchte die Regierungsjunta in ihrer bis dahin größten Offensive diesen Sender zu zerschlagen. Nachdem aus Sicherheitsgründen die Übertragungen anfänglich unterbrochen waren, wurden sie gegen Ende der Offensive wieder fortgesetzt. Zu dem als bereits zerstört geglaubten Sender gesellte sich nun noch ein zweiter Widerstandssender. Am 22.1.1982 begann das im Department Chalatenango stationierte Radio Farabundo Marti mit seinen Übertragungen. Dazu die Verantwortliche des Senders: "Neben den täglichen Berichten von militärischen Aktionen der FMLN senden wir eine 14-tägige und monatliche Zusammenfassung, d.h. Anzahl der eingenommenen Städte, Art und Anzahl der erbeuteten Waffen, Angriffe, Niederlagen der Regierungstruppen usw. Ein weiterer Teil sind Berichte über die politische Situation in unserem Lande wie z.B. über die sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb der Regierung und der Gesetzgebenden Versammlung. Neben der Information über die

wirtschaftliche Situation El Salvadors - Inflationsrate, Preis -
steigerungen, Streiks, ausgebliebene Lohnzahlungen etc. - werden
durch Radio Farabundo Marti die Forderungskataloge und Plattformen
den im Untergrund agierenden Gewerkschafts- u. Studentenbewe-
gungen und Komitees verbreitet.

Im Rahmen der nationalen Berichterstattung spielen Reportagen aus
den von der FMLN kontrollierten Gebieten eine wesentliche Rolle.
Darin berichten wir über das neue El Salvador, das hier im Entstehen
ist: über die Agrarproduktion, über die Alphabetisierung un-
ter freiem Himmel, über die verschiedenen Werkstätten wie Schu-
stereien und Schnieden, die vom Volk aufgebaut wurden und über die
Organisation des medizinischen Versorgungssystems für die Bevöl-
kerung.
Ein weiterer Schwerpunkt, was nun die internationale Berichterstat-
tung betrifft, ist es, über die anwachsende Solidaritätsbewegung
für unser Volk auf der ganzen Welt zu informieren. Zum einen auf
Regierungsebene wie Resolutionen vor der UNO, Regierungserklä-
rungen usw., und zum anderen berichten wir von Solidaritätsveran-
staltungen, internationalen Kampagnen, Demonstrationen, Botschafts-
besetzungen.

Was ich nun letztlich noch mit einschließen möchte, ist die Musik
in unseren Sendungen. Neben lateinamerikanischen Liedern, die sich
aus den Widerstandskämpfen in den verschiedenen Ländern unseres
Kontinents entwickelt haben, sind es Lieder, die in El Salvador
ständig neu entstehen und in denen sich unsere Revolution wider-
spiegelt." (Aus einem Interview vom Sommer 1982)

Mit dem Errichten und Betreiben eines solchen Senders im Kriegs-
zustand sind viele Probleme verbunden. Neben der Gewährleistung
der technischen Funktionsfähigkeit durch ein konstantes Versor-
gungs- und Transportsystem muß auch die aktuelle Informationsbe-
schaffung organisiert werden.

Um die FMLN in ihrem Bemühen gegen die Unterdrückung der Infor-
mationen zu unterstützen, hat sich das El Salvador - Komitee Han-
nover entschlossen, "Radio Farabundo Marti" als Projekt zu unter-
stützen.

Von Mitte November 82 bis Anfang Dezember 82 wird sich ein Verant-
wortlicher des Radios Farabundo Marti zu einer Informationsreise
in der Bundesrepublik aufhalten. Folgende Tage sind noch für Veran-
staltungen zu verplanen: 15.11. - 20.11. / 23.11. - 26.11. / 30.
11. - 3.12.. Der Vertreter aus El Salvador wird nicht nur über das
Radio informieren, sondern natürlich auch über die aktuelle Lage
und über den Aufbau in den kontrollierten Gebieten. Wir bitten Euch
zu überlegen, in welcher Form Ihr die Kampagne unterstützen könnt.
Zu den möglichen Veranstaltungsterminen gebt uns bitte rechtzeitig
Bescheid, damit wir eine vernünftige Planung durchführen können.

AG Radio Farabundo Marti
c/o Internationalismus Buchladen
Postfach 10 03
3000 Hannover 1



Sonderkonto Joachim Hyner, 446766-302, PSchAmt Hannover (BLZ 250 100 30), Stichwort: Radio.

CHILE

"Meinungsfreiheit" ist in Chile heute ein unbekanntes Wort.
Zeitungen, Radiosender und Fernsehkanäle sind fest in den Händen
des ausländischen Kapitals oder der einheimischen Bourgeoisie.
Abgesehen von einigen Zeitschriften, die von der Kirche oder un-
ter deren Schutz erscheinen, jedoch eine beschränkte Verbreitung
haben und in den Fällen, wo es darauf ankommt, zu zentralen Pro-
blemen Stellung zu beziehen, Selbstzensur ausüben. Das Ausmaß von
Uninformiertheit, in der das chilenische Volk gehalten wird, ist
sehr groß.

Wir wollen heute 2 Projekte aus dem chilenischen Widerstand vor-
stellen, die der Diktatur und ihrer Informationspolitik den Kampf
angesagt haben.

RADIO LIBERACION

"ACHTUNG, ACHTUNG! HIER SENDET RADIO LIBERACION - DIE STIMME DES
VOLKSWIDERSTANDS" ...

Dieser Satz, den man im Anschluß an die Hymne des Widerstands hö-
ren kann, leitet eines der Programme ein, von dem die Fernsehzu-
schauer in Santiago mehr und mehr begeistert sind. Nach seiner
ersten "Gastsendung" auf Kanal 7 am 10.9.81 hat Radio Liberacion
seine regelmäßigen Sendungen wieder aufgenommen und es mittler-
weile auf durchschnittlich 7 Sendungen pro Monat gebracht.

Wie? Es schaltet sich mit seinen Mini-Programmen von 3-5 Minuten
Dauer in den staatlichen Fernsehkanal ein, die Sendungen mit den
höchsten Einschaltquoten.

Heute ist Radio Liberacion auch bereits in Valparaiso (seit Feb.
82) und in Concepcion (seit Mai 82) zu hören.

Gesendet wird mit beweglichen Sendeanlagen geringer Stärke (nicht
mehr als 100 Watt), indem die Hörfrequenz irgendeines Fernseh-
kanals oder eines kommerziellen UKW-Senders in einem Bezirk oder
Viertel einer Stadt überlagert wird.

Das nächste Ziel ist es, über ein paar dieser Sendeanlagen in fast
allen Teilen Chiles, in jedem Stadtteil der wichtigsten Städte
und über mindestens drei Montage- und Reparaturwerkstätten im
Land verfügen zu können.

All dies ist mit hohen Kosten verbunden. Da alleine schon ein
100 Watt Sender etwa 1500 Dollar kostet und an jedem Ort 2 Anlagen
gebraucht werden, da immer damit gerechnet werden muß, daß die
Geräte in die Hände der Diktatur fallen. Dazu kommen die Kosten
für die Einrichtung der Werkstätten und die Infrastruktur, die in
der ersten Zeit anfallen.

Dieses Projekt kann nur mit der solidarischen Hilfe von außen aufge-
baut und finanziert werden.

SPENDEN:

RADIO LIBERACION
So. Lissner
Postscheckkonto 25792-603
PSchA Frankfurt/M

Kontaktadresse von Radio
Liberacion in Europa:

J.C.H.
Boite postale 3
62218 Loison Sous Lens
Frankreich

Mit VIDEO gegen die
Militärdiktatur in Chile

cine popula®

Während das chilenische Volk mit den Produkten der nordamerikanischen Medienkonzerne berieselt wird, die Zeitungen der Linken verboten sind und auch die bürgerlichen Medien einer starken Kontrolle unterliegen, hat der chilenische Widerstand damit begonnen, das Medium VIDEO für den Kampf gegen die Diktatur einzusetzen. Damit wird an die Erfahrungen des VOLKSKINOS früherer Zeiten angeknüpft, allerdings angepaßt an die Bedingungen der Illegalität.

Warum VIDEO?

Die Videotechnik läßt sich in jedem Haus einsetzen, überall dort, wo ein Fernsehapparat steht. Das handliche Format der Kassetten und Geräte bietet eine relativ hohe Sicherheit während des Transports von Ort zu Ort. Die Geräte sind einfach zu bedienen, ebenso die Vervielfältigungen.

Wie wird das VOLKSKINO organisiert?

Mitglieder des Widerstands laden Freunde und Bekannte zu einem Treffen ein. Eine Person bringt die Geräte und eine normale, unverdächtige Kassette. Wenn die Technik funktioniert und die Vorbereitungen ohne Zwischenfälle verlaufen, bringt eine 2. Person das eigentliche Band, das sofort nach der Vorführung - noch bevor die Diskussion beginnt - wieder verschwindet, weil es bei einer Durchsichtung belastend wäre.

Was wird gezeigt?

Auf besonderes Interesse stießen bisher Aufnahmen aus Mittelamerika. Generell sind die Genossen/innen aber an allen Bändern interessiert, die sich mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt und den Auseinandersetzungen in den kapitalistischen Ländern beschäftigen. Neben der Information über Ereignisse im In- und Ausland dienen solche Vorführungen, an denen ca. 20-30 Personen teilnehmen, der Diskussion zwischen der Mitgliederbasis der verschiedenen Parteien und ihrer Anhänger, ermutigt sie in ihrem Kampf gegen die Diktatur und gibt ihnen neue Anregungen für die tägliche Arbeit. Bei allen bisherigen Treffen fanden sich immer neue Leute, die ihrerseits Vorführungen organisierten und damit dem als "Schneeballsystem" gedachten Volkskino zur Wirkung verhelfen. Die Zahl der verfügbaren Geräte ist aber noch begrenzt, besonders zur Produktion eigener Bänder und zum Übertragen vom europäischen auf das amerikanische System.

Unterstützt das CINE POPULAR!

Wir brauchen dringend Geld für den Kauf einer kompletten Ausrüstung, die als zentrale Einheit die Überspielung und Vervielfältigung von Bändern übernehmen soll. Die Geräte werden entweder in Chile selbst oder im Ausland gekauft (das ist eine Sache des Preises und der Sicherheit)

Spenden unter dem Stichwort CINE POPULAR bitte auf das
K O N T O 162 38-703 Postscheckamt Stuttgart

V.I.K. Lerchenstr. 84, 7000 Stuttgart 1

W. Grütz, IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität

Wer uns darüber hinaus bei der Popularisierung des Projekts behilflich sein kann, sollte sich mit uns in Verbindung setzen. Wir bemühen uns, die erste eigene Kopie einer Produktion des CINE POPULAR zu bekommen und als Werbung für das Projekt in der BRD aufzuarbeiten.

Für größere Spenden können wir die Genossen/innen in Chile auch um Spendenbescheinigungen bitten.

**Freiheit für
Juan Martín Guevara!**



Sr. Presidente
de la República Argentina
General Rafael Bignone
Casa Rosada - Balcarce 50
Buenos Aires - Capital Federal
A R G E N T I N A

Berlin,

Señor Presidente:

Me dirijo a Usted para pedir por la libertad del detenido político Juan Martín Guevara.

El Sr. Guevara se encuentra detenido desde el 28 de Febrero de 1975. Claramente se puede observar que la causa de su detención es el hecho de haber sido hermano de Ernesto Che Guevara, lo cual significa una flagrante violación de los derechos humanos.

El Sr. Guevara es casado y padre de 3 niños. Según informes de la Cruz Roja Internacional el estado de salud del Sr. Martín Guevara es crítico.

La república de Austria le ha concedido el derecho de asilo como refugiado político.

Le pido por favor, que haga posible la libertad del Sr. Martín Guevara.

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich wende mich an Sie, um die sofortige Freilassung des politischen Gefangenen Juan Martín Guevara zu fordern.

Herr Guevara befindet sich seit dem 28. Februar 1975 in Haft. Offensichtlich wurde er wegen seiner Verwandtschaft mit Ernesto Che Guevara verhaftet, was einen krassen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellt.

Herr Guevara ist verheiratet und Vater von 3 Kindern. Laut Berichten des Internationalen Roten Kreuzes ist sein Gesundheitszustand besorgniserregend.

Die Republik Österreich hat Martin Guevara als politischem Flüchtling Asyl angeboten.

Ich bitte höflichst, die Freilassung von Herrn Martin Guevara zu veranlassen.

Hochachtungsvoll

LITERATUR

Nobelpreis für García Márquez

Zum vierten Mal geht der Nobelpreis für Literatur an einen lateinamerikanischen Schriftsteller. Nach der Chilenin Gabriela Mistral (1945), dem Chilenen Pablo Neruda (1971) und dem Guatemalteken Miguel Angel Asturias (1967) wurde 1982 der Kolumbianer Gabriel García Márquez preisgekrönt.

Gabriel García Márquez wurde am 6. März 1928 in Aracataca geboren, einer Kleinstadt in der karibischen Küstenregion Kolumbiens; Aracataca ist das Muster für Macondo, den Schauplatz vieler seiner Erzählungen und Romane. García Márquez hatte elf Geschwister, sein Vater war Telegraphist. Aufgewachsen ist er bei seinen Großeltern, mit 12 Jahren kam er in ein Jesuitenkolleg in der Nähe der kolumbianischen Hauptstadt.

Er studierte Jura erst in Bogotá, ab 1949 dann in Barranquilla. In dieser Zeit schrieb er mehrere Erzählungen für eine Zeitung in Bogotá. Außerdem arbeitete er an einem Roman, der den Titel "La Casa" erhalten sollte, gab das Projekt aber bald wieder auf und schrieb stattdessen seinen ersten Roman "La hojarasca", für den er allerdings erst 1955 einen Verlag fand.

García Márquez kehrte 1954 nach Bogotá zurück und begann als Journalist für die Zeitung "El Espectador" zu arbeiten. 1955 ging er als deren Korrespondent nach Rom. Bald darauf wurde die Zeitung von General Rojas Pinilla verboten. García Márquez bekam zwar ein Flugticket zurück nach Kolumbien, aber er zog es vor, zunächst von dem Erlös des eingetauschten Tickets in Paris zu leben. Dort widmete er sich ganz der schriftstellerischen Tätigkeit. Er arbeitete an dem Roman "El coronel no tiene quien le escriba".

1957 kehrte er nach Kolumbien zurück, arbeitete dann als Journalist in Caracas, gründete 1961 das kolumbianische Büro der kubanischen Presseagentur Prensa Latina und ging schließlich als deren Korrespondent nach New York. Nach dem Bruch mit Prensa Latina lebte er in Mexiko als Autor von Filmdrehbüchern, u.a. für Luis Buñuel. Dort schrieb er seinen großen Roman "Cien años de soledad", der 1967 veröffentlicht wurde.

Bis dahin hatte García Márquez zwar schon eine Reihe kleinerer literarischer Arbeiten veröffentlicht ("La hojarasca" 1955, "El coronel no tiene quien le escriba" 1961, "La mala hora" 1962, "Los funerales de la Mama Grande" 1962), war aber noch relativ unbekannt. Der Roman "Cien años de soledad" machte den Autor schlagartig berühmt. Nach diesem Durchbruch bot ihm die kolumbianische Regierung ein diplomatisches Amt an, das er jedoch ablehnte. Stattdessen ging er nach Barcelona, wo er von 1968 bis 75 als freier Schriftsteller lebte. Zwischen 73 und 75 leitete er zusammen mit Cortázar und anderen die drei Sitzungen des Russell-Tribunals gegen Folter in Lateinamerika.

Nach 1975 lebte er wieder in Mexiko und in Bogotá, wo er die Zeitschrift "Alternativa" herausgab. Vor ca. einem Jahr begab er sich ins mexikanische Exil. Inoffiziell war ihm zugetragen worden, daß er wegen Waffenschmuggels verhaftet werden solle; die Zivilbehörde gab ihm die "Sicherheit", ihm werde nichts dergleichen geschehen, und der Außenminister schrieb die Angst des Autors seiner dichterischen Phantasie zu. García Márquez ließ sich nicht beirren und ging nach Mexiko. "... bei einer Regierung", äußerte er, "in der die einen etwas sagen und die anderen etwas ganz anderes tun, und in der Offiziere Geheimnisse hüten, die die Zivilisten nicht kennen, kann man nicht wissen, woran man ist." Zum angeblichen Verdacht des

Waffenschmuggels meinte er: "Ich habe niemals eine andere Waffe gehandhabt, als die Schreibmaschine." Nachdem er nun den Nobelpreis bekommen hat, bat der jetzige kolumbianische Präsident Betancur ihn inständig, nach Kolumbien zurückzukehren. García Márquez wird dennoch erstmal in Mexiko bleiben.

García Márquez erhält nicht zum ersten Mal einen Literaturpreis: 1972 bekam er den Rómulo Gallegos Preis und 1974 Books Abroad. Beide Male soll er das Geld politischen Gruppen gespendet haben.

Der Roman, der García Márquez so berühmt machte, daß man ihn ohne Übertreibung als den in aller Welt bekanntesten lateinamerikanischen Schriftsteller bezeichnen kann, wurde in 32 Sprachen übersetzt. Mit "Hundert Jahre Einsamkeit" griff der Autor sein allererstes Romanprojekt "La Casa" wieder auf. Es ist die hundertjährige Geschichte der Familie Buendía und zugleich die Geschichte vom Aufstieg und Fall des Urwaldnests Macondo. Macondo blüht auf bei der Ankunft der nordamerikanischen Bananenkompanie und fällt in sich zusammen, sobald die Kompanie wieder verschwindet. Die Familie Buendía, deren Glanzzeit in die Jahre des sagenhaften Oberst Aureliano Buendía fällt, und deren zahlreiche männliche Nachkommen alle Aureliano oder José Arcadio heißen, stirbt schließlich aus, als der letzte Sproß der Familie einer Weissagung gemäß mit einem Schweineschwanz zur Welt kommt und sogleich von roten Ameisen gefressen wird. Gleichzeitig mit der Familie wird auch der Ort Macondo ausgelöscht.

Dieser Roman, dem Spezialisten höchsten literarischen Rang zusprechen, wird - heutzutage fast ein Widerspruch - von einem breiten Publikum gelesen. Das hängt mit dem Stil, in dem das Buch geschrieben ist, zusammen. Der Autor sagt selbst hierüber: "Ich versuchte herauszufinden, welche Sprechweise am besten für das Buch geeignet war und erinnerte mich, daß meine Großmutter mir die grauenhaftesten Dinge erzählte, ohne jede Rührung, wie wenn es etwas war, was sie gerade gesehen hatte. Damals entdeckte ich, daß es diese unerschütterliche Ruhe und dieser Reichtum an Bildern, mit denen meine Großmutter erzählte, waren, die ihren Geschichten Glaubhaftigkeit verliehen."

García Márquez's Erzähltechnik ist von Werk zu Werk verschieden. Gemeinsam ist aber allen literarischen und journalistischen Texten die exakte Beherrschung der Sprache, kein Wort scheint zu viel, kein Wort zu wenig zu sein. Mit dieser klaren, zuweilen fast trockenen Sprache evoziert er eine üppige, vor Hitze flimmernde Tropenwelt, in der die phantastischsten Dinge passieren. Im Urteil der Nobelpreis-Jury heißt es, man zeichne ein Werk aus, in dem "das Phantastische und das Realistische in einer vielfacettierten Welt der Dichtung sich vereinen, die Leben und Konflikte eines Kontinents widerspiegeln."

Für Lateinamerikaner ist das Werk García Márquez' wie das anderer Autoren sicher eine Art Spiegel, für uns Europäer ist es eher ein Lichtstrahl, der eine Welt sinnlich wahrnehmbar macht, die wir durch bloße Daten nicht begreifen können.

In deutscher Übersetzung lieferbar

- "Hundert Jahre Einsamkeit", Roman, übersetzt von Curt Meyer Clason, Kiepenheuer und Witsch 1970, 477 S.
- "Das Leichenbegängnis der Großen Mama", Erzählungen, übs. Meyer Clason, K+W 1974, dtv 1237
- "Laubsturm", Roman, übs. M.C., K+W 1975, dtv 1432
- "Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt", Roman, übs. M.C., dtv 1601
- "Der Herbst des Patriarchen", Roman, übs. M.C., K+W 1978, dtv 1537
- "Die böse Stunde", Roman, übs. M.C., K+W 1979, dtv 1717
- "Die Nacht der Rohrdornen", Erzählungen, übs. M.C., K+W 1980
- "Chronik eines angekündigten Todes", Roman, übs. M.C., K+W 1981
- "Bericht eines Schiffbrüchigen", übs. M.C., K+W 1982
- "Ein Tag nach dem Samstag", spanisch/deutsch, übs. M.C., Reclam 1977

REZENSIONEN

Indianer-Reader

Im INDIANER-READER, herausgegeben vom Ökumenischen Ausschuss für Indianerfragen, sind Dokumente und Aufsätze gesammelt, die hauptsächlich die innerkirchliche Diskussion um die Missionsarbeit in Mittel- und Südamerika widerspiegeln. Es handelt sich dabei nicht nur um kirchliche Dokumente, sondern es wurden auch Dokumente der Indianer selbst aufgenommen; so z.B. die Schlußerklärung indianischer Vertreter beim Russel-Tribunal, eine Erklärung der Indianervölker Guatemalas, und die Botschaft indianischer Völker an Papst Johannes Paul II, während dessen Besuch in Brasilien. Den einzelnen Dokumenten sind jeweils nur kurze Erläuterungen betreffs ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer Bedeutung für die Gesamtdiskussion vorangestellt.

Die Sammlung dokumentiert die Entwicklung der kirchlich-indianischen Beziehungen von 1971 bis 1981. Die Erklärung von Barbados I beschränkt sich noch darauf das Recht der Indianer auf Selbstbestimmung zu unterstützen und die Kirche dazu aufzufordern ihre bisherige Missionsarbeit kritisch zu durchleuchten. Die paraguayische Bischofskonferenz geht zehn Jahre später schon viel weiter, indem sich die paraguayischen Bischöfe im Fall der Toba-Mascoy eindeutig gegen die weiße Regierung stellen, d.h. für die Indianer politisch aktiv werden.

U.a. findet sich auch eine leider verkürzte Untersuchung aus Chiapas/Mexico zur Arbeitsweise des Instituto Linguístico de Verano (ILV, Summer Institute of Linguistics), das in der BRD auch als Wycliff Bibelübersetzer bekannt ist. Es wurde dabei ein vom ILV herausgegebenes Wörterbuch Tzotzil-Spanisch auf seine implizierten Wertvorstellungen hin untersucht. Im Ergebnis ließ sich eindeutig beweisen, daß das ILV gezielt versucht die vorhandenen Unterdrückungsstrukturen zu unterstützen, indem die Wörterbuchautoren das Vokabular der Tzotzil einschränkten (Wörter wie Monopol, ungerecht etc. wurden nicht aufgenommen, obwohl es Tzotzil-Wörter dafür gibt)

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der INDIANER-READER eine wohl nicht nur für am Problemkreis Missionsarbeit Interessierte, lesenswerte Dokumentensammlung ist.

Ökumenischer Ausschuss für Indianerfragen(Hg.): Indianer-Reader
Dokumente und Aufsätze zum Aufbruch indianischer Völker in Mittel- und Südamerika.
brasilienkunde-verlag gmbh, Mettingen 1982

Rose Gauger / Ulrike Helwerth: "Wir sind die Ameisen der Bewegung"

Frauen in Lateinamerika

Die Autorinnen Rose Gauger und Ulrike Helwerth setzen sich mit ihrem Buch den Anspruch, eine "Fortsetzung" von Domitilas "Wenn man mir erlaubt zu sprechen" zu schreiben.

"Aufgrund einiger Erfahrungen in Lateinamerika und in der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik konnten wir ein solches Unternehmen auch ins Auge fassen. Wir kannten genügend Frauen dort, von denen wir wußten, daß sie uns weiterhelfen würden. Wir wollten sehen, wie es um die Möglichkeiten der Frauen in Lateinamerika steht, sich politisch zu engagieren, ob man ihnen noch immer nicht erlaubt zu sprechen. Gleichzeitig wollten wir erreichen, daß sie bei uns zu Wort kommen und die vielen Domitilas, die es überall gibt, bei uns bekannt werden, zu uns sprechen zu können." (S.5 ff.)

Fünf Monate ließen sich die Autorinnen Zeit, um herauszufinden, wie es sich mit der Behauptung politisch engagierter Lateinamerikanerinnen verhält, daß politische Arbeit zwangsläufig die Emanzipation der Frau mit sich bringe. Als "Reiche" eines imperialistischen Landes zogen die beiden Frauen durch verschiedene Länder, verhaftet in der Widerspruchlichkeit als "Voyeurinnen" in Sachen Frauenbefreiung dazustehen. Die Reise führt von Zentralamerika (Nicaragua, Costa Rica) nach Bolivien, Peru, Chile und endet mit einer Stipvisite in Argentinien. bei den Großmüttern und Müttern der Plaza de Mayo.

Die Autorinnen schildern die Lebens- und Kampfbedingungen von Frauen unterschiedlicher politischer Strömungen und die von Frauen aus den Elendsvierteln, wobei die Betroffenen oft selbst zu Wort kommen. So erfahren wir beispielsweise, daß die in der FMNL/FDR organisierte Frauenorganisation CUMS die ältere und bis 1981 einzige Frauenorganisation AMES mit dem Vorwurf des Sektierertums belegt, wobei allerdings unklar bleibt worin sich die Differenzen festmachen. Die Probleme der Revolutionäre von El Salvador spiegeln sich offensichtlich in deren verschiedenen Frauenorganisationen wider. Ebenso verhält es sich in Nicaragua, wie die Aussagen von Maria der MAP (Movimiento de Accion Popular) anklingen lassen. Bei der Frauengruppe der "Frente Obrero", ebenfalls aus Nicaragua, wird wohl die wesentliche, für die meisten Lateinamerikanerinnen derzeit gültige Position zur Frauenfrage deutlich:

"Ich habe mich ausführlich mit zwei Frauen unterhalten, die in der Gruppe sind. Es ist mir klar geworden, wie wichtig es ist, daß wir ihnen zuhören und versuchen mitzudenken. Sie meinen, daß bei ihnen ganz allmählich die Diskussion darüber beginnt, ob es möglich ist, als Frau auf Kinder zu verzichten, um politische Arbeit machen zu können. Die Vorstellung, unverheiratet und kinderlos zu sein, ist eine ungeheure, es kam mir so vor, daß eine kinderlose Frau den Eindruck hervorruft, als fehlten ihr die entscheidenden menschlichen Züge. Das Vertrauen und die Hoffnung in die Männer sind noch reichlich ungebrochen. Die Vorstellung der mannlosen Frau, die es bei uns theoretisch ja sehr häufig und auch in der Praxis gibt, ist eine ungeheuerliche, das Thema Homosexualität habe ich nicht berührt, es war mir zu heikel. Natürlich machen die Frauen andauernd die Erfahrung, daß die Männer vornedran sind. Aber die Männer wollen sich auch verändern, und so findet die Suche zum jetzigen Zeitpunkt gemeinsam statt. Man ist hier der Auffassung, daß die Feministinnen die Männer abschaffen wollen und daher ohne Verständnis für die Gemossinnen in Lateinamerika sind. Beide Frauen haben die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, eines Tages eine reine Frauengruppe bilden zu wollen. Schon jetzt zeigt sich anhand der Beteiligung in der Gruppe klar, daß mehr Frauen als Männer mitmachen wollen." (Rose 1981, S.39 ff)

Deutlich wird auch, daß zentrale Themen der westeuropäischen Frauenbewegung wie Abtreibung und Verhütung absolut tabuisiert sind, obwohl die Anzahl der illegalen Abtreibungen immens ist. Das politische Wirrwarr der sich untereinander befehdenden Frauenorganisationen wird auch am bolivianischen Beispiel deutlich anhand der Schilderung der Vertreterin von UMBO (Union de Mujeres de Bolivia) Julieta Montaña, der sich die Autorinnen freundschaftlich verbunden fühlten, ohne deren tatsächliche politische Richtung durchschauen zu können. Auch die Hausfrauenkomitees sind gespalten in pro und contra Domitila. Angesichts der verschiedenen politischen Strömungen der Linken enthalten sich die Autorinnen der politischen Einschätzung und überlassen sie den Leserinnen und Lesern; ein Unternehmen, das nur einigen spezialisierten Kennerinnen/innen der Szene gelingen dürfte.

Das Spektrum der befragten Frauen ist groß und nicht nur an Organisationszugehörigkeiten gebunden, wie das Beispiel von Blanca, der Nonne eines französischen Ordens in Lima verdeutlicht. Sie arbeitet an einem Frauenprojekt und bringt ihre Widersprüche mit dem Orden folgendermaßen auf den Punkt: "Das Kloster ist wie ein bürgerlicher Ehemann. Wenn die Frau einmal erkannt hat, daß sie seine Ideen nicht teilt, gibt es nur noch die Trennung." Die "Ameisen der Bewegung" werden wohl noch viele Tunnel graben müssen, um dem "machismo" den Boden unter den Füßen wegziehen zu können.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

FORUM Nr.58, September 1982, c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1

MITTELAMERIKA: 3 Jahre "Nicaragua libre"/ Pflichtlektüre/ Waffen für El Salvador/ Chile-U-Boote im Kieler Hafen besetzt/ FRAUEN: Frauen in Lateinamerika, Frauen in der BRD/ PALÄSTINA: Israels Aggression im Libanon: Vernichtungskrieg und Annexion/ Bundesweite Demo: Israelis raus aus dem Libanon!/ Friedensarbeit in Israel?/ RÜSTUNGSEXPORT: Deutsches an die Front/ Bremen: Umschlagplatz für Waffenhandel in alle Welt/ Die Bewegung in Comiso/ Leserbrief: Umfassende Plattform/ BUKO: Neuer Streit zwischen KA und BMZ/ BUKO-Pressemitteilung/ Erläuterung der BUKO-Geschäftsstelle/ Kieler Stellungnahme/ Mannheimer Stellungnahme/ Leserbrief: "Ganz, ganz mieser Stil"/ ZEITSCHRIFTEN

FORUM Nr.60, Oktober 1982

AZANIA: Prozeß gegen die AAB: Wer beleidigt hier wen?/ Kulturabkommen BRD-RSA/ Hoffnung liegt im Handeln für die Freiheit/ MITTELAMERIKA: Radio Farabundo Marti/ Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Teilnehmer einer El Salvador-Solidaritätsaktion am 24. März 1982/ Bundestreffen Nicaragua/ Bundestreffen El Salvador/ Neuerscheinungen zu Mittelamerika/ FREIRE-BRIEF: Die Situation der Frau in Lateinamerika/ Einführung in die Pädagogik Freires/ Walduni/ Lernbörse Hannover/ Hinweise, Anfragen, Reaktionen/ FRAUEN: Frauengtagung Lateinamerika-BRD/ Frauen in Guatemala: eine Ausstellung/ BUKO: Die sensiblen Herren in Bonn oder: Erneute Zuschuß-Streichung durch das BMZ?/ RÜSTUNGSEXPORT: Daimler Benz liefert Rüstungsgüter an die irakische Armee/ Erklärung des DEAB zu den neuen Waffenexportrichtlinien der Bundesregierung/ TERMINE, ZEITSCHRIFTEN

MITTELAMERIKA MAGAZIN 22, c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7, 23 Kiel 1

NICARAGUA: "Mit Gott gegen den Kommunismus" (Kirche und Sandinisten)/ PANAMA: Der zweite Tod des Omar Torrijos (Putsch gegen Ryo)/ MEXIKO: Vor der Präsidentenwahl/ HONDURAS: Gendarm des Imperialismus MELDUNGEN zu Guatemala und El Salvador/ US-POLITIK: "Vom Rufmord zum Mord", psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas/ ZEITSCHRIFTEN

ILA-INFO Nr.60, Oktober 1982, Römerstr.88, 53 Bonn 1

SCHWERPUNKT: KUBA 1981: Das Fieber aus den Vereinigten Staaten- bakteriologischer Krieg gegen die Karibikinsel/ LATEINAMERIKA: Chile - der Bankrott des Wirtschaftswunders/ Öffentliche Erklärung der Parteien der chilenischen Linken in der BRD im September 1982/ Sobradinho: "Der rote Klerus setzt dem passiven Handeln ein Ende"/ Argentinien: Nach sechs Jahren Terror in die überwachte Freiheit?/ Brasilien: Kulturmord mit der Bibel/ LÄNDERNACHRICHTEN: Bolivien, Chile/ SOLIDARITÄTBEWEGUNG: Brief aus Nicaragua: "Jubeln oder Kaputtschlagen", über das Elend der Mittelamerika-Berichterstattung in der TAZ/ Brasilien: "Die Situation ist für unsere 13 Gefährten viel dramatischer", Brief zweier französischer Priester aus dem Gefängnis/ Tasba Pri: Optimismus und Schwierigkeiten eines neuen Siedlungsprojektes/ Ein Mann sieht Reformen, offener Briefwechsel zwischen Mdb Herterich und ila/ ZEITSCHRIFTENSCHAU

SOLIDARITÄT Nr. 71, Oktober 1982, Postfach 2009, 4001 Basel

SCHWERPUNKT: ALPHABETISIERUNG: Alphabetisierung: Entwicklung zur Befreiung?/ Kolonialismus in Schulbüchern / Alphabetisierung in Benin/ Alphabetisierung in Nicaragua/ Wer ist die Schulstelle Dritte Welt?/ WEITER: Nachruf auf Roy Preiswerk/ Rio Spirgy, Schweizer Arzt, berichtet aus dem Libanon/ Dossier Schweiz-Trikont/ Bücher

BLÄTTER DES iz3w Nr. 104, Postfach 5328, 78 Freiburg

NACHRICHTEN UND BERICHT: Libanon, Argentinien/ RÜSTUNG: Waffengeschäfte Brasiliens/ INTERNATIONALISMS: Solidaritätsbewegung in den USA; Ein Brief aus Nicaragua; Kampuchea-Konferenz in Paris/ CHILE: Die Kirche und die Linke; Die Linke arbeitet jetzt zusammen; Kriegsgeschehnisse in Chile/ PFLANZENGIFTE: Zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes/ KULTUR: Der Fall Ngugi wa Thiong'o/ AKTIONEN: Rüstungsexporte; Treffen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen/ REPRESSION: Prozeß gegen Flugblattverteiler/ LESERBRIEFE/REZENSION/ TAGUNGSHINWEISE/ ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT



Dritte-Welt-Kalender '83

Taschenkalender

Herausgegeben vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und der Österreichischen Informationsstelle für Entwicklungspolitik (ÖIE)

256 Seiten, 60 Abbildungen,
Format 11,4 x 16,2 cm,
Broschur

DM 8,50

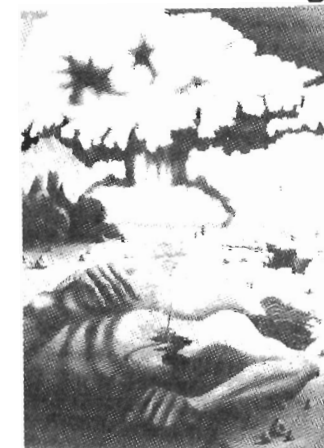
ISBN 3-921521-48-3

Die Lage der Bevölkerung in der sogenannten Dritten Welt ist alarmierend. Das Bewußtsein darüber, wie sich ihre Situation verbessern kann, ist hierzulande unterentwickelt. Dem gilt es entgegenzuwirken. Der Dritte-Welt-Kalender will dazu einen Beitrag leisten. 1983 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit der Lage der Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika. Neben wichtigen Hintergrundinformationen zu diesem Thema enthält er Adressen von Dritte-Welt-Gruppen und -Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz, stellt entsprechende Projekte von ihnen vor. Außerdem bietet er: Fotos, Karikaturen, Gedichte, Aktionsmöglichkeiten, Literaturhinweise und vieles andere mehr.

Nicht am Kiosk,
aber in linken Buchläden
oder direkt durch Verlag 2000

links

Sozialistische Zeitung



"An vorderster Front" ("links"-Interview mit S. Hermlin) · G. Ziebur/S. Castles: Krieg im Südatlantik · D. Diner: Invasion im Libanon · Karsten Voigt: Konfrontation der Blöcke · L. Baier: Peter Weiss · V. Pfaff: Asylrecht.

36 Seiten, DM 3,-
Bezug: Verlag 2000 GmbH,
Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Informationen zu Guatemala

Guatemala - Informationen/Dokumente
Hrsg.: ESG-Essen, 102 S., Preis 5.- DM

Guatemala - Exodus zu einem neuen Anfang
Hrsg.: Christl. Initiative El Salvador (CIES), 72 S. Preis 3.- DM

Christen auf dem Kreuzweg der Befreiung. El Salvador - Guatemala - Honduras
Hrsg.: ESG-Essen, 172 S. Preis 6.- DM

Guatemala - Universität im Widerstand
Hrsg.: Guatemala Solidaritätsgruppe Münster, 40 S. Preis 2.50DM

Wen macht die Banane krumm?
Grundinformationen - Materialien - Aktionsvorschläge zu Guatemala
Hrsg.: Guatemala Solidaritätsgruppe Münster und CIES, 80 S. Preis 5.- DM

Informationspapier zu Guatemala, 6 S. Preis 0,20DM

Informations- und Aktionszeitung "El Salvador heute" (mit Guatemala-Teil) kostenlos

DIA - SERIEN mit ausführlichem Text

Einführungsserie (z.B. für Jugendgruppen) Leihgebühr 10.- DM

Kurzserie (70 Dias) Leihgebühr 15.- DM

Lange Serie (130 Dias) Leihgebühr 25.- DM

Indio-Serie Leihgebühr 15.- DM

Die Leihgebühr ist pro Woche. Die Serien können auch gekauft werden.

VIDEO - FILM (System VHS) "Eine Reise nach Nebaj", 55 Min. Leihgebühr 10.- DM

AUFKLEBER

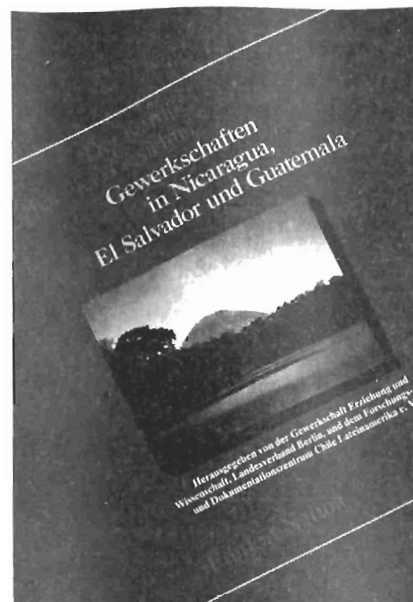
Bananenaufkleber "Wen macht die Banane krumm?" 12 Stück 2.- DM

Gegenaufkleber "Alles frisch" Einzelpreis 1.- DM

Anfragen und Bestellungen an:

Guatemala-Solidaritätsgruppe in der KHG oder Informationsstelle Guatemala e.V.
Kardinal von Galen Ring 45
4400 Münster
Tel. 0251/89503

Maistr. 25
8000 München 40



184 Seiten mit Fotos
14.-- DM

Dies ist die erste Darstellung der Gewerkschaftsarbeit in Mittelamerika. Der Band liefert - jeweils nach Ländern geordnet - Basisdaten, einen geschichtlichen Abriß der Gewerkschaftsbewegungen, Darstellung ihrer Organisationsstruktur und ihrer Programme. Interviews, Selbstdarstellungen und Augenzeugenberichte runden die Dokumentation ab.



110 Seiten mit Fotos
9.-- DM

Das Taschenbuch berichtet über die wirtschaftliche Ausgangsposition Nicaraguas 1979, den Wirtschaftsplan 1981 und 1982. Neben einer kritischen Auswertung der bisherigen Wirtschaftspolitik werden Perspektiven aufgezeigt und Probleme skizziert. Über 20 Tabellen und Schaubilder ergänzen die Darstellung.

Edition Nahua

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
Postfach 101320 - 5600 Wuppertal 1